

## **SWP-Studie**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Patrick Bolte / Kay Möller / Osman Rzyttka*

# **Politischer Islam, Separatismus und Terrorismus in Südostasien**

Indonesien, Malaysia, Philippinen

S 12  
März 2003  
Berlin

**Nachweis in öffentlich  
zugänglichen Datenbanken  
nicht gestattet.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in Aus-  
zügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2003

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

# Inhalt

<b>Problemstellung und Empfehlungen</b>	5
<b>Islam und Islamismus in Südostasien</b>	7
<b>Indonesien</b>	9
Überblick	9
Zivilgesellschaftliche islamische Gruppen	12
Politische Parteien mit islamischem Hintergrund	17
Militante islamistische Organisationen	19
Nationale Politik	23
<b>Malaysia</b>	25
Überblick	25
Zivilgesellschaftliche islamische Gruppen	27
Politische Parteien mit islamischem Hintergrund	27
Militante islamistische Organisationen	29
Nationale Politik	30
<b>Philippinen</b>	31
Der Mindanao-Konflikt	31
Zivilgesellschaftliche und militante islamische Gruppen	33
Nationale Politik	37
<b>Regionale Netzwerke: Jemaah Islamiyah</b>	39
Verbindungen zum internationalen Terrorismus	42
<b>Regionale und internationale Politik</b>	44
ASEAN	44
Die USA	45
<b>Bin Ladens Zweite Front?</b>	48
<b>Anhang</b>	51
Schaubild: Die Vernetzung islamistischer Gruppierungen in Südostasien, 1998–2002	53
Karte 1 Südostasien	54
Karte 2 Indonesien	55
Karte 3 Die Malaiische Halbinsel	56
Karte 4 Die Philippinen	57
Abkürzungsverzeichnis	58

*Patrick Bolte* studiert Politikwissenschaft  
an der Freien Universität Berlin.

*Kay Möller* ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter der SWP,  
Forschungsgruppe Asien.

*Osman Rzyttka* studiert Geographie und  
Politikwissenschaft an der Universität Bonn.

**Politischer Islam, Separatismus und  
Terrorismus in Südostasien.  
Indonesien, Malaysia, Philippinen**

Im Oktober 2002 kam es in dem balinesischen Badeort Kuta zu einem Sprengstoffattentat, bei dem 202 vorwiegend australische Touristen ums Leben kamen und 300 verletzt wurden. Zugleich fanden in der Nähe des amerikanischen Konsulats in der Inselhauptstadt Denpasar und des philippinischen Konsulats in Manado auf Sulawesi zwei weitere Explosionen statt. Indonesische und westliche Sicherheitskräfte identifizierten das regionale Terrornetzwerk Jemaah Islamiyah als Verantwortlichen.

Ein Jahr zuvor hatten die USA in Südostasien eine »zweite Front« in ihrem Kampf gegen den internationalen Terrorismus proklamiert. Es bedurfte der Anschläge von Bali, um eine zögernde indonesische Regierung zur entschlosseneren Mitarbeit in der internationalen Antiterror-Koalition zu bewegen. In der weiteren Region hatten nicht nur die vornehmlich nichtmoslemischen Nachbarn Singapur, Thailand und die Philippinen deutlicher Position bezogen, sondern auch das mehrheitlich moslemische Malaysia, dessen Beziehungen zu den USA vor dem 11. September 2001 angespannt gewesen waren.

Die Studie bietet eine Bestandsaufnahme des politischen Islam in Indonesien, Malaysia und den Philippinen. Sie berücksichtigt die Ebenen zivilgesellschaftlicher Organisationen, politischer Parteien und militanter Organisationen sowie deren Abgrenzung untereinander. Sie analysiert darüber hinaus die Rolle des regionalen Terrornetzwerks Jemaah Islamiyah und überprüft Verbindungen zum internationalen Terrorismus. Dabei werden nationale, regionale und internationale Reaktionen einbezogen. Die Untersuchung gelangt zu folgenden Ergebnissen:

- ▶ Islamistisch gefärbter Extremismus in Südostasien ist historisch kein neues Phänomen. Er entwickelte sich vielfach als Reaktion auf soziale Probleme, Repression und Enttäuschung. Seine Wurzeln reichen oft weit in die Geschichte zurück. In einigen Teilen der Region haben zudem nationale Sicherheitsapparate zeitweise die Gründung extremistischer Formationen gefördert und damit ihrerseits zum Kreislauf von Gewalt und Gegengewalt beigetragen.

- ▶ Ungeachtet dessen ist die überwiegende Mehrheit der südostasiatischen Moslems und der sie vertretenden Organisationen oder Parteien gemäßigt. Es gibt keine Belege für die Existenz aktiver Al-Qaida-Zellen in der Region.
- ▶ Internationale terroristische Organisationen haben versucht, die fragile sicherheitspolitische Lage in Teilen des Malaiischen Archipels für ihre Zwecke zu nutzen. Dabei ging es sowohl um die Schaffung von Rückzugsgebieten als auch um die Herausforderung der USA und ihrer Verbündeten jenseits von Afghanistan.
- ▶ Wenn dieser Versuch bis heute nur bedingt erfolgreich war, dann zum einen aufgrund der Marginalisierung extremistischer Kräfte, zum anderen aber auch, weil die meisten von ihnen sowohl in ihrer sozialpolitischen als auch in ihrer separatistischen Orientierung nur wenig Interesse daran haben konnten, sich die westliche Welt zum Gegner zu machen. Die untersuchten militanten Gruppen verfolgen zudem überwiegend lokale oder regionale Ziele und halten sich dabei eher an konkrete Interessen als an Ideologien.
- ▶ Die Ausnahme von dieser Regel bildet allem Anschein nach das regionale Terrornetzwerk Jemaah Islamiyah, das wegen seiner Bedeutung in einem gesonderten Kapitel behandelt wird. Diesem Phänomen ist mit militärischen und polizeilichen Mitteln so lange nicht beizukommen, wie lokale Konflikte sowohl Rückzugsräume eröffnen als auch personellen und materiellen Nachschub ermöglichen. Insofern, aber auch mit Blick auf die begonnenen Demokratisierungsprozesse, könnte sich die erneute Militarisierung der amerikanischen Südostasien-Politik als kontraproduktiv erweisen. Dies wäre der Fall, wenn sie zur Stärkung der Rolle der Streitkräfte in den betroffenen Staaten und damit zur weiteren Eskalation solcher Konflikte beiträgt.
- ▶ Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sollten angesichts des letztgenannten Szenarios darum bemüht sein, die kurzfristig unvermeidliche Aufwertung der USA als »Regionalpolizist« um langfristige sozioökonomische und politische Stabilisierungs- und Demokratisierungshilfen zu ergänzen.

## Islam und Islamismus in Südostasien

Das maritime Südostasien (Philippinen, Indonesien, Brunei, Malaysia, Singapur, Südthailand) wird mehrheitlich von malaiischstämmigen Moslems bewohnt. Indonesien weist bei einer Gesamtbevölkerung von 213 Millionen einen moslemischen Anteil von 87 Prozent auf, was es zu dem Land mit der weltweit größten islamischen Bevölkerung macht. Während die ersten Kontakte zwischen dem malaiischen Archipel und der arabischen Welt aus dem 7. Jahrhundert datieren, kam es erst zwischen dem 13. und dem 18. Jahrhundert zu einer vielfach durch südasiatische Kaufleute inspirierten Islamisierung breiter Bevölkerungsschichten und zur Gründung moslemischer Sultanate.

Im Unterschied zur übrigen islamischen Welt verstanden sich die Moslems in Südostasien nie automatisch als den Staat dominierende Bevölkerungsgruppe. Im Vordergrund stand in der frühen Phase der Missionierung die mystische islamische Strömung des Sufismus,<sup>1</sup> dessen Lehren der Innerlichkeit sich komplementär in ein bereits bestehendes buddhistisch-hinduistisch-animistisches Umfeld einbetteten. So entstand auf Java ein Synkretismus, dessen institutionelle Fragmentierung ihren Ausdruck in unterschiedlichen islamischen Glaubensvorstellungen einzelner Bevölkerungsgruppen fand.<sup>2</sup> Wichtigster Protagonist dieser traditionalistischen Spielart des Islam waren Bauern. Mit dem *Jawi* und dem *Pegon* entwickelten sich zudem in Indonesien eigene arabische Schriftvarianten, die den austronesischen Sprachen des Malaiischen Archipels eher gerecht wurden als die dort zuvor gebräuchliche Sanskrit-Schrift *Kawi*. *Jawi* und *Pegon* dienten als neues, grenzüberschreitendes Medium der Intellektuellen. Einer weiteren räumlichen Ausbreitung des Islam in der Region setzte dann allerdings das Eintreffen der Europäer im 16. Jahrhundert Grenzen.

Das Phänomen der Einbettung der neuen Religion in eine bestehende Kultur führte etwa in Malaysia, wo der Islam trotz einer nur knappen moslemischen

Mehrheit offizielle Religion ist, zu einem grundsätzlich »gelassenen Umgang mit dieser Pluralität«.<sup>3</sup> Unter der islamischen Mehrheitsbevölkerung im säkularen Indonesien entwickelte sich eine beträchtliche Pluralität der Islaminterpretationen *innerhalb* der dominierenden Bevölkerungsgruppe. In den südlichen Philippinen hingegen widersetzten sich Moslems zu großen Teilen den Herrschaftsansprüchen der Kolonialherren aus Spanien und den USA. Obwohl die Sultanate auf Mindanao bis ins 20. Jahrhundert hinein untereinander zerstritten waren, stiftete der Islam hier eine gemeinsame Identität in Abgrenzung zu den christlichen Besatzern.<sup>4</sup>

Die Ideologien der arabisch-islamischen Reformbewegungen<sup>5</sup> gelangten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wiederum über Kaufleute nach Südostasien, die auch häufig als Stifter von Koranschulen in Erscheinung traten. Diese Modernisten ordneten religiöse Verantwortung entsprechend ihrem eigenen, mobilen Lebenswandel individuell zu und betrachteten die islamische Rechtsprechung (*shariah*) als integralen Bestandteil im Leben eines Moslems. Ihnen standen vor allem auf Java die synkretistisch geprägten Traditionalisten gegenüber, die religiöse Interpretationen ausschließlich in die Hände von Religionsgelehrten legten und ihrerseits Koranschulen betrieben. Aus der modernistischen Strömung entstanden 1911 in Indonesien die radikale Sarekat Islam (Islamische Vereinigung) und 1912 Muhamma-

3 Vgl. Bernhard J. Trautner, *Pluralität im südostasiatischen Islam – Extremo Oriente Lux?*, Universität Bremen, Institut für Interkulturelle und Internationale Studien, 2000 (Arbeitspapier Nr. 21), S. 20.

4 Vgl. Thomas M. McKenna, *Muslim Rulers and Rebels. Everyday Politics and Armed Separatism in the Southern Philippines*, Berkeley, CA 1998, S. 52ff.

5 Hierzu zählen neben dem Säkularismus vor allem die Wahhabiya-Bewegung, benannt nach ihrem Protagonisten Muhammad bin Abdalwahhab (1703–1793). Seine Anhänger wollen der Krise des Islam durch eine wortwörtliche Befolgung des Koran begegnen. Daneben ist die Salafiya-Bewegung zu erwähnen, deren Vordenker Jamal ad-Din al-Afghani (1839–1897) und Muhammad Abduh (1849–1905) auf eine geistig-moralische Erneuerung hinarbeiteten. Beide Gruppierungen streben eine Erneuerung durch Verwirklichung einer idealisierten »Urgemeinschaft« an.

1 Vgl. Robert Cribb, *Historical Atlas of Indonesia*, Honolulu 2000, S. 44.

2 Vgl. Clifford Geertz, *Religiöse Entwicklungen im Islam. Beobachtet in Marokko und Indonesien*, Frankfurt a.M. 1988, S. 31 und S. 34.

diyah (Weg des Mohammed). Während die Sarekat Islam bald von der holländischen Kolonialmacht unterdrückt wurde, ist Muhammadiyah noch heute eine relevante Kraft. Die Traditionalisten reagierten 1926 auf die modernistische Herausforderung mit der Gründung des moderaten Nahdlatul Ulama (Renaissance der Religionsgelehrten, NU).

In Malaysia blieb die modernistische Bewegung weitgehend auf einen Kreis junger Adliger beschränkt, während die Mehrzahl der Malaien einem vom einheimischen Brauchtum beeinflussten Islam anhing und sich bis zur Erlangung der Unabhängigkeit nicht organisierte.<sup>6</sup> Die südlichen Philippinen blieben von der Reformbewegung fast vollständig ausgespart.

In den achtziger Jahren radikalisierten sich einige islamische Gruppierungen in der Region. Dies geschah als Reaktion auf Industrialisierungsprozesse und auf die islamische Revolution im Iran wie auch unter dem Einfluß zweier fundamentalistischer Denkschulen, den ägyptischen Moslebrüdern (mit ihrem bereits 1966 hingerichteten Vordenker Sayyid Qutb) und dem in Südasiens aktiven Ideologen Abu l-A'la al-Maududi (1903–1979).

In Indonesien wurden zwischen 1976 und 1986 wiederholt islamistisch motivierte Gewaltakte durch Gruppen wie Komando Jihad (Kommando des Heiligen Krieges) und Pola Perjuangan Revolusioner Islam (Struktur des revolutionären islamischen Kampfes, PPRI) begangen. In Malaysia kam es sowohl zu einer Radikalisierung der Partai Islam se-Malaysia (Partei des pan-malaysischen Islam, Pas) als auch zu einer Islamisierung des Staates durch Kooption moslemischer Gruppen und den Aufbau moslemischer Institutionen. Während des Bürgerkrieges in den südlichen Philippinen spaltete sich 1984 eine islamisch geprägte Gruppierung von der säkular-separatistischen Moro National Liberation Front (Nationale Moro-Befreiungsfront, MNLF) ab.

Die von den ägyptischen Moslebrüdern ausgehende islamistische Bewegung verlangt eine Prägung des gesamten privaten und öffentlichen Lebens durch die Religion. Politisch findet diese Denkweise ihren Ausdruck in Forderungen nach der Einführung der Shariah. Darüber hinaus wird die Entfernung von »Ungläubigen« vom »heiligen Boden« Saudi-Arabiens gefordert und das Existenzrecht Israels verneint. Einer der Protagonisten dieser Tendenz war

Osama bin Laden, der 1988 gemeinsam mit Verbündeten aus Ägypten, Pakistan und Bangladesch zur Gründung einer »Islamischen Weltfront für den Heiligen Krieg (jihad) gegen Juden und Kreuzzügler« (das heißt die USA) aufrief.

Spätestens mit der Aufdeckung von Plänen für eine Serie von Anschlägen gegen westliche Einrichtungen in Singapur Ende 2001 scheint der »Heilige Krieg« Südostasien erreicht zu haben. Angeblicher Urheber war die Gruppe Jemaah Islamiyah (Islamische Gruppe, JI). Hierbei handelt es sich um das einzige bislang entdeckte regionale Terrornetzwerk mit Verbindungen nach Singapur, Malaysia, Indonesien und in die Philippinen. Daneben existieren seit den späten neunziger Jahren lokale militante Gruppierungen in den Einzelstaaten. Schließlich gibt es in Indonesien und den Philippinen schon seit längerer Zeit separatistische Organisationen islamischer Prägung. Gruppen aus allen drei Kategorien kooperieren in der Region nicht nur untereinander, sondern auch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, politischen Parteien und – im indonesischen Fall – mit Teilen des Militärs.

<sup>6</sup> Vgl. Olaf Schumann, Der Islam, in: Bernhard Dahm/Roderich Ptak (Hg.), Südostasien-Handbuch. Geschichte, Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur, München 1999, S. 434–453 (446).



# Indonesien

## Überblick

Seit 1999 ist in Indonesien eine Zunahme gewalttätiger Konflikte zu verzeichnen. Die Ursache liegt vornehmlich in der (teils auch durch Auflagen internationaler Finanzinstitutionen bedingten) anhaltenden Schwächung der Zentralgewalt in Jakarta, aber auch in der weiterhin schlechten wirtschaftlichen Lage des Landes.<sup>7</sup> Als Folge der Schwächung der Zentralregierung haben sich Teile der Sicherheitskräfte verselbständigt, und die Streitkräfte verstehen sich zunehmend als Partei im innenpolitischen Machtkampf. Instabilität und Zerfallsszenarien dienen der Armee als Rechtfertigung für die Beibehaltung ihrer traditionellen internen Rolle<sup>8</sup> und außerdem einzelnen Fraktionen innerhalb der Armee als Hebel für die Durchsetzung lokaler wie nationaler Machtinteressen. Zu den Konsequenzen der Rekonsolidierung der nationalen Streitkräfte (Tentara Nasional Indonesia, TNI) zählen anhaltende bewaffnete Auseinandersetzungen in Papua und Waffenstillstandsverletzungen in Aceh. Hinzu kommen das Risiko eines Wiederaufflammens des Bürgerkriegs in den Molukken und die Unfähigkeit der Regierung, Menschenrechtsverletzungen konsequent zu ahnden. Darüber

<sup>7</sup> Im Zuge der Asienkrise ist die offizielle Arbeitslosenrate Indonesiens von 8% (1999) auf 17% im Jahr 2001 gestiegen. Die Zahl der Unterbeschäftigten wird auf bis zu 50% geschätzt. Vgl. Asia Source, <[http://www.asiasource.org/profiles/ap\\_mp\\_03.cfm?countryid=8](http://www.asiasource.org/profiles/ap_mp_03.cfm?countryid=8)> (eingesehen am 20.1.2003).

<sup>8</sup> Im Mittelpunkt dieser Debatte steht die Territorialstruktur, mittels derer das Heer auf jeder Ebene über Pendant zur zivilen Verwaltung verfügt. Diese Struktur erlaubt es dem Militär unter anderem, Milizen aufzubauen und lokale Einnahmeknoten zu erschließen. Diesbezügliche Reformpläne der demokratischen Administrationen wurden angesichts der verschärften Sicherheitslage wieder aufgegeben. Nach dem Bombenanschlag auf Bali im Oktober 2002 erklärte der einflussreiche Stabschef des Heeres, Ryamizard Ryacudu, nur die Territorialstruktur könne einen wirkungsvollen Kampf gegen den Terrorismus gewährleisten, da Indonesien nicht über fortschrittliche Kommunikationstechnologien verfüge. Wenig später wurde bekannt, daß ein Generalleutnant a.D. und ein Polizei-Generalleutnant a.D. mit Beziehungen zu militant-islamistischen Kräften zur Zeit des Anschlags vor Ort gewesen waren.

hinaus ist die Implementierung eines Finanzausgleichs unter den Provinzen lange am Widerstand der Militärs gescheitert. Die Streitkräfte konkurrieren mit den Regionen um die Einnahmen aus der Ressourcenvermarktung. Ein solches Umfeld bietet sowohl lokalen als auch regionalen und internationalen Terroristen grundsätzlich vorteilhafte Ausgangsbedingungen, und die Intensität religiös motivierter Gewalt hat seit 1999 deutlich zugenommen.

Solche Gewalt ist in Indonesien grundsätzlich kein Novum. 1949/50 lieferten sich die Streitkräfte in Westjava und Südsulawesi einen blutigen Bürgerkrieg mit militanten Gruppen, die für einen Islamstaat Indonesien (Negara Islam Indonesia, NII) kämpften. In Padang auf Sumatra riefen abtrünnige Offiziere und Funktionäre der modernistisch-islamistischen Masyumi-Partei (Majelis Syuro Muslimin Indonesia, Rat der indonesischen Anhänger des Islam) 1958 eine Gegenregierung aus, worauf Präsident Sukarno zwei Jahre später mit einem Verbot der Partei reagierte. Er stärkte damit die säkularen Kräfte, darunter die Kommunistische Partei Indonesiens (Partai Komunis Indonesia, PKI). Sukarno wurde im März 1966 durch seinen Generalstabschef Ahmad Suharto entmachteter. Während des Putsches begingen das Heer und islamische Paramilitärs Massaker an Kommunisten und ethnischen Chinesen.<sup>9</sup>

Hoffnungen islamischer Gruppierungen auf eine wichtige Rolle im Rahmen von Suhartos sogenannter Neuer Ordnung (1966–1998) erfüllten sich jedoch nicht. Im Gegenteil: Alle nationalistischen, christlichen und islamischen Parteien mußten sich Anfang der siebziger Jahre unter weitgehendem Verzicht auf ihre Programme entweder einer sogenannten Arbeitnehmergruppe (Golongan Karyawan, Golkar), der Vereinigten Aufbaupartei (Partai Persatuan Pembangunan, PPP) oder der Demokratischen Partei Indonesiens (Partai Demokrasi Indonesia, PDI) anschließen. Aus Golkar wurde die staatstragende Partei, der alle Angehörigen des öffentlichen Dienstes beitreten

<sup>9</sup> Ethnische Chinesen stellen nur 3 bis 4% der indonesischen Bevölkerung, dominieren aber das Wirtschaftsleben. Reiche chinesische Geschäftsleute wurden von Suharto und dem Militär in der Regel protegiert und verfügten zum Teil über privilegierten Zugang zu Kapital und Handelslizenzen.

mußten. In der PPP vereinigten sich die früheren islamischen Parteien und in der PDI die säkular-nationalistischen Kräfte. 1984 kam es in Reaktion auf die von den Sicherheitskräften manipulierten terroristischen Aktivitäten des Komando Jihad<sup>10</sup> und denen der PPRI zu einer offiziellen Wiederbelebung der 1945 von Sukarno konzipierten säkularen Staatsideologie Pancasila.<sup>11</sup> Auf diese Weise wurde auch die PPP ihrer noch verbliebenen Programmatik beraubt. Viele radikale Aktivisten gingen in den Untergrund. Das Komando Jihad war zwar offiziell bereits 1981 zerschlagen worden, doch war es noch im selben Jahr zu Anschlägen auf Polizeiposten und Behörden sowie zu einer Flugzeugentführung gekommen. Im September 1984 wurden bei einer Militäraktion gegen Islamisten in Jakarta 63 Personen von den Sicherheitskräften getötet. Darauf reagierten Islamisten in den folgenden Jahren mit Bombenattentaten auf Kirchen, Moscheen und den buddhistischen Tempel von Borobodur. Hatte die PPP bei den Parlamentswahlen 1982 noch 28 Prozent der Stimmen erhalten, so waren es 1987 nur noch 16 Prozent.

Ab Ende der achtziger Jahre übernahm Suharto angesichts wachsender Spannungen mit Teilen der säkular-militärischen Führung selbst die Rolle eines Förderers der Religion. Er gestattete das Tragen von Kopftüchern an Schulen, räumte Shariah-Gerichten zusätzliche Kompetenzen ein<sup>12</sup> und trat 1991 eine stark beachtete Pilgerreise nach Mekka an. Über eine im Staatssekretariat<sup>13</sup> angesiedelte Stiftung begann er

**10** 1975 war eine Studie des Nationalen Verteidigungs- und Sicherheitsrats zu dem Ergebnis gelangt, daß Golkar bei einer fairen Wahl nur etwa 45% aller Stimmen erhalten würde. Der Geheimdienst gründete deshalb verschiedene, in den Medien als »Komando Jihad« bezeichnete Gruppen, die die PPP als direkten Opponenten der Golkar mittels islamistischer Gewaltakte diskreditieren sollten. Vgl. *Hendrajit*, Who's Driving Islamic Militant Groups, Laksamana Portal (Jakarta), <<http://www.laskamana.net>> (eingesehen am 24.5.2002).

**11** Die fünf Grundprinzipien der Pancasila sind Glaube an einen allmächtigen Gott, Bekenntnis zur Einheit der Nation, Respekt vor dem anderen, Konsensdemokratie und soziale Gerechtigkeit.

**12** Diese betrafen vornehmlich Heirat, Scheidung und Erbschaft.

**13** Das einflußreiche Staatssekretariat kontrollierte staatliche Betriebe und Ministerien und vergab öffentliche Großaufträge vorzugsweise an islamisch-malaiische, sogenannte *pribumi*-Unternehmer. Aufnahmekriterien für eine Führungsposition in der Behörde waren persönliche Nähe zum Umfeld des Präsidenten und die Fähigkeit, gesellschaftliche Unterstützung für das Regime zu mobilisieren.

damit, den Bau von Koranschulen und Moscheen im ganzen Land zu fördern.

Zur gleichen Zeit entmachtete der Präsident den Oberkommandierenden der Streitkräfte, den katholischen General Benny Murdani, dessen Anhänger 1989 im Parlament eine Diskussion über politische Öffnung begonnen hatten. Murdani wurde 1993 durch den islamisch orientierten General Feisal Tanjung ersetzt. 1990 gründete Suharto den »Gesamt-Indonesischen Verband Moslemischer Intellektueller« (Ikatan Cendekiawan Muslim se-Indonesia, ICMI), der Vertreter modernistisch-islamischer Gruppierungen und der Sicherheitskräfte vereinte. Zum ICMI-Vorsitzenden wurde der Forschungs- und Technologie-minister und spätere Präsident Bacharuddin Jusuf Habibie bestellt.

Unter anderem aufgrund dieser Maßnahmen schritt die gesellschaftliche Polarisierung voran. 1994 kam es in Medan auf Sumatra zu antichinesischen Pogromen. 1996 und 1997 wurden auf Java und im Nusatenggara-Archipel um Timor mehrere Kirchen in Brand gesetzt, deren Gemeinden vorwiegend aus chinesischstämmigen Indonesiern bestanden. Insgesamt wurden laut Kirchenangaben zwischen 1992 und 1997 etwa 500 Gotteshäuser gebrandschatzt. Ursächlich war die Unzufriedenheit malaiisch-moslemischer Bevölkerungsteile (*pribumi*) mit dem großen Einkommensvorsprung der Sino-Indonesier. Letztere waren zwar seit 1969 dazu angehalten worden, ihre Namen zu »indonesieren«; nichtsdestotrotz lebten sie weiterhin als relativ homogene Gemeinschaft in eigenen Stadtteilen.

Während der Ostasienkrise von 1997/98 kam es infolge eines Vertrauensverlustes in die regionalen Finanzmärkte und pogromartiger Ausschreitungen gegen indonesische Chinesen innerhalb kurzer Zeit zu großen Kapitalabflüssen sowie zur Abwanderung sino-indonesischer Fachkräfte. Die Krise verschärfte sich in dem Maße weiter, in dem sich Suharto weigerte, mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) vereinbarte Strukturanpassungsprogramme durchzuführen. Am 21. Mai 1998 trat der Präsident unter dem kombinierten Druck des IWF, der USA, internationaler Menschenrechtsorganisationen und öffentlicher Proteste zurück. Es begann eine Phase der Demokratisierung wie auch der Reformversuche, in der seither zwei Präsidenten (B. J. Habibie, 1998–1999, Abdurrahman Wahid, 1999–2001) aus dem Amt scheiden mußten und das heutige Staatsoberhaupt, Megawati Sukarnoputri, eine schrittweise, informelle Rückkehr des Militärs in die Politik duldet, wenn nicht begünstigt.

Angesichts derartig labiler Verhältnisse kam es bei den Reformversuchen in Politik, Ökonomie und Justiz immer wieder zu Rückschlägen. Seit der Abspaltung Osttimors im September 1999 gibt es darüber hinaus eine Debatte über die künftige territoriale Integrität des Landes. Unabhängigkeitsbestrebungen bestehen in Aceh, Westpapua, auf den Südmolukken sowie in Riau und Ostkalimantan.

In Anbetracht einer schwierigen Demokratisierung, einer anhaltend dramatischen wirtschaftlichen Lage und noch zunehmender gesellschaftlicher Disparitäten könnten einzig transparentere und effizientere Institutionen die sozialen Spannungen auflösen und den Zulauf zu Heilsbewegungen aller Art mindern. Zu den entsprechenden Reformen war bisher keine der Post-Suharto-Regierungen in der Lage.

Innerhalb des politischen Kräftespektrums kommt den Sicherheitskräften naturgemäß besondere Bedeutung zu. Die indonesischen Streitkräfte spielen seit Suhartos Putsch 1965 eine wichtige innenpolitische Rolle. Seit 1999 werden Teile der Armee für die Eskalation kommunaler und religiöser Gewalt verantwortlich gemacht. In der Nationalen Armee Indonesiens (TNI) gibt es seit dem Zusammenbruch der Reformfraktion nur noch zwei Fraktionen: Zum einen die Gruppe der politischen Generäle, die weiterhin als Gouverneure, Kabinetts- oder Parlamentsmitglieder agieren, zum anderen die sogenannte eigenständige (Mandiri-)Gruppe, die sich der Politik während der Regierung von Abdurrahman Wahid zunehmend entfremdet hatte.<sup>14</sup> Daneben existiert eine einflußreiche Gemeinschaft von Generälen im Ruhestand, von denen sich einige in demokratischen Parteien engagieren. Es gibt Spekulationen, daß sowohl die pro-indonesischen Milizen in Osttimor als auch islamistische Milizen wie Laskar Jihad aus diesen Kreisen finanziert wurden. Schon zu Beginn der Neuen Ordnung 1966 hatte das Heer Milizen aus Angehörigen der Jugendorganisation der zivilgesellschaftlichen Gruppe Nahdlatul Ulama und der Islamischen Studentenvereinigung, aber auch dem Stamm der Dayak sowie christlichen Kleinkriminellen gebildet, die den politischen Gegner bekämpften – damals die Kommunisten. In Osttimor wurden 1999 ebenfalls Milizen ausgehoben, um indonesische Interessen zu verteidigen, und auch Laskar Jihad und die Front der Verteidiger des Islam (Front Pembela Islam, FPI) genossen

offenbar zeitweise die Unterstützung politischer und militärischer Eliten. In keinem der erwähnten Fälle war mit der Aufstellung von Milizen die Umsetzung einer bestimmten ideologischen Agenda intendiert. Die Planer der TNI versuchten vielmehr, auf offensichtliche Herausforderungen zu reagieren. Die Zusammenarbeit wurde von den militärischen Hintermännern jeweils beendet, sobald das Ziel erreicht oder der Druck seitens Dritter zu stark geworden war. Der Einfluß der TNI gründet sich aber nicht nur auf Untergrundoperationen, sondern vor allem weiterhin auf die sogenannte Territorialstruktur des Heeres, mit der zur zivilen Administration auf jeder Ebene eine Parallelverwaltung geschaffen wurde (vgl. Fn. 8).

In jüngster Zeit konnten die Streitkräfte Megawati eine Reihe neuer Wehrbereichskommandos und Gouverneursposten abtrotzen, wofür die Präsidentin augenscheinlich Unterstützung bei der Wahl 2004 erwartet.<sup>15</sup> Durch diese Zugeständnisse wird die Armee in die Lage versetzt, lokale Finanzquellen zu erschließen und Milizen aufzubauen. Dadurch sichert sich insbesondere das Heer mehr innenpolitischen Einfluß, als ihm seine – bis 2004 garantierten – Parlamentsmandate je verschafft hätten.

Seit März 2001 haben die Strategische Heeresreserve (Komando Cadangan Strategis Angkatan Darat, KOSTRAD) und einige Infanteriedivisionen sogenannte Sicherheits-Überwachungszüge aufgebaut, die von den Spezialkräften des Heeres (Komando Pasukan Khusus, KOPASSUS) trainiert werden. Während KOSTRAD und KOPASSUS als Rückgrat der Armee der Mandiri-Fraktion zugerechnet werden, ist die Identifizierung von Querverbindungen bei den Nachrichtendiensten schwieriger. Neben dem Militärgeheimdienst (Badan Intelijen Strategis, BAIS) und dem nationalen Geheimdienst (Badan Intelijen Negara, BIN) unterhalten fast alle größeren Einheiten der Streitkräfte sowie die Polizei, das Verteidigungsministerium und die Staatsanwaltschaft ihre eigenen Aufklärungsdienste, was die Möglichkeiten einer Einflußnahme durch einzelne Politiker und Militärs vervielfacht. Damit stellen diese Dienste eine erhebliche Quelle der Instabilität dar.<sup>16</sup>

<sup>15</sup> Ebd., ohne Seitenangabe.

<sup>16</sup> Nach Auflösung einer koordinierenden Dienststelle im März 2000 sollte nunmehr der BIN diese Funktion übernehmen, dem sich insbesondere die militärischen Dienste jedoch nicht ohne weiteres unterordnen dürften. Der BIN selbst hat eine 130 Mann starke Einheit aus verdeckten Ermittlern aufgestellt, die radikal-islamistische Kreise infiltrieren soll. Ihr Leiter, Generalleutnant a.D. Hendropriyono, hat Vizepräsident Hamzah Haz vorgeworfen, sich an einer

<sup>14</sup> Vgl. entsprechende Aussagen in: The Military and the Arrogance of Power, in: Tapol Bulletin Online (London), April/Mai 2002, <<http://tapol.gn.apc.org>>.

## Zivilgesellschaftliche islamische Gruppen

Indonesiens moslemische Vereinigungen vertreten zumeist sozialpolitische Interessen. Sie gliedern sich wie das Parteiensystem in Organisationen, die den Islam nur als Ausgangspunkt verstehen, und solche, die sich einer aktiven Islamisierungspolitik verschrieben haben. Große, etablierte Gruppierungen engagieren sich auf nationaler und regionaler Ebene in Bereichen wie Bildung und Gesundheit. Kleinere Gruppen, die von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen sind, sehen die Lösung aller Probleme in der Einführung der Shariah auf lokaler Ebene. Unter den letztgenannten gibt es eine radikale Strömung, die den Aufbau eines weltweiten Kalifats auf der Grundlage individueller und familiärer Islamisierung postuliert.

Dabei bleibt zumeist offen, welche Form des islamischen Rechts eingeführt werden soll. In Indonesien gibt es bereits etwa 330 islamische Gerichte mit zivilrechtlichen Kompetenzen. Die grundsätzliche Zustimmung einer Bevölkerungsmehrheit zur Einführung der Shariah<sup>17</sup> ist immer dann rückläufig, wenn erkennbar wird, welche drakonischen Strafen sie verhängt.<sup>18</sup>

Verschworung gegen die Präsidentin zu beteiligen. Der militärische Geheimdienst wird von Beobachtern für gewalttätige Provokationen in den äußeren Provinzen verantwortlich gemacht. Vgl. *International Crisis Group (ICG), Keeping the Military under Control*, Brüssel/Jakarta, September 2000, S. 16 <<http://www.crisisweb.org>>.

<sup>17</sup> Einer jüngeren Studie zufolge sprechen sich 61% der Bevölkerung für die Einführung der islamischen Gerichtsbarkeit aus. Vgl. hierzu Umfrageergebnisse in: *Far Eastern Economic Review (FEER)*, 22.8.2002, S. 12.

<sup>18</sup> Ebd. Grundsätzlich soll die Shariah in der Unruheprovinz Aceh eingeführt werden. Seit Verabschiedung eines diesbezüglichen Autonomiestatuts im April 1999 wird allerdings weiterhin über Einzelheiten diskutiert. Aceh könnte als Präzedenzfall für andere Landesteile dienen; so versuchten lokale Regierungen im südlichen Sulawesi, in Westjava, Westsumatra und Zentral-Kalimantan Anfang 2002, das islamische Recht einzuführen. Im August 2002 lehnte es das Parlament mit großer Mehrheit ab, die Shariah für alle Moslems in die Verfassung aufzunehmen. Letztlich bleibt der Oberste Gerichtshof in Jakarta für die Abgrenzung der Entscheidungsgewalt zwischen islamischen und staatlichen Gerichten verantwortlich.

## Nahdlatul Ulama (NU)

Die NU ist die größte islamische Organisation weltweit und hat nach eigenen Angaben 30 Millionen Mitglieder. Diese rekrutieren sich vornehmlich aus den ländlichen Räumen Mittel- und Ostjawas. Politisch steht die NU heute der Nationalen Erweckungspartei (Partai Kebangkitan Bangsa, PKB) nahe. Der ehemalige Präsident Indonesiens, Abdurrahman Wahid (1999–2001), war der langjährige Vorsitzende der Organisation. Die NU vertritt eine apolitische,<sup>19</sup> javanische Variante des Islam, gilt als moderat und ist eher soziale Selbsthilfegemeinschaft als Verfechterin ideologischer Ziele.

Vor 1984 bildete die NU den gemäßigten Flügel innerhalb der PPP. Sie zog sich seither angesichts zunehmender Gängelung der Parteien durch die Repräsentanten der Neuen Ordnung aus der Politik zurück. Der 1984 zum NU-Vorsitzenden gewählte Wahid lehnte es ab, der regimetreuen Moslem-Organisation ICMI beizutreten, und gründete stattdessen ein Demokratisches Forum, an dem er auch Christen beteiligte. Seit dem Sturz Suhartos hat sich die NU gegen die Einführung der Shariah und eine Beförderung des Islam zur Staatsreligion ausgesprochen. Wahids eigene Politik als Staatspräsident war der pluralistischen Demokratie verpflichtet.

## Muhammadiyah

Muhammadiyah ist das städtische Pendant zur ländlichen NU. Ihre 15 Millionen Mitglieder<sup>20</sup> kommen überwiegend aus den urbanen Mittelschichten ganz Indonesiens. Die Vereinigung ist vergleichsweise locker organisiert und betreibt Schulen, Universitäten und Krankenhäuser. Sie steht der Nationalen Mandatspartei (Partai Amanat Nasional, PAN) des Präsidenten des Oberhauses, Amien Rais, nahe, der bis 1998 ihr Vorsitzender war.<sup>21</sup> Wie die NU lehnt auch Muhammadiyah die Einführung der Shariah ab, um die Einheit Indonesiens nicht zu gefährden.

<sup>19</sup> Dies steht nicht in Widerspruch zu der Tatsache, daß 50 000 NU-Mitglieder Anfang 2001 teils gewalttätig in Ostjava gegen die drohende Absetzung des Präsidenten protestierten.

<sup>20</sup> Hierzu zählen viele moderate Mitglieder der 1960 verbotenen Masyumi-Partei.

<sup>21</sup> Anders als Abdurrahman Wahid war Amien Rais Gründungsmitglied der ICMI. Auf Weisung Suhartos war er 1997 wegen seiner kritischen Haltung aus dem Vorstand dieser Organisation entlassen worden.

Hatte die Organisation in der Vergangenheit gelegentlich als Plattform für »fremdenfeindliche« (insbesondere antichinesische) Polemik fungiert, so sprach sich ihr Vorsitzender nach dem 11. September 2001 gegen jegliche antiamerikanische Polemik aus.<sup>22</sup>

Als Vertreterin des in Indonesien noch wenig entwickelten Mittelstandes und Hausmacht des ambitionierten Rais könnte Muhammadiyah in der Zukunft eine wichtigere Rolle zufallen. Rais hat sowohl bei der Wahl Abdurrahman Wahids 1999 als auch bei seinem Sturz zwei Jahre später eine entscheidende Rolle gespielt.

### Organisationen aus dem Umfeld der ehemaligen Masyumi-Partei

Aus dem Umfeld der 1960 verbotenen Masyumi-Partei kommen drei zivilgesellschaftliche Organisationen: der Islamische Predigerrat Indonesiens (Dewan Dakwah Islamiyah Indonesia, DDI), das Indonesische Komitee für Solidarität mit der Islamischen Welt (Komite Indonesia untuk Solidaritas dengan Dunia Islam, KISDI) und die Islamische Jugendbewegung (Gerakan Pemuda Islam, GPI). Alle agieren sowohl auf der Grundlage einer generell islamistischen Agenda als auch im Auftrag politischer Partikularinteressen. Sie sind grundsätzlich gewaltbereit.

Der DDI wurde 1967 als private Organisation gegründet. Er strebt die Errichtung eines islamischen Staates an. In den vergangenen Jahren hat der Rat wiederholt gegen die wirtschaftliche Dominanz der chinesischen Minderheit und gegen die USA als wichtigsten Verbündeten Israels polemisiert.<sup>23</sup> Dem DDI werden Verbindungen zur einstigen Staatspartei Golkar nachgesagt.<sup>24</sup> Er fungiert darüber hinaus als Basisorganisation für die islamische Halbmond- und Stern-Partei (Partai Bulan Bintang, PBB). Der Rat wurde Ende der achtziger Jahre unter anderem aus saudi-schen Quellen finanziert,<sup>25</sup> namentlich gilt die Isla-

<sup>22</sup> Vgl. Syafii Maarif, Sweeping Biadab, Jakarta, <<http://www.mail-archive.com/eskol@mitra.net.id/msg00017.html>> (eingesehen am 11.10.2002).

<sup>23</sup> Vgl. hierzu ICG, Indonesia: Violence and Radical Muslims, Brüssel/Jakarta 2001, S. 11.

<sup>24</sup> Vgl. Keith Loveard, Government Defends Trio Linked to Terrorism, Jakarta, Laksamana Portal [wie Fn. 10] (eingesehen am 20.3.2002).

<sup>25</sup> Vgl. Martin van Bruinessen, Indonésie, Konferenzbeitrag, International Institute of Islam in the Modern World, Leiden 2000, <<http://www.isim.nl/isim/activities/conferences/vingtans/mercredi.html>> (eingesehen am 21.6.2000).

mische Weltliga (Rabitat al-Alam al-Islami) als Partner des Rates.<sup>26</sup>

Ende der neunziger Jahre ging ein sogenanntes Krisenbewältigungskomitee (Komitee Penanggulangan Krisis, KOMPAK) aus dem DDI hervor, das mit der Koordinierung nahöstlicher Hilfen für Moslems in den von religiöser Gewalt erschütterten Regionen der Molukken und Zentralsulawesis beauftragt wurde. KOMPAK gewährte malaysischen und philippinischen Terroristen im Juni 2000 nachweislich Unterschlupf in Zentralsulawesi. Kurz darauf scheiterten in Jakarta Anschläge auf den philippinischen Botschafter und die malaysische Botschaft. Im März 2002 wurden in Manila drei Personen festgenommen, unter ihnen zwei DDI-Mitglieder, Agus Dwikarna und Tamsil Linrung. Beide hatten sich nach Angaben der philippinischen Polizei mit Vertretern der Moro Islamic Liberation Front (MILF), der größten separatistischen Guerillaorganisation der Philippinen, getroffen.<sup>27</sup> Bei Dwikarna wurde Sprengstoff gefunden. Eine Untersuchung ergab mögliche Hinweise auf Verbindungen zu Osama bin Ladens Al-Qaida.<sup>28</sup> Während Dwikarna zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt wurde, kamen seine Begleiter bereits im April auf Betreiben von Präsidentin Megawati auf freien Fuß.<sup>29</sup> Zuvor hatte sich der indonesische Justizminister für ihre Freilassung eingesetzt.<sup>30</sup>

Das KISDI war 1987 zur Unterstützung von Glaubensbrüdern in Palästina, Kaschmir, Bosnien und Mindanao gegründet worden. Die Organisation wurde von Suhartos Halbbruder Probosutedjo und seinem Schwiegersohn, Generalleutnant Prabowo Subianto, gefördert und pflegte während der Phase der Neuen Ordnung enge Beziehungen zu Teilen der Streitkräfte. KISDI sympathisiert offen mit Al-Qaida und Abu Bakar

<sup>26</sup> Vgl. The Forces behind the Shariah Law, Laksamana Portal [wie Fn. 10] (eingesehen am 8.8.2002). Die Islamische Weltliga ist eine nichtstaatliche Vereinigung aus Saudi-Arabien, die einen puritanischen Islam propagiert. Beobachtern zufolge ist die Organisation seit dem 11. September 2001 stark verunsichert.

<sup>27</sup> Vgl. Anthony Davis, Extremism Exported, in: Timeasia, <<http://www.time.com/time/asia.html>> (eingesehen am 1.4.2002).

<sup>28</sup> Bei einem der Festgenommenen wurde die Telefonnummer des Kuwaitis Omar al-Farouq entdeckt, die ihrerseits kurz zuvor bei einem in Pakistan verhafteten Al-Qaida-Führer gefunden worden war. Vgl. The Washington Post, 9.5.2002.

<sup>29</sup> Vgl. Philippine Embassy on Alert for Attacks, Laksamana Portal [wie Fn. 10] (eingesehen am 20.3.2002).

<sup>30</sup> Vgl. Kompas (Jakarta), <<http://www.kompas.com>> (eingesehen am 21.3.2002).

Ba'asyir, dem in Indonesien inhaftierten mutmaßlichen spirituellen Führer des regionalen terroristischen Netzwerks Jemaah Islamiyah.

Die GPI, einst Jugendorganisation der Masyumi-Partei, entsandte 1994 acht islamische Kämpfer nach Bosnien-Herzegowina.<sup>31</sup> Nach dem Beginn der amerikanischen Bombardierung Afghanistans im Oktober 2001 meldeten sich bei der GPI Hunderte von Freiwilligen für den Kampf gegen die USA. Ihr Einsatz in Afghanistan konnte jedoch nicht bestätigt werden.

### **Ikatan Cendekiawan Muslim se-Indonesia (ICMI)**

Suharto gründete den Gesamtindonesischen Verband Moslemischer Intellektueller 1990, um seinem Forschungsminister Habibie zu einer Hausmacht zu verhelfen, ihn zum Nachfolger aufzubauen und die modernistisch-islamische Bewegung (vgl. Fn. 5) zu kopieren. Damit sollte ein Gegengewicht zum nationalistisch-säkularen Flügel der Streitkräfte geschaffen werden. In der Gründungsphase wurde die Organisation von technokratischen und gemäßigt-moslemischen Gruppen dominiert, die sie als Forum für eine Annäherung zwischen Islam und wissenschaftlich-technischem Fortschritt verstanden. Hinzu kam eine dritte Gruppierung aus Vertretern von Nichtregierungsorganisationen, die den Verband als gesellschaftspolitisches Instrument für die Verwirklichung modernistisch-islamischer Ideale betrachteten. Zu diesem Kreis gehörten bis 1997 Amien Rais und der 2000 zum ICMI-Vorsitzenden gewählte Adi Sasono. Sasono hatte acht Jahre zuvor das Centre for Information and Development Studies (CIDES) als verbandnahe Denkfabrik gegründet. Er gilt ferner als Schlüsselfigur einer Gruppe islamischer Politiker, die versuchen, die Präsidentschaftswahlen 2004 im Vorfeld zu beeinflussen.<sup>32</sup> Habibie zog sich Ende 2000 weitgehend aus dem ICMI zurück, nachdem er zahlreichen Verbandsmitgliedern zu wichtigen politischen Ämtern verholfen hatte.<sup>33</sup>

<sup>31</sup> Vgl. ICG, Indonesia: Violence and Radical Muslims [wie Fn. 23], S. 16.

<sup>32</sup> Vgl. Rieff/Yani, Marajut yang putus, in: Detik (Jakarta), 13.6.2002. Demnach trafen sich in diesem Rahmen im Juni 2002 neben Amien Rais und dem PPP-Vorsitzenden Hamzah Haz auch Vertreter anderer islamisch orientierter Parteien. Die Gruppe hat bisher keine Forderungen nach Gründung eines islamischen Staates erhoben.

<sup>33</sup> Diese sollen sich im Vorfeld der Parlamentswahlen 1999 unter anderem mittels korrupter Methoden für einen Sieg

Nach Suhartos Sturz erlebte die Organisation eine ideologische Radikalisierung. ICMI tritt heute für eine Verbesserung der Stellung von Moslems in Politik und Wirtschaft ein. Zu diesem Zweck wurden eine Reihe gemeinnütziger Stiftungen gegründet, die unter anderem Koranschulen, kleine und mittlere Unternehmen sowie Genossenschaften fördern. Geographische Förderschwerpunkte sind Westjava und Südsulawesi. Darüber hinaus betreibt ICMI eine Bank und eine Versicherungsagentur. Der Verband hat die Hilfsprogramme des IWF kritisiert und eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit islamischen Staaten verlangt.<sup>34</sup> Führende Mitglieder haben sich darüber hinaus für eine Reorganisation der Volkswirtschaft unter Ausschaltung chinesischer Mittelsmänner ausgesprochen.<sup>35</sup>

1998 wurden ICMI-Verbindungen in das radikal-islamistische Lager genutzt, um Unterstützung für Habibie zu mobilisieren.<sup>36</sup> Im November 1998 rekrutierten die Streitkräfte aus diesem Umfeld etwa 125 000 Milizionäre, um Demonstrationen von Habibie-Gegnern zu verhindern. Bei dieser Gelegenheit hatten neben KISDI und DDI die sogenannte Front der Verteidiger des Islam (Front Pembela Islam, FPI) und eine Miliz des Heiligen Krieges (Laskar Jihad, LJ) ihren ersten öffentlichen Auftritt. Diese warben ihre Mitglieder vorzugsweise unter arbeitslosen Jugendlichen und Kleinkriminellen an. Die Organisationen sollten sich in den folgenden Monaten zu einem erheblichen Sicherheitsproblem entwickeln.<sup>37</sup> Zu den

der Habibie-Partei Golkar und der Neugründung »Partei der Volksherrschaft« (Partai Daulat Rakyat, PDR) engagiert haben. Vgl. Wardah Hafidz, Summary Report, Cases of Money Politicking by Golkar and PDR, Internationales NRO-Forum für Indonesien, Brüssel 1999, <<http://www.infid.be/briefingpapermoneypoliticsjune99.html>>.

<sup>34</sup> Vgl. ICMI Scorns IMF, Warns of Foreign Domination, Laksamana Portal [wie Fn. 10] (eingesehen am 9.7.2002).

<sup>35</sup> Vgl. Asiaweek, <<http://www.asiaweek.com>> (eingesehen am 18.12.1999).

<sup>36</sup> So organisierte CIDES am 22. Mai 1998 in Zusammenarbeit mit einem anderen sozialwissenschaftlichen Institut, dem Institute for Policy Studies (IPS), eine Pro-Habibie-Kundgebung, an der 15 000 Personen aus verschiedenen islamistischen Gruppen teilnahmen. Das IPS wird von einer Stiftung des Suharto-Schwiegersohns Prabowo Subianto gefördert, deren Vorsitzender wiederum ICMI-Mitglied ist. Habibie distanzierte sich nach seiner Ernennung zum Präsidenten von Subianto, der wegen des Verdachts der Organisation antichinesischer Pogrome seines Postens als Kommandeur der Strategischen Heeresreserve enthoben wurde.

<sup>37</sup> Ab Februar 1999 gingen die Sicherheitskräfte angesichts wachsender öffentlicher Kritik an der Disziplinlosigkeit der

ersten unmittelbaren Folgen ihrer Aktivitäten zählte der Ausbruch religiöser Gewalt auf der Molukken-Insel Ambon.

Der politische Einfluß des ICMI ist seit Habibies Ablösung als Staatspräsident rückläufig. Nichtsdestotrotz verfügt der Verband mittels seiner Verbindungen zu ehemaligen Angehörigen des Staatssekretariats, des Geheimdienstes, ins radikal-islamistische Lager sowie zu Nichtregierungs-Organisationen nach wie vor über ein personell und finanziell beträchtliches Mobilisierungspotential.

### Syabab Hizbut Tahrir (SHT)

Die sogenannte Jugend-Freiheitspartei (Syabab Hizbut Tahrir, SHT) ist ein Ableger der 1953 in Jerusalem gegründeten Freiheitspartei (Hizbut Tahrir, HT) aus Jordanien, die ein weltweites islamisches Kalifat anstrebt. HT gilt als nicht eindeutig militant, wurde jedoch 1968 und 1969 in Jordanien, 1972 im Irak, 1974 in Ägypten und 1976 in Syrien der Beteiligung an Umsturzversuchen verdächtigt.<sup>38</sup> Seit dem Untergang der Sowjetunion ist sie auch in Zentralasien aktiv. Keimzelle der indonesischen Bewegung ist eine Koranschule im westjavanischen Bogor. Die in der Schule propagierten Lehren wurden mit Hilfe universitärer Predigerverbände auf Java und in Südsulawesi verbreitet. HT-Anhänger traten allerdings erst nach dem Ende der Suharto-Ära an die Öffentlichkeit. Mitte 2000 fand in Jakarta ein Kongreß mit Aktivisten aus Indonesien, Malaysia und Australien statt, auf dem sich die indonesische Delegation in SHT umbenannte. Im Anschluß an den Kongreß führten SHT-Anhänger in mehreren javanischen Großstädten Anwerbeaktionen durch.

SHT hat nach eigenen Angaben Tausende von Mitgliedern in ganz Indonesien. Auf einer im Februar 2002 gemeinsam mit FPI und Laskar Mujahidin vor der singapurischen Botschaft durchgeführten Protestkundgebung fanden sich jedoch nur etwa 500 Anhänger ein. Allgemein tritt die akademisch geprägte SHT in der Öffentlichkeit zurückhaltender auf als andere Gruppen. Ihr Vorsitzender kündigte 2000 eine

islamistischen Milizen dazu über, eine 40 000 Mann starke Bürgerwehr aufzustellen. Diese wurde am 31.12.2000 wieder aufgelöst, weil die Angehörigen zum überwiegenden Teil für eine Übernahme in den Polizeidienst nicht tauglich waren.  
<sup>38</sup> Vgl. Oxford Encyclopedia of the Modern Islamic World, 1995, zitiert in: The Jakarta Post, <<http://www.thejakartapost.com>> (eingesehen am 2.4.2002).

Beteiligung an den Präsidentschaftswahlen 2004 an. Damit wäre Gewalt als Mittel der Machtergreifung vermutlich ausgeschlossen.

### Majelis Mujahidin Indonesia (MMI)

Der sogenannte Mujaheddin-Rat Indonesiens (Majelis Mujahidin Indonesia, MMI) wurde im August 2000 von Abu Bakar Ba'asyir gegründet. Ba'asyir wird vorgeworfen, spiritueller Führer des regionalen Terrornetzwerks Jemaah Islamiyah zu sein. Der MMI entstand aus einer nationalen Konferenz, die islamische Gruppen im Rahmen einer Kampagne zur Einführung der Shariah vernetzen sollte. Unter den etwa 1000 Teilnehmern befanden sich zahlreiche Aktivisten der SHT wie auch der damalige Vorsitzende der Gerechtigkeitspartei (Partai Keadilan, PK). Der MMI vereinigt Persönlichkeiten mit radikal-modernistischem und wertkonservativem Hintergrund, aber auch Aktivisten des militant-sufistischen Darul Islam und des militanten Islamischen Predigerrates Indonesiens (DDI). Der im März 2002 in Manila verhaftete Agus Dwikarna ist Vorstandsmitglied des MMI. Über Ba'asyir bestehen Verbindungen zur sogenannten Militanten Vereinigung Malaysias (Kumpulan Militan Malaysia, KMM), die ihrerseits in Kontakt zu Al-Qaida stehen soll.

Beziehungen zwischen dem MMI und Teilen der Streitkräfte können bis 1998 ausgeschlossen werden, denn anders als die Vorsitzenden von KISDI und DDI blieb Ba'asyir auch nach 1990 ein Kritiker des Suharto-Regimes. Einige führende Mitglieder treten wie ihre SHT-Kollegen offen für ein internationales islamisches Kalifat ein.<sup>39</sup> Die Miliz der Vereinigung, Laskar Mujahidin, war am Bürgerkrieg auf den Molukken beteiligt. In der Führungsriege der MMI sind Personen vertreten, die Ende der siebziger und während der achtziger Jahre unter dem Vorwurf der Agitation im sogenannten Komando Jihad zu Haftstrafen verurteilt wurden und später nach Malaysia emigrierten. Die Erfahrung von Gefangenschaft und absoluter Marginalisierung unterscheidet sie von den Vertretern des KISDI oder des DDI, die unter anderem mit Hilfe der Medien in der Öffentlichkeit agierten und sich gegen Ende der Suharto-Ära gelegentlich durch die Neue Ordnung kooptieren ließen.

<sup>39</sup> Vgl. ICG, Al-Qaida in Southeast Asia: The Case of the »Ngruki-Network« in Indonesia, Brüssel/Jakarta 2002, S. 18.

## Darul Islam

Das Haus des Islam (Darul Islam) ging im März 1948 aus einer von den japanischen Besatzern gegründeten Hizbullah-Miliz hervor, die zwischen 1945 und 1949 die holländische Kolonialmacht bekämpfte. Im Gegensatz zum radikal-modernistischen Wahhabismus bezog sich Darul Islam auf den Sufismus, der unter islamischen Gelehrten aufgrund seiner Innerlichkeit<sup>40</sup> umstritten ist. Einige Gruppen der Sufi-Bewegung plädieren für die Einhaltung der Shariah, doch liegt die letzte Autorität in spirituellen Fragen ihrer Meinung nach beim individuellen Geistlichen und nicht in den heiligen Schriften. Am 7. August 1949 rief der Anführer des Darul Islam in Westjava einen sogenannten Islamstaat Indonesien (Negara Islam Indonesia, NII) aus. In den folgenden Jahren gelang es ihm, Anhänger in Aceh und Südsulawesi zu mobilisieren. Die Bewegung führte fortan einen Bürgerkrieg gegen die Republik, der erst 1967 mit der Gefangennahme und Hinrichtung der NII-Führer beendet wurde. Die Unruhen in Aceh waren unter anderem Langzeitwirkungen dieses Konfliktes. Aufgrund der für die indonesische Armee sehr verlustreichen Kämpfe besteht im säkular-nationalistischen Flügel der Streitkräfte bis heute tiefes Mißtrauen gegen islamische Gruppierungen.

Trotz Zerschlagung der Kampfgruppen des Darul Islam überlebte ihr zentrales politisches Anliegen, die Gründung eines islamischen Staates in einer »Sphäre des Glaubens, der nationale Grenzen überschreitet.«<sup>41</sup> Auf dieser Grundlage sollen heute dreizehn lose verbundene Gruppierungen agieren. Die in Malaysia sowie in Westjava und Sumatra angesiedelten Gruppen sind militant und verfügen über Kontakte zu einer sogenannten Internationalen Vereinigung der Mujaheddin (International Mujahideen Association, IMA) in Malaysia sowie zu Teilen des indonesischen Militärgeheimdienstes.<sup>42</sup> Unter ihren Mitgliedern finden sich Veteranen der Kriege in Afghanistan und Mindanao.<sup>43</sup>

<sup>40</sup> Sufisten sollen durch Meditation und Liebe zu Gott finden. Die Wahhabiya-Bewegung war als Kritik am islamischen Mystizismus und Gräberkult entstanden.

<sup>41</sup> Vgl. David Martin Jones/Michael L. R. Smith, Islamists Defeat Asian Way, in: *The World Today*, 56 (Juni 2002) 6, S. 12–14 (12).

<sup>42</sup> Vgl. Sjahir, Mengapa Maulani Begitu Emosional?, Radio Netherlands, <<http://www.rnw.nl>> (eingesehen am 19.11.2001).

<sup>43</sup> Vgl. Gatot Prihanto/Aulia Andri, Al Chaidar, DI/NII, & Teror Bom (2) Eksistensi NII dan Cap Ekstrimis, in: Detik (Jakarta), <<http://www.detik.com>> (eingesehen am 23.11.2001).

Diesen Kreisen werden unter anderem zwei Anschläge im Jahre 2001 auf eine Kirche und die australische Schule in Jakarta zugeordnet. Bereits im Vorjahr waren nach dem Abtritt Habibies 38 Bomben gezündet worden, die meisten davon in der Nähe von Kirchen in größeren Städten (mittlerweile gibt es Hinweise auf einen Zusammenhang mit den Attentaten von Bali). Viele dieser Anschläge wurden einer sogenannten Front Islamischer Mujaheddin des Archipels (Angkatan Mujahidin Islam Nusantara, AMIN) angelastet, die Teil der Darul-Islam-Bewegung sein soll.<sup>44</sup> In einem Fall konnte ein Anschlag auf die amerikanische Botschaft in Jakarta verhindert werden, in einem anderen wurden Angehörige der Spezialkräfte des Heeres (KOPASSUS) verhaftet.

Seit 1967 ist Darul Islam keine einheitliche Organisation mehr, sondern ein Netzwerk regionaler und nationaler Eliten, deren langfristiges Ziel die Errichtung eines sufistisch-islamistischen Staates ist. Darul Islam hat nach eigenen Angaben 12 Millionen Mitglieder.<sup>45</sup> Eine kleine Minderheit von Aktivisten strebt ein islamisches Kalifat (Daulah Islam<sup>46</sup>) an, das Indonesien, Singapur, die südlichen Philippinen, Malaysia und in einigen Varianten auch das südliche Thailand umfassen soll. Letztere rekrutiert sich unter anderem aus Kreisen der Afghanistan-Veteranen.<sup>47</sup>

<sup>44</sup> Vgl. Danie/Rieff, Skenario Kambing Hitam, Jakarta, in: Detik (Jakarta), <<http://www.detik.com>> (eingesehen am 20.6.2002).

<sup>45</sup> Vgl. Aulia Andri/M. Rizal Maslan, Kontroversi Seputar »Nyanyan« Chaidar, Jakarta, in: Detik (Jakarta), <<http://www.detik.com>> (eingesehen am 23.11.2001).

<sup>46</sup> Im Gegensatz zu Negara Islam Indonesia, der von der Mehrzahl der Darul-Islam-Mitglieder angestrebt wird, bezieht sich der Begriff Daulah Islam auf ein Kalifat und zielt auf die Verwirklichung einer idealen Urgemeinschaft durch wortwörtliche Auslegung des Korans und der Sunna. Während der Koran das von Mohammed aufgezeichnete Wort Gottes enthält, sind in der Sunna Berichte über Äußerungen und Handlungen des Propheten zusammengefaßt.

<sup>47</sup> In den neunziger Jahren beobachtete der CIA 700 bis 1500 indonesische Studenten, die zum Studium in den Nahen und Mittleren Osten reisten. Mehr als ein Drittel dieser Personen erreichten ihren Zielort nie. Es wird vermutet, daß sie sich statt dessen am afghanischen Bürgerkrieg beteiligt haben. Vgl. Chris Wilson, Indonesia and Transnational Terrorism, Bibliothek des australischen Parlaments, Canberra, <<http://www.aph.gov.au/library/pubs>> (eingesehen am 11.10.2001).



## Jamaah Tarbiyah (JT)

Die sogenannten Bildungsgruppen (Jamaah Tarbiyah, JT) ließen sich von den Lehren der 1928 in Ägypten gegründeten Moslemischen Bruderschaft (Ikhawanul Muslimin) inspirieren. Diese Bewegung hielt den Islam in allen Lebensbereichen für relevant und engagierte sich zunächst friedlich für die Errichtung eines Daulah Islam. In Ägypten wurde die Organisation 1954 nach einem Anschlag auf Präsident Gamal Abdel Nasser verboten, woraufhin es zu einer Radikalisierung der zuvor gemäßigten Fraktionen der Bruderschaft kam.

In Indonesien verbreitete sich die Lehre der JT Anfang der achtziger Jahre mit der Rückkehr ehemaliger Studenten aus dem Nahen Osten. JT-Gruppen gehen bei der Organisation ihrer Treffen und Anwerbung von Mitgliedern konspirativ vor und zeichnen sich bis heute durch ein hohes Maß an öffentlicher Zurückhaltung aus. Die Zusammensetzung dieser Gruppen war in der Anfangsphase keineswegs homogen. Erst im Januar 2001 entstand mit der Gründung der Moslemischen Bruderschaft Indonesien (Ikhawanul Muslimin Indonesia, IMI) eine zentrale Organisation in Jakarta. Deren Vorsitzender hatte unter Suharto eine langjährige Haftstrafe für das Bombenattentat auf den buddhistischen Tempel Borobodur im Januar 1985 verbüßt. Der politische Ableger der JT, die Gerechtigkeitspartei, erhielt bei den Parlamentswahlen im Juni 1999 einen Stimmenanteil von nur 1,3 Prozent. Beobachter schätzen die IMI-Bewegung als friedfertig ein.<sup>48</sup> Gute Kontakte bestehen in den Nahen Osten, von wo verstärkt seit den achtziger Jahren religiöse Literatur nach Indonesien gelangt ist. Ursächlich waren die von saudischen Organisationen geförderten Pilgerfahrten und Studienaufenthalte von Indonesiern im Nahen Osten. Im Gegensatz zu militant-modernistischen Vereinigungen, die die Grundsätze der Shariah über säkulare Gesetze stellen, sieht IMI keinen Widerspruch zwischen Demokratie und Islam.<sup>49</sup>

<sup>48</sup> Vgl. *Solahudin*, Benarkah Mereka Pelaku Pemboman?, in: Detik (Jakarta), <<http://www.detik.com>> (eingesehen am 10.1.2001).

<sup>49</sup> Vgl. *Solahudin*, Yang Anti dan Yang Pro Demokrasi, in: Detik (Jakarta), <<http://www.detik.com>> (eingesehen am 10.1.2001).

## Politische Parteien mit islamischem Hintergrund

Analog zu den zivilgesellschaftlichen Gruppen muß auch im moslemischen Parteienspektrum Indonesiens zwischen Gruppierungen unterschieden werden, die eine islamische Agenda, in aller Regel unter Einführung der Shariah, verfolgen und solchen, die sich nur allgemein von islamischen Grundsätzen inspirieren lassen. Bei den Parlamentswahlen des Juni 1999 erhielten islamische bzw. islamisch inspirierte Parteien zusammen einen Stimmenanteil von etwa 40 Prozent. Davon entfielen jedoch nur 14 Prozent auf Parteien, die sich für die Einführung des islamischen Rechts einsetzten. Mit einem Anwachsen radikal-islamistischer Kräfte in diesem Bereich ist mittelfristig nur bei anhaltendem Reformstau und einer verschärften sozioökonomischen Krise zu rechnen.

### Partai Bulan Bintang (PBB)

Die sogenannte Halbmond-und-Stern-Partei (Partai Bulan Bintang, PBB) vereinigt das radikale modernistische Spektrum Indonesiens. Im Kabinett der Präsidentin Megawati stellt sie den Justiz- und Menschenrechtsminister, der auch Suhartos letzter Redenschreiber war. Die PBB wurde im Juli 1998 durch ein aus 43 Organisationen bestehendes Forum gegründet, darunter ICMI, DDI und KISDI. Sie verfügt über 318 Unterbezirke in 27 Provinzen und erzielte bei den Parlamentswahlen im Juni 1999 einen Stimmenanteil von lediglich 1,8 Prozent. Laut Parteiprogramm strebt die PBB eine islamische Reorganisation der Märkte für Staatsanleihen, Derivate und Devisen an. Der nepotistische Kapitalismus der Suharto-Ära soll durch ein System aus Kooperativen ersetzt, die Curricula religiöser Bildungseinrichtungen mittels Aufnahme »weltlicher« Lehrstoffe angepaßt werden. Zwar bekennt sich die PBB zur pluralistischen Demokratie, doch gibt sie an, die Einheit des Landes mit Hilfe eines sogenannten Moscheen-Verbandes vor »äußeren Einflüssen« schützen zu wollen.<sup>50</sup> Die Partei tritt für die Einführung der islamischen Gerichtsbarkeit ein, verfolgt dabei aber keine grenzüberschreitende Agenda. Allerdings pflegt ihre Basis-Organisation DDI Kontakte nach Saudi-Arabien.<sup>51</sup>

<sup>50</sup> Vgl. *Visi dan Misi Partai, Rancangan Umum Partai Bulan Bintang 2002*, Jakarta 2002, <<http://www.pbb.or.id>>.

<sup>51</sup> Vgl. *van Bruinessen*, Indonésie [wie Fn. 25].

### Partai Persatuan Pembangunan (PPP)

Die überwiegend islamisch-modernistische Vereinigte Aufbaupartei (Partai Persatuan Pembangunan, PPP) wurde im Januar 1973 gegründet. Die PPP war die islamische Gruppierung unter Suhartos drei Blockparteien. Nachdem ihr Stimmenanteil bei den Wahlen 1987 von 26 auf 15 Prozent gefallen war, stieg er in den neunziger Jahren unter dem Einfluß der zunehmenden Islamisierung des öffentlichen Lebens auf 21 Prozent. Anhaltendes Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren der Neuen Ordnung und ein damit einhergehendes allmähliches Anwachsen des Mittelstandes bescherten ihr zusätzliche Stimmen. 1999 fiel der PPP-Anteil angesichts der Konkurrenz neuer islamischer Parteien auf 11 Prozent. Parteivorsitzender ist der derzeitige indonesische Vizepräsident Hamzah Haz.

Die PPP-Klientel rekrutiert sich aus der NU-Anhängerschaft und modernistischen, vom sozialen Abstieg bedrohten Angehörigen des Mittelstandes. Die Partei befürwortet die Aufnahme der Shariah in die Verfassung und versucht auf diese Weise, sich von ihren Konkurrenten PKB und PAN abzugrenzen. Dabei ist allerdings keine klare, langfristige Strategie erkennbar. Die PPP verfügt über einen gut ausgebauten Parteiapparat und ist vergleichsweise tief im politischen Establishment verwurzelt.

### Partai Keadilan (PK)

Die im Juli 1998 gegründete Gerechtigkeitspartei (Partai Keadilan, PK) ist der politische Ableger der IMI-Bewegung. Darüber hinaus verfügt sie über Kontakte zum Islamischen Predigerrat Indonesiens (DDI).<sup>52</sup> Vor den Wahlen des Jahres 1999 gelang es der PK in einem organisatorischen Kraftakt, in 23 Provinzen und etwa 200 Landkreisen mehr als 1000 Nebenstellen zu eröffnen. Nichtsdestotrotz fiel ihr Wahlergebnis mit 1,3 Prozent bescheiden aus.

Die PK gehört zu den wenigen Parteien, deren Programme Vorschläge für eine Islamisierung der Gesellschaft enthalten: Angestrebt wird unter anderem die Einführung eines nicht näher spezifizierten »indonesischen Rechts«, mit dessen Hilfe »Widersprüche« auf den Gebieten Bildung und Verwaltung aufgelöst

<sup>52</sup> Vgl. *Solahudin*, Yang Anti dan Yang Pro Demokrasi, in: Detik (Jakarta), <<http://www.detik.com>> (eingesehen am 10.1.2001).

werden sollen. Dabei will die PK das Bildungswesen »integrieren«, während Beamte, Intellektuelle und islamische Geistliche in einem »einheitlichen staatlichen System« zusammengefaßt werden sollen. Kleinen und mittleren Unternehmen, Genossenschaften und Biotechnologie-Unternehmen wird Förderung in Aussicht gestellt.<sup>53</sup> Eine Aufnahme der Shariah in die Verfassung wird angestrebt.

Die Klientel der PK gilt als gebildet und einflußreich. Nach dem Beginn der amerikanischen Operationen in Afghanistan veranstaltete die Partei eine friedliche Kundgebung gegen die USA in Jakarta, an der sich etwa 20 000 Demonstranten beteiligten. Im parlamentarischen Tagesgeschäft hat sich die PK mit der PAN zu einer Reformfraktion zusammengeschlossen.

### Partai Amanat Nasional (PAN)

Die Nationale Mandatspartei (Partai Amanat Nasional, PAN) versteht sich ihrerseits als Sachwalterin eines modernistischen Mittelstandes. Ihre Anhängerschaft ist wirtschaftlich besser gestellt als etwa die der PPP und umfaßt seit dem Abtritt Habibies auch zahlreiche gemäßigte ICMI-Mitglieder. Der Parteivorsitzende Amien Rais ist Präsident des Oberhauses und hat in der Vergangenheit bereits zweimal als Mehrheitsbeschaffer bei Präsidentschaftswahlen fungiert. Dies macht die PAN trotz ihres geringen Stimmenanteils von 7,3 Prozent zu einem bedeutsamen Akteur.

Zu den Konstanten von Rais' Politik gehören der Kampf gegen die Korruption und die Bemühungen, die PAN zu einer säkularen und pluralistischen Partei zu entwickeln. Er hat sich jedoch wiederholt gegen eine Beherrschung der Wirtschaft durch sino-indonesische und christliche Gruppen ausgesprochen. Auch ist er im Januar 2000 zusammen mit Vertretern von PK, PPP, IMI, KISDI und anderen auf einer Darul-Islam-Veranstaltung in Jakarta aufgetreten, bei der zu einem »Heiligen Krieg« in den Molukken aufgerufen wurde (zum Konflikt auf den Molukken vgl. Fn. 60). Einer der drei im März 2002 in Manila festgenommenen Indonesier war bis Dezember 2001 PAN-Schatzmeister.

Angesichts der verschärften Konkurrenz mehrerer Parteien um dieselbe Wählergruppe sind die Aussichten der PAN auf einen deutlichen Ausbau ihres Stimmenanteils bei den Parlamentswahlen 2004 eher

<sup>53</sup> Vgl. Agenda Nasional Partai Keadilan, 1998, <<http://www.geocities.com/CapeCanaveral/Hall/5558/agenda.html>>.

gering. Allerdings genießt der charismatische Amien Rais als ehemaliger Suharto-Kritiker landesweit großes Ansehen, so daß ihm im Falle einer Direktwahl durchaus Chancen auf das Amt des Staatspräsidenten eingeräumt werden.<sup>54</sup>

### Partai Kebangkitan Bangsa (PKB)

Die Nationale Erweckungspartei (Partai Kebangkitan Bangsa, PKB) vertritt überwiegend Interessen traditionalistischer Moslems. Ihr Schwerpunkt liegt innerhalb der NU-Anhängerschaft im ländlichen Raum Ostjawas.

Abdurrahman Wahid, der die PKB heute nur noch berät, hatte vor seiner Wahl zum Präsidenten 1999 sowohl eine zunehmende Desintegration des Landes als auch eine Militärdiktatur nach birmanischem Vorbild für möglich gehalten. Um solchen Szenarien vorzubeugen, setzte er auf den säkularen Flügel der Streitkräfte. Dieser sah sich aber durch Wahids konsequente Menschenrechts- und Reformpolitik schon bald diskreditiert und wandte sich Megawati zu.

Die PKB steht Megawatis eigener Demokratischer Partei Indonesiens für den Kampf (Partai Demokrasi Indonesia – Perjuangan, PDI-P) insofern nicht fern, als auch sie sich auf die Pancasila-Ideologie beruft und im August 2002 die Aufnahme der islamischen Rechtsprechung für Moslems in die Verfassung ablehnte. Seitdem die islamischen Parteien, die der Präsidentin 2001 bei der Machtübernahme behilflich waren, separate Ziele verfolgen, konstatieren Beobachter eine wachsende Beteiligung der PKB am politischen Tagesgeschäft.<sup>55</sup> Sie könnte Megawati 2004 durch die entsprechende Mobilisierung ihrer Anhängerschaft zu einer zweiten Amtszeit verhelfen.

### Militante islamistische Organisationen

Die Häufigkeit von Attentaten und die Intensität politisch motivierter Gewalt in Indonesien haben seit 1999 sprunghaft zugenommen. Die Polizei ermittelt diesbezüglich in vier Richtungen: Verdächtig werden eine Gruppe um den flüchtigen ehemaligen Afghanistan-Kämpfer Hambali, Armee-Veteranen des Bürgerkriegs in Aceh, Partner des Suharto-Sohns Tommy

und Einzelpersonen. Dabei können zwei Dimensionen politisch motivierter Gewalt unterschieden werden. Die eine betrifft Verteilungskämpfe und Partikularinteressen in den politischen und militärischen Eliten, die andere das regionale Terrornetzwerk Jamaah Islamiyah. Eine Überlappung beider Ebenen ist nicht auszuschließen, bisher aber im operativen Bereich nicht nachweisbar.

### Front Pembela Islam (FPI)

Die sogenannte Front zur Verteidigung des Islam (Front Pembela Islam, FPI) wurde im August 1998 gegründet. Die FPI gehörte zu den Milizen, die die Streitkräfte im Kampf gegen Demokratie-Aktivisten aufgestellt hatten. In ihrer Hochburg Jakarta zählte die Gruppe mehr als 5500 Mitglieder, die wiederholt Aktionen gegen Bars, Nachtclubs, Bordelle und Kasinos durchführten.<sup>56</sup> Im Juni 2000 war das Büro der Nationalen Menschenrechtskommission Ziel eines FPI-Angriffs. Der arabischstämmige Leiter der Organisation hatte zwischen 1984 und 1990 mit einem Stipendium der Organisation der Islamischen Konferenz (Organisation of the Islamic Conference, OIC) in Saudi-Arabien studiert (er sitzt seit Oktober 2002 in Untersuchungshaft, die im November in Hausarrest umgewandelt wurde).

Häufig betonte zentrale Anliegen der FPI sind die Einführung der Shariah und die Wahrung der Einheit Indonesiens. Auf Kundgebungen hat die Organisation zusammen mit Golkar-nahen Gruppen eine »kommunistische Gefahr« beschworen. In der Provinz der Nord-Molukken sollen FPI-Kämpfer seit Januar 1999 zum Einsatz gekommen sein.<sup>57</sup> Nach Beginn der amerikanischen Operationen in Afghanistan demonstrierten Hunderte FPI-Anhänger im Oktober 2001, teils unter Anwendung von Gewalt, in Jakarta und verlangten den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten.

Ähnlich wie die unten beschriebenen Laskar Jihad und Laskar Jundullah ist die FPI ein Produkt der sozio-ökonomischen Krise Indonesiens und stellt sich für ihre Mitglieder als Heilsbewegung dar. Sie hat sich nach eigenen Angaben im November 2002 aufgelöst.<sup>58</sup>

<sup>56</sup> Vgl. Violent Affront: A Chronology of FPI Attacks, Laksamana Portal [wie Fn. 10] (eingesehen am 16.10.2001).

<sup>57</sup> Vgl. ICG, Overcoming Murder and Chaos in Maluku, Brüssel/Jakarta 2000, S. 13.

<sup>58</sup> Vgl. The Jakarta Post, 7.11.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 7.11.2002.

<sup>54</sup> Die Direktwahl von Präsident und Vizepräsident wurde im August 2002 durch eine Verfassungsänderung ermöglicht.

<sup>55</sup> Vgl. Asian Times, <<http://www.atimes.com>> (eingesehen am 11.6.2002).

### Laskar Jihad (LJ)

Die Miliz des Heiligen Krieges wird von Jafar Umar Thalib, einem Indonesier arabischer Abstammung, angeführt. Thalib war 1986 mit einem DDI-Stipendium nach Saudi-Arabien gereist, schloß sein Studium jedoch nicht ab. Statt dessen beteiligte er sich zwischen 1987 und 1989 auf Vermittlung der Islamischen Weltliga am afghanischen Bürgerkrieg. Dabei traf er mit Osama bin Laden zusammen, den er trotz der gemeinsamen wahhabitischen Orientierung für wenig kompetent hielt. 2001 lehnte er nach eigenen Angaben eine finanzielle Unterstützung seitens bin Ladens ab.<sup>59</sup>

Laskar Jihad hat sich bisher vornehmlich durch seine Beteiligung an den religiösen Konflikten in den Molukken<sup>60</sup> und in Zentralsulawesi hervorgetan. So wurden 750 LJ-Kämpfer nach Poso in Zentralsulawesi entsandt, nachdem dort im Mai 2000 mehrere Hundert Moslems bei Zusammenstößen mit Christen ums Leben gekommen waren.<sup>61</sup> Auch in der nach Unabhängigkeit strebenden ostindonesischen Provinz Papua ist LJ seit etwa 2001 präsent; Schätzungen gehen von einigen hundert bis mehreren tausend Milizionären aus.

LJ wurde offiziell im Januar 2000 auf einer Darul-Islam-Kundgebung in Jakarta gegründet, war jedoch schon im November 1999 als Teil der vom Militär aufgestellten Schutzmilizen für das Parlament in der Öffentlichkeit aufgetreten. Anfang 2000 wurden

2000–3000 LJ-Milizionäre auf einem Grundstück der Al-Irsyad-Stiftung<sup>62</sup> bei Bogor von Heeresoffizieren in einem Trainingslager ausgebildet, das drei Monate später durch die Polizei geschlossen wurde. Im Mai 2000 schifften sich die neuen Kämpfer ungehindert nach Ambon ein, wo die Streitkräfte Waffen für sie deponiert hatten.<sup>63</sup> Vorübergehend sollen bis zu 7000 LJ-Milizionäre in den Molukken im Einsatz gewesen sein. Ein ehemaliger Kommandeur der Miliz gab an, daß ihr Führer im Januar 2000 von pensionierten Armeeeoffizieren angesprochen worden war, die ihm für antichristliche Maßnahmen in diesem Gebiet Unterstützung zugesagt hätten.<sup>64</sup> Dabei ging es anscheinend weniger um Religion als um eine Schwächung des damaligen Präsidenten Wahid, der angekündigt hatte, ein Menschenrechtstribunal für Osttimor einzurichten und den Einfluß der Armee in Wirtschaft und Politik zu beschneiden. LJ soll ab Februar 2001 über einen arabischstämmigen Geschäftsmann mit Verbindungen zu Suharto finanziert worden sein.<sup>65</sup> Während des Molukken-Konflikts erhielt die Organisation moralische Unterstützung aus den Reihen von PPP, KISDI, DDI und PBB.

Auch auf christlicher Seite hatte sich die männliche Bevölkerung der Molukken zum Teil in Milizen organisiert. Diese wurden tendenziell von Polizeikräften begünstigt, während KOPASSUS-Einheiten mit den Moslems sympathisierten. Nach langwährenden Kämpfen wurde LJ schließlich im Mai 2002 entwaffnet. Ihr Führer Thalib wurde festgenommen. Ein Verfahren wegen Beleidigung der Präsidentin endete im Januar 2003 mit Freispruch. Aus der Untersuchungshaft war Thalib bereits im Juli entlassen worden.

<sup>59</sup> Vgl. Robert W. Hefner, *Globalization, Governance, and the Crisis of Indonesian Islam*, Santa Cruz: University of California, Centre for Global, International, and Regional Studies, 2002, S. 18.

<sup>60</sup> Im November 1998 hatten sich moslemische Milizen und christlich-ambonesische Banden in Jakarta Straßenkämpfe geliefert, in deren Folge sich mehrere hundert christliche Ambonesen in ihre Heimat zurückzogen. Sie fanden dort ein Umfeld vor, in dem sich der christliche Bevölkerungsteil schon seit geraumer Zeit durch moslemische Zuwanderung und Privilegierung moslemischer Beamter diskriminiert sah. Die im Januar 1999 einsetzenden bürgerkriegsähnlichen Zustände wurden von KISDI-Vertretern mit einem Wiedererstarken der christlichen Unabhängigkeitsbewegung der fünfziger Jahre erklärt. Wenig später wurde in Jakarta zum »Heiligen Krieg« auf den Molukken aufgerufen.

<sup>61</sup> Religiöse Spannungen in Poso hatten 1998 mit einer Schlägerei zwischen Moslems und Christen begonnen. Zuletzt griffen moslemische Extremisten im August 2002 ein christliches Dorf an. Seitdem hat sich die Lage beruhigt. Anfang September 2002 wurde eine Versöhnungskonferenz unter Beteiligung von Repräsentanten der örtlichen Hindus, Moslems und Christen abgehalten.

<sup>62</sup> Diese modernistische Institution ist hauptsächlich im Bildungsbereich tätig und wird von arabischstämmigen Geschäftsleuten finanziert, denen zum Teil Verbindungen zu Suharto nachgesagt werden. Vgl. George Aditjondro, *Notes on the Jihad Forces in Maluku*, <<http://www.malaysia.net/lists/sangkancil/2000-10/msg00120.html>> (eingesehen am 4.10.2000).

<sup>63</sup> Vgl. ICG, *The Search for Peace in Maluku*, Brüssel/Jakarta 2000, S. 7.

<sup>64</sup> Verschiedene Autoren berichten von einem Netzwerk hochrangiger Offiziere, das in den Molukken Unruhen angestiftet haben soll. Die Mehrzahl der genannten Personen waren ehemalige Angehörige von KOSTRAD oder KOPASSUS; einige von ihnen hatten in Osttimor Kampferfahrung gesammelt. Vgl. George Aditjondro, *Guns, Pamphlets, and Handy-Talkies*, Newcastle/Australia, Juli 2000, <<http://www.geocities.com/ambon67/noframe/gja2110y2k4.htm>>.

<sup>65</sup> Vgl. Hefner, *Globalization, Governance, and the Crisis of Indonesian Islam* [wie Fn. 59], S. 20.

Im September 2002 kam es in Ambon nach Monaten relativer Ruhe erneut zu einem Bombenattentat. LJ hat sich angeblich im Oktober 2002 aufgelöst, nachdem ein Sprecher angekündigt hatte, daß nunmehr die Streitkräfte die Sicherheit in diesem Gebiet garantieren würden.<sup>66</sup> Finanzielle und logistische Unterstützung aus Teilen der TNI für LJ war schon kurz nach dem 11. September 2001 eingestellt worden.

Genese und Einsatz von Laskar Jihad scheinen auf Partikularinteressen innerhalb der politischen Eliten Indonesiens zurückzugehen. Über lockere Verbindungen hinaus gibt es keine Hinweise auf eine weitreichende Kooperation zwischen Jafar Umar Thalib und Al-Qaida.

### Laskar Mujahidin (LM)

Das Einsatzgebiet der Miliz der Gotteskrieger lag ursprünglich in der im Oktober 1999 neugeschaffenen Provinz der Nord-Molukken, während LJ überwiegend in der Südprovinz kämpfte. LM ist die Miliz des indonesischen Mujaheddin-Rats (MMI). Sie operiert seit Dezember 1999 in den nördlichen Molukken, ihre Kämpfer sind jedoch auch bis nach Ambon vorgedrungen. Die Stärke der LM wurde auf dem Höhepunkt des Einsatzes auf den Molukken Ende 1999, Anfang 2000 auf etwa 500 Mann beziffert, die überwiegend im Untergrund arbeiteten. Auch in Zentral-sulawesi soll die Miliz zum Einsatz gekommen sein. In den Molukken nannte sie sich Laskar Jundullah, muß aber von der Organisation gleichen Namens unterschieden werden, die einige Monate später in Sulawesi aktiv wurde. Ihre Feldkommandeure waren Veteranen des Bürgerkriegs in den Südphilippinen. Allgemein wird LM als besser ausgebildet beschrieben als LJ, mit der es gelegentlich zu Scharmützeln kam.<sup>67</sup> Im Februar 2002 war die Organisation an Demonstrationen vor der singapurischen Botschaft in Jakarta beteiligt. Im September ließ der MMI Ausländern ohne Aufenthaltsgenehmigung über die LM »Säuberungen« androhen, nachdem Malaysia mehrere hunderttausend illegale indonesische Einwanderer ausgewiesen hatte.<sup>68</sup> Berichte über anhaltende Aktivitäten der LM in Zentralsulawesi und in den Molukken sind wider-

sprüchlich: Die LJ gibt an, daß sie die LM vor ihrer eigenen Auflösung im Oktober 2002 aus beiden Gebieten vertrieben hat, Angehörige des MMI hingegen behaupten, LM sei noch in der Region aktiv.

### Angkatan Mujahidin Islam Nusantara (AMIN)

Der sogenannten Front Islamischer Mujaheddin des Archipels (Angkatan Mujahidin Islam Nusantara, AMIN) wird von den Strafverfolgungsbehörden vorgeworfen, 1999 bzw. 2000 zwei Bombenattentate begangen, eine Bank überfallen und einen Anschlag auf einen PKB-Funktionär verübt zu haben. Darüber hinaus wird ihr eine Beteiligung an Bombenanschlägen auf christliche Kirchen Ende 2000 unterstellt.

AMIN ist aus der sogenannten Kompanie Abu Bakr (Kompi Abu Bakr, KAB) hervorgegangen. Ihr Name leitet sich von ihrem Ausbildungsort ab, dem ehemaligen Hauptquartier der philippinischen Moro Islamic Liberation Front (MILF) in Mindanao. Der Führer der KAB hatte 1999 eine Gruppe von Predigern unter Hinweis auf eine Gefährdung des Islam durch katholische Kräfte dazu bewogen, eine Bank auszuräumen. Mit dem erbeuteten Geld sollten Waffen erworben werden. Der Verantwortliche floh nach Malaysia.<sup>69</sup> Bis 1999 faßten die indonesischen Sicherheitskräfte unter der Bezeichnung AMIN eine Reihe unterschiedlicher Gruppen zusammen. Seither ist die KAB in den Vordergrund getreten. Sie wird heute AMIN zugerechnet.

<sup>69</sup> Vgl. Aliansi Keadilan Muncul, Mengajak Aksi, in: *Lantas Menghilang*, 17 (1999) 11, <<http://aliansi.hypermart.net>> (eingesehen am 13.5.1999); *Solahudin*, NII dan AMIN, Made in Indonesia, in: *Detik* (Jakarta), <<http://www.detik.com>> (eingesehen am 10.1.2002). Als weiteres AMIN-Gründungsmitglied gilt der Indonesier Fathur Rahman al-Ghozi, der im Januar 2002 in den Philippinen festgenommen wurde. Al-Ghozi wird vorgeworfen, im Dezember 2000 einen Bombenanschlag in Manila verübt zu haben. Er hatte 1989 seine Ausbildung an der Koranschule des MMI-Führers Ba'asyir beendet und hielt sich von 1990 bis 1995 in Pakistan auf, wo er KMM- und MILF-Aktivisten kennenlernte. Ab Mitte der neunziger Jahre lebte er zumeist in den südlichen Philippinen. Als al-Ghozis Vorgesetzter wird der Indonesier Hambali genannt, der den Auftrag für den Anschlag in Manila gegeben haben und über Kontakte zu Gama al-Islam verfügen soll. Vgl. *Kompas*, <<http://www.kompas.com>> (eingesehen am 1.4.2002).

<sup>66</sup> Vgl. Teguh Budi *Sanstoso*, Laskar Jihad Bubar Ganti Dakwah, in: *Detik* (Jakarta), 15.10.2002.

<sup>67</sup> Vgl. *ICG*, How the Jemaah Islamiyah Network Operates, Brüssel/Jakarta, 11.12.2002, S. 19ff.

<sup>68</sup> Vgl. Radicals Threaten »Sweeps« against Foreigners, *Laksamana Portal* [wie Fn. 10], 8.9.2002.

### Laskar Jundullah (LJd)

Die sogenannte Miliz der Soldaten des Gottesheeres (Laskar Jundullah, LJd) untersteht einem 2000 ins Leben gerufenen Komitee zum Aufbau der Shariah (Komitee Penegakan Syariat Islam, KPSI) in der Provinz Südsulawesi. Die LJd nahm im selben Jahr an den Kämpfen zwischen Moslems und Christen in Zentral-sulawesi teil. Die Miliz umfaßt etwa 2000 Mann und verfügte Ende 2000 in Poso über ein Trainingslager, in dem auch malaysische und philippinische Aktivisten im bewaffneten Kampf ausgebildet wurden. Nach Angaben des indonesischen Nachrichtendienstes wurde dieses Lager im September 2001 aufgelöst.<sup>70</sup> Nichtsdestotrotz kam die Region nicht zur Ruhe. Noch im September 2002 wurden hier drei Bombenanschläge verübt. Im Januar 2003 hob die Polizei drei Trainingslager in Südsulawesi aus.

LJd-Mitglieder waren im Oktober 2000 an der (erfolglosen) Durchsuchung von Hotels nach Amerikanern im zentraljavanischen Solo beteiligt. Der lokale Anführer wurde daraufhin von der Polizei verhaftet. Die Gruppierung war auch bei den anti-amerikanischen Demonstrationen des folgenden Jahres in Jakarta vertreten. Zuvor hatte sie in Südsulawesi Geschäfte und Bars überfallen, in denen Alkohol verkauft wurde.<sup>71</sup> Kommandant der LJd ist der inzwischen in Manila inhaftierte Agus Dwikarna, Vorstandsmitglied des MMI und Mitglied des DDI, der beim Aufbau der Miliz eng mit einem Mitglied von Jemaah Islamiyah mit Verbindungen in die südlichen Philippinen zusammenarbeitete.

### Gerakan Aceh Merdeka (GAM)

Die Bewegung für ein Freies Aceh (Gerakan Aceh Merdeka, GAM) kämpft seit 1976 für einen unabhängigen Staat in Aceh im nördlichen Sumatra. Teungku Fauzi Hasbi, der Sohn des letzten Darul-Islam-Imams, gehörte zu den Gründungsmitgliedern der GAM. Nach seiner Festnahme durch die KOPASSUS 1979 lief Hasbi von der GAM zu indonesischen Diensten über und freundete sich mit dem heutigen Sprecher des Hauptquartiers der Streitkräfte, Generalmajor Syafrie Sjamsuddin, und dem derzeitigen Leiter des Militär-

geheimdienstes BIN, Generalleutnant a.D. Hendropriyono, an. Dies entbehrt insofern nicht einer gewissen Ironie, als Hasbi ebenfalls über regelmäßige Kontakte zur Führungsriege der Jemaah Islamiyah verfügt, an deren Treffen in Malaysia er teilgenommen hat.<sup>72</sup> Für die GAM gilt er weithin als Überläufer.

Die Organisation umfaßt heute etwa 1500–2000 Guerillas, denen 25 000–30 000 Sicherheitskräfte gegenüberstehen. Sie ist in kleine, voneinander weitgehend unabhängige Gruppen gegliedert, von denen sich einige nur wenig von kriminellen Banden unterscheiden, die in Dörfern Raubüberfälle und Erpressungen verüben. Darüber hinaus gibt es Gruppierungen, die einer Einigung mit der Regierung grundsätzlich positiv gegenüberstehen.

Die Führung der GAM hat ihren Sitz in Stockholm. Bis 1999 sollen einige hundert GAM-Kämpfer in Libyen ausgebildet worden sein.<sup>73</sup> Waffen werden sowohl mit Hilfe korrupter Elemente in den Sicherheitskräften als auch über chinesische Händlersyndikate in Malaysia bezogen, die diese ihrerseits aus Thailand importieren.<sup>74</sup> Die Organisation zieht in ihrem Einfluszbereich – nach eigenen Angaben derzeit etwa 30–40 Prozent des Territoriums der Provinz Aceh – Steuern von Dorfbewohnern und Unternehmen ein. Unter letztgenannten befindet sich auch ein Tochterunternehmen des Exxon-Mobil-Konzerns, das in Aceh die größte Erdgasförderanlage Indonesiens betreibt.<sup>75</sup>

Seit 2000 führen die GAM und die indonesische Regierung auf internationalen Druck Verhandlungen, die durch das Henri-Dunant-Zentrum in Genf moderiert werden. Die Vermittler haben einen Dreistufen-Plan vorgeschlagen, der als erste Phase einen Waffenstillstand vorsieht, der im August 2002 in Kraft getreten ist. Als nächstes soll bis Ende 2003 ein »umfassender und transparenter Dialog« stattfinden, der im Mai 2004 zu freien Wahlen in Aceh überleiten würde. Während die GAM ein von der Regierung angebotenes »spezielles Autonomiestatut« im Grundsatz akzeptiert hat,<sup>76</sup> durch das der Provinz unter anderem 70 Pro-

<sup>72</sup> Vgl. ICG, *How the Jemaah Islamiyah Network Operates* [wie Fn. 67], S. 7.

<sup>73</sup> Vgl. Damien Kingsbury, *With Aceh's Guerillas*, in: *Inside Indonesia*, Januar–März 2002 <<http://www.insideindonesia.org>>.

<sup>74</sup> Vgl. Simon *Elegant*, *Malaysia: Staging Ground for Terror?* Online Newsletter des Royal Institute of Linguistics and Anthropology (Leiden), April 2002, <<http://iiasnt.leidenuniv.nl>>.

<sup>75</sup> Vgl. Kingsbury, *With Aceh's Guerillas* [wie Fn. 73].

<sup>76</sup> Vgl. *The Indonesian Observer*, 27.6.2002.

<sup>70</sup> Vgl. *The Washington Post*, <<http://www.washingtonpost.com>> (eingesehen am 9.5.2002).

<sup>71</sup> Vgl. ICG, *Indonesia: Violence and Radical Muslims* [wie Fn. 23], S. 8.

zent der Nettoeinnahmen aus dem Erdgasgeschäft zukommen sollen,<sup>77</sup> scheiterte eine Umsetzung bis Ende 2002 am Widerstand der Sicherheitskräfte, die jedenfalls bis zu diesem Zeitpunkt auch für anhaltende Waffenstillstandsverletzungen Mitverantwortung trugen.<sup>78</sup> Im Dezember wurde ein neues Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet, das unter internationaler Beobachtung zur Entwaffnung der GAM und Implementierung des Autonomiestatuts führen soll.<sup>79</sup> Seither wurden 300 Verletzungen des Waffenstillstands durch beide Seiten gemeldet.<sup>80</sup>

Die GAM ist eine separatistische Bewegung, die wenig Interesse an Verbindungen zum internationalen Terrorismus haben kann. So verstand sie etwa das Auftauchen von Kämpfern der Laskar Jihad in Aceh im Februar 2002 als Bedrohung. Die Anschläge von New York und Washington wurden von einem GAM-Sprecher als »erschreckend« bezeichnet.<sup>81</sup>

## Nationale Politik

Die indonesische Regierung fand sich nach dem 11. September 2001 mit dem Dilemma konfrontiert, nationale und internationale sicherheitspolitische Aspekte gegen die Interessen der eigenen, mehrheitlich moslemischen Wählerschaft wie auch der Parteien abzuwägen. So war Megawati zwar das erste islamische Staatsoberhaupt, das sich zu der von den USA ausgerufenen antiterroristischen Koalition bekannte. Diese Festlegung erfolgte jedoch relativ spät und vor dem Hintergrund einer Kontroverse im Regierungslager.<sup>82</sup> Es bedurfte erheblichen amerikanischen

Drucks, bis die Regierung den MMI-Vorsitzenden Ba'asyir im Januar 2002 wegen angeblicher Verbindungen zum internationalen Terrorismus verhören ließ. Erst im September 2002 erklärte der Informationsminister, man »respektiere« die ausländische Ansicht, daß Ba'asyir ein Terrorist sei; diesbezügliche Ermittlungen müßten allerdings auf der Grundlage indonesischer Gesetze erfolgen.<sup>83</sup>

Ebenfalls im September kündigte die Regierung eine engere antiterroristische Zusammenarbeit mit amerikanischen Stellen an. Das Militär verlangte in diesem Zusammenhang die Gründung eines Nationalen Sicherheitsrats und die Betrauung der KOPASSUS mit operativen Aufgaben.<sup>84</sup> Nachdem die Sicherheitskräfte ihre Verbindungen zu militanten Gruppen unter nationalem und internationalem Druck jedenfalls teilweise und vorläufig abbrechen mußten, kamen der 11. September 2001 und die Eröffnung einer »zweiten Front« in Südostasien durch die Bush-Administration in gewisser Weise als Geschenke des Himmels. So erklärte der indonesische Verteidigungsminister im Dezember 2001 einen umfassenden »Krieg gegen den Terrorismus«.<sup>85</sup> In diesem Rahmen konnte der Druck auf Separatisten in Aceh und Papua anscheinend mit Duldung der USA und der eigenen Präsidentin wieder erhöht werden.

Der Anschlag von Bali vom Oktober 2002 hat die Regierung in Jakarta einmal mehr in Zugzwang versetzt. Megawati sprach unmittelbar nach dem Attentat von einer Bedrohung der nationalen Sicherheit.<sup>86</sup> Kurz darauf erließ die Regierung zwei Notverordnungen, durch die die Polizei zusätzliche Kompetenzen erhält und in die Lage versetzt wird, Verdächtige bis zu sechs Monaten ohne Gerichtsverfahren

<sup>77</sup> 1999 waren weniger als 2% dieser Einnahmen nach Aceh zurückgeflossen. Schätzungen gehen von einer jährlichen Gesamtsumme von 190 Mio. US-Dollar aus. Vgl. ICG, Aceh: A Slim Chance for Peace, Brüssel/Jakarta 2002, S. 12. Darüber hinaus sieht das Autonomiestatut die Einführung des islamischen Rechts vor.

<sup>78</sup> Die Sicherheitskräfte starteten im November 2002 eine neue Offensive gegen das GAM-Hauptquartier, angeblich um die Guerilla zur Unterzeichnung eines Friedensabkommens zu zwingen. Vgl. The Jakarta Post, 12.11.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 12.11.2002.

<sup>79</sup> Vgl. The Age (Melbourne), 10.12.2002, und Bangkok Post 9.12.2002, zitiert ebd., 9.12.2002.

<sup>80</sup> Vgl. FEER, 30.1.2003, S. 16.

<sup>81</sup> Vgl. Kingsbury, With Aceh's Guerillas [wie Fn. 73].

<sup>82</sup> Vgl. The Age (Melbourne), 15.10.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 15.10.2001. Demnach haben angeblich sowohl Vizepräsident Hamzah Haz als auch der Golkar-Vorsitzende Akbar Tanjung eine Distanzierung von Washington verlangt. Haz wird von einigen Beobachtern als Anstifter

anti-amerikanischer Demonstrationen in Jakarta identifiziert.

<sup>83</sup> Im September 2002 wiesen 71 prominente indonesische Islamisten den Terrorismus-Verdacht gegen Ba'asyir zurück und verlangten dabei ironischerweise einen »Heiligen Krieg« zur Verteidigung der Einheit Indonesiens gegen »terroristische und zionistische Angriffe« sowie eine »radikale [sic] internationale Bewegung, die eine Balkanisierung Indonesiens und Zerstörung des indonesischen Islam« anstrebe. Vgl. Muchus Budi R., Tokoh-Tokoh Islam Bertemu di Solo, Sangkal Tuduhan AS, in: Detik (Jakarta), 25.9.2002; M. Rizak Maslan, Soal Teroris Pemerintah Akan Lakukan Proses Hukum, ebd.

<sup>84</sup> Vgl. The Straits Times (Singapur), <<http://straitstimes.asia1.com.sg>> (eingesehen am 8.10.2002).

<sup>85</sup> Vgl. The Boston Globe, 13.12.2001, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 13.12.2001.

<sup>86</sup> Vgl. International Herald Tribune, <<http://www.iht.com>> (eingesehen am 13.10.2002).

in Haft zu nehmen.<sup>87</sup> Die Einbringung der Notverordnungen auf Gesetzesebene und die Zuweisung weiterer Kompetenzen an die Streitkräfte werden im Parlament diskutiert. Beim Minister für Politische und Sicherheitsfragen ist unterdessen ein Büro für die Koordinierung antiterroristischer Maßnahmen eingerichtet worden.

Wenige Tage nach dem Anschlag wurde ein Luftwaffenoffizier vorübergehend festgenommen, der angeblich den Bau der Bombe gestanden hatte.<sup>88</sup> Nachdem sich Hinweise auf eine Verwicklung des regionalen Terrornetzwerks Jemaah Islamiyah verdichteten,<sup>89</sup> als deren spirituellen Führer amerikanische Dienste Abu Bakar Ba'asyir identifiziert hatten, wurde dieser zum Verhör einbestellt. Seither bringt die indonesische Polizei Ba'asyir über einen in Singapur inhaftierten Malaysier mit dem Attentat in Verbindung. Ein als Drahtzieher identifiziertes mutmaßliches Mitglied von Jemaah Islamiyah<sup>90</sup> wurde im November 2002 verhaftet.

Trotz der Ereignisse von Bali und trotz der in diesem Zusammenhang gegen Jemaah Islamiyah erhobenen Vorwürfe gibt es auch weiterhin keine Beweise für die Existenz aktiver Al-Qaida-Zellen in Indonesien.

**87** Darüber hinaus wurden die Sicherheitsdienste autorisiert, Konten zu sperren und Post-, Telefon- und andere Kommunikationsmittel auf Verdacht zu überwachen. Vgl. Indonesia Launches Anti-Terror Drive, in: BBC News, <<http://news.bbc.co.uk>> (eingesehen am 18.12.2002). NU und Muhammadiyah bekannten sich ausdrücklich zu den Verordnungen. Vgl. BBC, 21.10.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 21.10.2002.

**88** Vgl. Times of India, 16.10.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 16.10.2002.

**89** Diese kamen anscheinend von Omar al-Farouq [vgl. Fn. 28], der von amerikanischen Diensten verhört worden war.

**90** Vgl. The Jakarta Post, 21.11.2002.



# Malaysia

## Überblick

Als Malaysia wenige Wochen nach dem 11. September 2001 von amerikanischer Seite beschuldigt wurde, islamistische Terroristen zu beherbergen, reagierte die Regierung in Kuala Lumpur empört.<sup>91</sup> Premierminister Mahathir Mohamad hatte die Anschläge von New York und Washington scharf verurteilt und die Verbundenheit seines Landes mit den USA zum Ausdruck gebracht. Er begab sich damit auf eine Gratwanderung zwischen Mitwirkung an der Antiterror-Koalition und Rücksichtnahme auf die eigene, mehrheitlich islamische Bevölkerung. Anders als Indonesien fand Malaysia dabei anscheinend einen praktikablen Mittelweg, und es gelang Mahathir, sowohl das Verhältnis zu den USA als auch die relative Machtposition seiner United Malay National Organisation (UMNO) zu verbessern.

Malaysia ist neben Brunei eines von zwei Ländern in Südostasien, in denen der Islam offizielle Religion ist, obwohl sich nur 53 Prozent von 22 Millionen Malaysiern zu ihm bekennen.<sup>92</sup> Damit wird die Bedeutung unterstrichen, die dem politischen Islam in der Unabhängigkeitsbewegung der fünfziger Jahre zugekommen war. Seinerzeit war der islamische Staat als Alternative zur säkularen britischen Kolonie konzipiert worden.<sup>93</sup> Nichtsdestotrotz wurde die freie Ausübung anderer Religionen in der Bundesverfassung von 1963 verankert.

In den ersten beiden Jahrzehnten des 1957 unabhängig gewordenen Staates<sup>94</sup> spielte der Islam eine eher symbolische und vorwiegend kulturelle Rolle. Lediglich die oppositionelle Partei des panmalaysischen Islam (Parti Islam se-Malaysia, Pas) nutzte ihn

mit begrenztem Erfolg als politische Plattform. Die Pas stellte zwischen 1959 und 1977 erstmals die Regierung im Bundesstaat Kelantan an der Ostküste der Malaiischen Halbinsel. Die Regierung selbst verstand eine tiefgreifende Islamisierung des multiethnischen Staates<sup>95</sup> als Herausforderung für seinen religiösen und kulturellen Zusammenhalt. Die multiethnische Zusammensetzung war Ergebnis einer gezielten Politik der britischen Kolonialherren im 19. Jahrhundert, die mit der Anwerbung von Chinesen und Indern dem großen Bedarf an Arbeitskräften auf Kautschukplantagen und in Zinnminen nachkamen. Insbesondere die Chinesen etablierten sich in der Folgezeit als Zwischenhändler, während die Inder bei der Vergabe von Verwaltungsposten bevorzugt wurden. Demgegenüber waren die meisten Malaien – abgesehen von einer kleinen Adelsklasse – Bauern, Tagelöhner und einfache Arbeiter. Was sie verband, war der Islam.

Dieser hatte die Malaiische Halbinsel im 13. Jahrhundert über arabische und indische Kaufleute erreicht und schon bald breite Bevölkerungsschichten erfaßt. Für die malaiischen Kleinkönige, die Rajas, wurde der Islam zur legitimatorischen Basis. Dabei kam es zu einer Vermischung mit hinduistischen und animistischen Bräuchen, dem sogenannten Adat (Gewohnheitsrecht). Das Ergebnis war eine moderate und tolerante Form des Islam, die neben der malaiischen Sprache und dem Adat seit den dreißiger Jahren für den malaiischen Bevölkerungsteil zu einem der wenigen einigenden Elemente wurde.

Auch nach der Unabhängigkeit blieb das soziale Gefälle zwischen Chinesen, Indern und Malaien bestehen, und der Zeitraum bis 1969 wird häufig mit »stabiler Angespanntheit« beschrieben.<sup>96</sup> Im Mai 1969 kam es zu ethnischen Unruhen, in deren Folge mehrere hundert Menschen auf den Straßen der Hauptstadt Kuala Lumpur ums Leben kamen. Dies hatte zwei wesentliche Konsequenzen. Zum einen initiierte die Regierung ein Programm, das die Malaien wirtschaftlich stärken und so die unterstellte

<sup>91</sup> Vgl. The New York Times, 10.10.2001, S. 1.

<sup>92</sup> Zu den weiteren Religionen Malaysias zählen Buddhismus, Hinduismus, Taoismus und Christentum.

<sup>93</sup> Vgl. A. B. Shamsul, *Why Is Malaysia Not Disintegrating? Islam, the Economy, and Politics in Multiethnic Malaysia*, Duisburg: Institut für Ostasienwissenschaften, 2001, S. 8.

<sup>94</sup> 1957 entließ Großbritannien seine Kolonie Malaya in die Unabhängigkeit. 1963 schloß sich das Land mit Singapur und den Nordborneo-Territorien Sabah und Sarawak zusammen und nannte sich fortan Malaysia. Singapur wurde 1965 angesichts politisch-konstitutioneller Meinungsverschiedenheiten wieder ausgeschlossen.

<sup>95</sup> 64% der 22 Millionen Malaysier sind (vorwiegend islamische) Malaien sowie verwandte Ethnien aus Sabah und Sarawak; 27% sind Chinesen, 9% sind Inder.

<sup>96</sup> Vgl. Shamsul, *Why Is Malaysia Not Disintegrating?* [wie Fn. 93], S. 5.

ethnische Dimension wirtschaftlicher Konflikte neutralisieren sollte. Mit Hilfe dieser New Economic Policy (NEP) gelang es bis 1990 tatsächlich, eine malaiische Unternehmerklasse zu schaffen. Zum anderen nahm die Bedeutung des Islam als identitätsstiftendes Element unter den Malaien weiter zu. In der sogenannten Dakwah-Bewegung<sup>97</sup> propagierten malaiische Studenten in den frühen siebziger Jahren einen islamischen Lebensstil und die Islamisierung des Staates. Zu den Anführern der Bewegung zählte Anwar Ibrahim, der Vorsitzende der Malaysisch-Islamischen Jugendbewegung (Angkatan Belia Islam Malaysia, ABIM). Sowohl die ABIM als auch die Pas verzeichneten in den siebziger Jahren starken Zulauf. Die Regierung Mahathir Mohamad versuchte gleich nach ihrem Antritt 1981, dieser Entwicklung durch Schaffung staatlich geförderter islamischer Einrichtungen gegenzusteuern. In diesem Rahmen wurden islamische Banken gegründet, soziale Dienste und (1993) ein System zur Vergabe zinsloser Kleinkredite geschaffen. Anwar Ibrahim wurde 1982 in die Regierungspartei UMNO und in die Regierung selbst kooptiert. Diese Entwicklungen machten den Islam zu einem integrativen Bestandteil des Staates. Zur Jahrtausendwende war die Religion in Malaysia »sichtbarer denn je.«<sup>98</sup>

Verantwortlich für die »Islamisierung von unten« war die von Mahathir forcierte Industrialisierung Malaysias, durch die der malaiischen Mehrheit auf dem Lande die Marginalisierung drohte. Auch die islamische Revolution im Iran nahm Einfluß auf diesen Prozeß. In ihrer Folgezeit zirkulierten insbesondere an der vornehmlich von Malaien bewohnten, landwirtschaftlich geprägten Ostküste der Malaiischen Halbinsel Tonbänder mit Reden des Ayatollah Khomeini. 1973 war die Pas für fünf Jahre in die Koalitionsregierung der sogenannten Nationalen Front (Barisan Nasional, BN<sup>99</sup>) eingetreten. Die entstehende Lücke im oppositionellen Spektrum versuchte eine 1969 gegründete sufistische Bewegung namens Al-Arqam<sup>100</sup> auszufüllen, die die Pas dafür kritisierte,

<sup>97</sup> *Dakwah* (arab. *da'wa*, Ruf zum Islam) steht für Mission, sowohl im Sinne der Bekehrung zum Islam als auch im Sinne einer Intensivierung des Glaubens.

<sup>98</sup> Vgl. *Shamsul*, *Why Is Malaysia Not Disintegrating?* [wie Fn. 93], S. 7.

<sup>99</sup> In Malaysias »hegemonialem« Parteiensystem ist Opposition zwar erlaubt, oppositionelle Kräfte werden aber so lange an einer Machtbeteiligung gehindert, als sie sich nicht der BN anschließen.

<sup>100</sup> Arqam war Weggefährte des Propheten Mohammed in

in Kelantan keinen wirklichen islamischen Staat geschaffen zu haben. Al-Arqam gewann in den siebziger Jahren mehrere tausend Anhänger und betrieb Firmen und Kooperativen. 1994 ließ Mahathir die Gruppe verbieten. Ihr Anführer wurde unter dem sogenannten Internal Security Act (ISA) festgenommen, der eine Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren bis zu zwei Jahren ermöglicht. Er mußte im staatlichen Fernsehen gestehen, den Sturz der Regierung betrieben zu haben.

Vier Jahre zuvor hatte die Pas erneut die Macht in Kelantan errungen und dabei sogar Stimmen nicht-moslemischer Wähler erhalten. 1999 fiel ihr auch der benachbarte Bundesstaat Terengganu zu, nachdem Mahathir im Gefolge der Ostasienkrise von 1997/98 das Vertrauen großer Teile der eigenen malaiischen Wählerschaft verloren hatte. Dabei war der Verhaftung des Vizepremiers Anwar Ibrahim im September 1998 entscheidende Bedeutung zugekommen. Mahathir hatte Anwar unter dem Vorwurf der Homosexualität, Korruption und des Hochverrats festnehmen lassen. 2000 wurde er zu insgesamt 15 Jahren Haft verurteilt. Anwar hatte zuvor die Wirtschaftspolitik des Premierministers kritisiert und ihn der Vetternwirtschaft beschuldigt. Eine sich anschließende gerichtliche und politische Schlammschlacht, Vorwürfe der Rechtsbeugung und Anzeichen für die körperliche Mißhandlung des Gefangenen veranlaßten insbesondere die von der Krise am schwersten betroffene städtisch-malaiische Mittelschicht, eine umfassende Reform des Systems einzufordern. Auch ausländische Regierungen verurteilten Mahathirs Vorgehen, und die Clinton-Administration machte sich die Rufe nach Reform zu eigen.

Bei den Parlamentswahlen des Jahres 1999 verlor die Regierungskoalition 24 ihrer bis dahin 162 Sitze, während die Pas einen Zugewinn von 7 auf 27 Mandate verbuchen konnte.<sup>101</sup> Eine Nationale Gerechtigkeitspartei (Parti Keadilan Nasional, PKN) unter Führung von Anwars Frau Wan Azizah Wan Ismail gewann aus dem Stand fünf Sitze. Pas und PKN hatten sich zuvor mit der chinesisch dominierten, sozialdemokratischen Democratic Action Party (DAP) und der kleinen, sozialistischen Malaysischen Volkspartei (Parti Rakyat Malaysia, PRM) zu dem Oppositions-

Mekka zu der Zeit, als sich dessen Jünger vor der Flucht nach Medina im Untergrund treffen mußten.

<sup>101</sup> Die Regierung Mahathir überlebte vermutlich vor allem aufgrund wachsender Unterstützung durch chinesischstämmige Wähler.

bündnis Alternative Front (Barisan Alternatif, BA) zusammengeschlossen.

Seit dem 11. September 2001 hat sich die politische Lage in Malaysia erneut geändert. Die Opposition hat Umfragen zufolge ihre seit 1998 gewonnene Unterstützung wieder eingebüßt, die UMNO ist erneut erstarkt. Ursächlich hierfür waren – außer einer volkswirtschaftlichen Erholung – Unterstellungen der Regierung über angebliche Verbindungen zwischen der Pas und dem nationalen und internationalen Terrorismus sowie ein De-facto-Versammlungsverbot, das die islamische Oppositionspartei angesichts der generellen Kontrolle der Medien durch die Regierung ihrer letzten Möglichkeit zur Kommunikation mit der eigenen Basis beraubte. Trotz Mahathirs für Oktober 2003 angekündigten Rücktritts ist somit auf absehbare Zeit nicht mit einer umfassenden Reform des politischen Systems zu rechnen. Außenpolitisch kann die malaysische Regierung unter den veränderten Vorzeichen nun wieder auf Rückendeckung durch Washington setzen.

### Zivilgesellschaftliche islamische Gruppen

Zivilgesellschaftliche Gruppen haben in Malaysia angesichts der Übermacht des Staates nur wenig Spielraum, ihre Anzahl ist folglich gering. Erst seit der Ostasienkrise von 1997/98 zeigen solche Gruppen und Bündnisse mehr Profil. Unter den islamischen Gruppen ist ABIM die größte und älteste. Verbindungen zum Terrorismus sind weder im Falle von ABIM noch bei kleineren Gruppierungen bekannt.

#### Angkatan Belia Islam Malaysia (ABIM)

Die Malaysisch-Islamische Jugendbewegung wurde 1971 von einer Gruppe studentischer Aktivisten gegründet. Sie war in den siebziger Jahren der bedeutendste Vertreter der missionarischen Dakwah-Bewegung. Dabei füllte sie das oppositionelle Vakuum, das die Pas mit ihrer Beteiligung an der BN zwischen 1973 und 1977 hinterlassen hatte. Die außerparlamentarische Opposition erstarkte unter dem Einfluß dieser modernistisch-islamischen Organisation und ihres Vorsitzenden Anwar Ibrahim. 1974 wurden Anwar und andere ABIM-Führer im Anschluß an Großdemonstrationen in Kuala Lumpur nach Maßgabe des ISA für zwei Jahre verhaftet. Unter ihnen befand sich

auch der spätere Pas-Präsident Fadzil Noor. 1982 änderte Mahathir die Taktik und holte Anwar in sein Kabinett. Er wurde zunächst Erziehungs-, dann Finanzminister und koordinierte die Schaffung der erwähnten islamischen Finanzinstitutionen.

Anwar hielt auch nach 1982 engen Kontakt zur ABIM und propagierte über den Think-Tank der Organisation, das Institute for Policy Studies (Institut Kajian Dasar, IKD), sein Konzept einer islamischen Zivilgesellschaft.<sup>102</sup> Bereits vor seiner Kooptierung durch Mahathir hatte die ABIM einen Kurswechsel vollzogen. Während das erste Jahrzehnt der Jugendorganisation im Zeichen der Missionierung von Nichtmoslems stand, betonte die ABIM seit 1979 verstärkt die Koexistenz und gegenseitige Akzeptanz unterschiedlicher Religionen und Ethnien.<sup>103</sup>

Heute zählt die ABIM zu den großen zivilgesellschaftlichen Akteuren Malaysias und genießt breite Unterstützung bei der städtischen malaiisch-moslemischen Mittelschicht. Sie betreibt Schulen, ist an den Universitäten vertreten und veröffentlicht das Magazin *Risalah* (Botschaft). Darüber hinaus hat sie Spenden für die Opfer der Kriege in Bosnien und Afghanistan sowie für nach der Ostasienkrise verarmte Indonesier gesammelt. Seit 1998 hat die Organisation die Verhaftung Anwars vehement kritisiert und die Reformbewegung – insbesondere die PKN – gefördert, in der viele ihrer Mitglieder aktiv sind.<sup>104</sup>

### Politische Parteien mit islamischem Hintergrund

Anders als in Indonesien wird die islamische Parteienlandschaft in Malaysia von einer einzigen Gruppierung dominiert. Neben der Pas existieren nur noch islamische Regionalparteien in den nördlichen Bundesstaaten Perak, Kedah, Kelantan und Terengganu.

<sup>102</sup> Anwars Konzept der *masyarakat madani* betont die von Allah gegebenen Rechte jedes einzelnen Moslems und soziale Gerechtigkeit generell. Vgl. *Shamsul*, Why Is Malaysia Not Disintegrating? [wie Fn. 93], S. 14.

<sup>103</sup> Vgl. Mohamad *Abu Bakar*, Islam, Civil Society, and Ethnic Relations in Malaysia, in: *Nakamura Mitsuo/Sharon Siddique/Omar Farouk Bajunid* (Hg.), *Islam and Civil Society in Southeast Asia*, Singapur: Institute of Southeast Asian Studies, 2001, S. 57–75 (67).

<sup>104</sup> Vgl. ABIM-Website: <<http://www.abim.org.my/anwar.html>>.

### Parti Islam se-Malaysia (Pas)

Die Pas ist mit heute 400 000 Mitgliedern<sup>105</sup> nicht nur die bei weitem größte islamische Partei, sondern auch die stärkste Oppositionspartei in Malaysia. Ihre Wählerschaft ist im Norden und Osten der Malaiischen Halbinsel konzentriert. Landesweit hat sie breiten Rückhalt in studentischen Kreisen.

Die Ursprünge der Pas liegen in einer UMNO-Fraktion, die sich dem Islam stärker verpflichtet fühlte als die eher säkular orientierte Gesamtpartei. 1948 spaltete sie sich ab und gründete die islamische Parti Hizbul Muslimin, die kurz darauf verboten wurde. 1951 schufen ehemalige Mitglieder als Nachfolgerin die Organisation des pan-malaiischen Islam (ursprünglich Pertubuhan Islam Setanah Melayu, später Parti Islam se-Malaysia, Pas). Die Pas propagiert einen islamischen Staat inklusive Shariah, ohne dieses Ziel im einzelnen auszuführen. Ihre Programmatik und Politik waren in den fünfziger und sechziger Jahren grundsätzlich gemäßigt, aber tendenziell malaiisch-nationalistisch.<sup>106</sup> Nichtsdestotrotz war die Partei ständigen Repressionen seitens der UMNO ausgesetzt, die 1961 zum Sturz einer Pas-Regierung im Bundesstaat Terengganu führten. Im benachbarten Kelantan regierte sie von 1959 bis 1978, ohne dort eine besondere Islamisierungspolitik zu betreiben. Zwischen 1973 und 1977 war die Pas sogar Mitglied der in Kuala Lumpur regierenden BN.

Die Radikalisierung der Pas begann in den späten siebziger Jahren als Folge der Unruhen von 1969 und der aufkommenden Dakwah-Bewegung. Nachdem diese der Partei einen Zulauf an neuen Mitgliedern beschert hatten, stießen Ende der siebziger Jahre zunehmend auch ehemalige Stipendiaten hinzu, die in arabischen Ländern studiert und sich dort eine orthodox-wahhabitische Islaminterpretation (vgl. Fn. 5) zu eigen gemacht hatten.<sup>107</sup> Diese gewannen seither an Einfluß und zählten Anfang der neunziger Jahre zu den Fürsprechern eines radikaleren Kurses.

1990 gewann die Pas einmal mehr die Wahlen in Kelantan. Dort und in Terengganu, wo sie 1999 an die

Macht kam, verfügte sie die Einführung der Shariah. Die diesbezüglichen Gesetze wurden von der Regierung Mahathir allerdings unter Hinweis auf Bundesrecht außer Kraft gesetzt.<sup>108</sup>

Vor dem Hintergrund der Ostasienkrise und der Verhaftung Anwar Ibrahims gelang es der Pas unter dem 1989 zum Vorsitzenden gewählten, moderaten Fadzil Noor, ihre Rolle als größte Oppositionspartei auszubauen. So stieg die Auflage der Parteizeitschrift *Harakah* (Bewegung) allein im zweiten Halbjahr 1998 von 65 000 auf 300 000. Fadzil zerstreute die Ängste vieler Nicht-Moslems vor einer radikalen Islamisierung. Aus seinen Kontakten zu den Führern der DAP, der PKN und der PRM resultierte der Zusammenschluß zur Alternativen Front, die aus den Wahlen von 1999 als stärkste Opposition in der Geschichte Malaysias hervorging.

Seither hat sich diese starke Position der Pas aufgrund von vier Faktoren wieder relativiert: Erstens wirkten die Aufrufe einiger Funktionäre zu einem »Heiligen Krieg« gegen die USA kontraproduktiv. Fadzil hatte die Anschläge von New York und Washington zwar unmittelbar nach dem 11. September 2001 als »verbrecherisch« verurteilt; nach dem Beginn der amerikanischen Luftangriffe auf Afghanistan schloß er sich aber anderen Pas-Sprechern an, die die USA als Kriegsverbrecher bezeichneten und einen Jihad gegen Washington erklärten.<sup>109</sup> Der religiöse Führer der Pas erklärte die USA zum »Zentrum aller Sünden« auf der Welt und die Anschläge zur »Strafe und Lektion Gottes«. Während derartige Töne moderate und nicht-moslemische Wähler verschreckten, erbrachte die Ernennung des ultraorthodoxen Abdul Hadi Awang zum amtierenden Nachfolger des im Juni 2002 verstorbenen Fadzil einen weiteren Rückschlag.

Zweitens trat die DAP nur wenige Tage nach dem 11. September aus dem Oppositionsbündnis aus. Ihre Vertreter hatten die Pas schon in den vorhergehenden Monaten kritisiert, das Ziel der Errichtung eines islamischen Staates nicht aufgeben zu wollen. Drittens untersagte die Regierung die meisten öffentlichen Veranstaltungen der Pas und zerbrach damit das wichtigste Bindeglied zwischen der Partei und einer breiteren Öffentlichkeit, nachdem sie die Verbreitung der Parteizeitung bereits vor dem September 2001 eingeschränkt hatte. Viertens wurde die Pas mittels

<sup>105</sup> Diese Zahl wird von der Partei selbst genannt. Vgl. Website der Pas: <<http://www.jaring.my/pas/pusat/intro-pas.html>>.

<sup>106</sup> Zu dieser Zeit sprach sich die Pas lediglich gegen die Tolerierung des öffentlichen Genusses von Alkohol oder das Betreiben einer staatlichen Lotterie aus. Vgl. Andreas Ufen, Islamisierung in Malaysia, Teil 1: Frühe Entwicklungen und die Entstehung der *dakwah*-Bewegung, in: Südostasien aktuell, 21 (März 2002) 3, S. 164–172 (168).

<sup>107</sup> Ebd., S. 170.

<sup>108</sup> Vgl. BBC News, 11.7.2002.

<sup>109</sup> Vgl. Farish A. Noor, Living in the Shadow of 11 September: How External Variable Factors Have Shaped the Domestic Politics of Malaysia, in: Dialogue and Cooperation (Singapur), (2001) 2, S. 1–19 (11).

Verhaftungen mehrerer Mitglieder und öffentlicher Anschuldigungen durch Mahathir in die Nähe des Terrorismus gerückt. 22 von 23 verhafteten angeblichen Mitgliedern der terroristischen Militanten Vereinigung Malaysias (Kumpulan Militan Malaysia, KMM) sind Parteimitglieder, unter ihnen der Sohn des religiösen Führers der Pas und Ministerpräsidenten von Kelantan, der beschuldigt wird, der KMM vorzustehen. Während Regierungskreise die KMM heute als den paramilitärischen Arm der Pas bezeichnen, hatte Fadzil dies heftig bestritten, die bloße Existenz der KMM angezweifelt und erklärt, sofern sich einzelne Terroristen unter den Parteimitgliedern befänden, habe die Parteiführung davon keinerlei Kenntnis.<sup>110</sup>

Diese Aussage steht zumindest im Widerspruch zu den intensiven Kontakten hochrangiger Pas-Funktionäre zu dem indonesischen Staatsbürger Abdul Wahid Kadungga. Kadungga lebte jahrelang in Malaysia und vermittelte den Gründern des regionalen Terrornetzwerks Jemaah Islamiyah, Abdullah Sungkar und Abu Bakar Ba'asyir, während deren Exil dort Kontakte. Im Mai 2000 war er gemeinsam mit dem damaligen Pas-Vizepräsidenten und heutigen Vorsitzenden Abdul Hadi Awang zur Gründungsveranstaltung der KPSI, der Dachorganisation von Laskar Jundullah, nach Sulawesi gereist.<sup>111</sup> Der seither von der malaysischen Regierung geäußerte Verdacht, die Pas pflege Verbindungen zur Jemaah Islamiyah, hat sich bisher nicht erhärtet.<sup>112</sup>

Es ist offenkundig, daß die Regierung Mahathir die Pas aus wahltaktischen Gründen vorsätzlich diskreditiert. Mangels einer gerichtlichen Befassung gibt es kaum Möglichkeiten, halbwegs objektiv zu überprüfen, ob es Verbindungen zwischen Partei und terroristischen Gruppen gibt. Festzuhalten bleibt, daß eine Koordinierung der Aktivitäten von Pas und Terroristen trotz individueller Kontakte nicht nachweisbar ist.

<sup>110</sup> Vgl. BBC News, 17.3.2001.

<sup>111</sup> Vgl. ICG, Al-Qaida in Southeast Asia [wie Fn. 39], S. 18.

<sup>112</sup> Ebd. Kein verhaftetes Mitglied von Jemaah Islamiyah gehört der Pas an. Die britische Jane's Intelligence Review hat diesbezügliche Behauptungen Anfang 2002 zurückgenommen. Vgl. Utusan Malaysia, <<http://utusan.com.my>> (eingesehen am 13.1.2002).

## Militante islamistische Organisationen

Trotz seiner ethnischen Diversität und der großen geographischen Distanz zwischen dem westlichen und dem östlichen Landesteil hat Malaysia keine konkreten Erfahrungen mit Separatismus oder militantem Radikalismus gemacht. Die im folgenden beschriebenen Organisationen sind jüngerer Ursprungs und von zahlenmäßig geringer Bedeutung.

### Kumpulan Militan Malaysia (KMM)

Das heute von der Regierung als Militante Vereinigung Malaysias übersetzte Akronym KMM stand nach der Gründung durch Zainon Ismail 1995 für Vereinigung Malaysischer Mujaheddin (Kumpulan Mujahidin Malaysia). Die Organisation besteht vor allem aus Afghanistan-Veteranen, die die malaysische Regierung stürzen wollen und langfristig die Gründung eines islamischen Staates unter Einschluß Indonesiens und der südlichen Philippinen anstreben. Die Behörden schätzen ihre Stärke auf nicht viel mehr als 80 Mitglieder. Die meisten der 2001/2002 unter Terrorismusverdacht mehr als 70 Inhaftierten werden beschuldigt, der KMM anzugehören.<sup>113</sup> Seit der Verhaftung Zainons im Jahr 1999 soll Nik Adli Nik Aziz der Gruppe vorstehen. Der Sohn des religiösen Führers der Pas hatte zwischen 1990 und 1996 in Afghanistan gelebt und wurde im August 2001 verhaftet.

Der KMM wird von Regierungsseite vorgeworfen, Kontakte zu den philippinischen Guerillas der MILF und der Abu Sayyaf zu pflegen. Ihre Mitglieder hätten in Lagern der MILF trainiert und Waffen von dieser sowie von der Abu Sayyaf und thailändischen Syndikaten erworben. Der Waffenkauf sei mit einer Serie von Raubüberfällen finanziert worden.<sup>114</sup> Darüber hinaus habe die KMM unter anderem einen Politiker der indischen Minderheit ermordet, einen Polizeiposten angegriffen und mehrere Sprengsätze in Kirchen und hinduistischen Tempeln gelegt. Schließlich soll sie sich auf moslemischer Seite am Bürgerkrieg in den Molukken sowie an Terroranschlägen in Jakarta beteiligt haben. So wurden im Zusammenhang mit Bombenanschlägen im September 2001 neben zehn Indonesiern auch ein KMM-Mitglied und ein

<sup>113</sup> Vgl. Malaysiakini, <<http://www.malaysiakini.com>> (eingesehen am 10.6.2002).

<sup>114</sup> Vgl. Rohan Gunaratna, Inside Al Qaeda, London 2002, S. 196.

weiterer malaysischer Staatsbürger in Jakarta verhaftet. Erstgenannter wiederum war mit einem malaysischen Jemaah-Islamiyah-Mitglied bekannt, das kurz zuvor einen weiteren Bombenanschlag in Jakarta begangen hatte und dabei schwer verletzt worden war.

Seither gibt es vermehrt Hinweise auf Doppelmitgliedschaften in KMM und Jemaah Islamiyah. Den malaysischen Behörden zufolge arbeitete der ehemalige Offizier der malaysischen Armee, Yazid Sufaat, darüber hinaus auch mit Al-Qaida zusammen. Dieser hatte zwei der Attentäter des 11. September im Januar 2000 beherbergt und ein weiteres Al-Qaida-Mitglied finanziell unterstützt.<sup>115</sup> Offenbar für eine von Jemaah Islamiyah geplante Serie von Anschlägen auf Ziele in Singapur hatte Yazid Ende 2000 vier Tonnen Ammoniumnitrat besorgt. Im Dezember 2001 wurde er bei der Rückkehr von einem mehrmonatigen Aufenthalt in Afghanistan festgenommen.<sup>116</sup>

Bei der KMM könnte es sich somit um einen bedeutenden Partner des regionalen Terrornetzwerks und ein Bindeglied zu Al-Qaida handeln. Dennoch gilt auch hier, daß die malaysische Regierung bislang nur wenig Beweise veröffentlicht oder Ungereimtheiten ausgeräumt hat.<sup>117</sup> Eine gezielte öffentliche Überbewertung aus politischen Gründen kann daher nicht ausgeschlossen werden.

### Al Ma'unah

Die Mitglieder der okkultistischen Sekte Bruderschaft der Inneren Kraft (Al Ma'unah) glauben daran, durch Kampftraining und rituelle Akte unverwundbar zu werden. Die Gruppe wurde 1998 von Mohamed Amin Razali gegründet und hatte zunächst 54 Mitglieder. Die Anhängerschaft wuchs nach eigenen Angaben bis zum Jahr 2000 auf 1000 an.<sup>118</sup> Al Ma'unah erregte im Juli 2000 Aufmerksamkeit, als 29 Mitglieder unter Führung Mohameds eine Kaserne überfielen und Waffen erbeuteten. Nach einem anschließenden fünf-

tägigen Geiseldrama wurden die Aktivisten verhaftet. 19 der Sektenmitglieder wurden im Dezember 2001 verurteilt, drei davon zum Tode. Die Regierung geht davon aus, daß Al Ma'unah die Waffen auf dem Schwarzmarkt verkaufen wollte.<sup>119</sup> Nach dem Überfall wurde die Gruppe verboten. Von Untergrundaktivitäten ist nichts bekannt.

### Nationale Politik

Der Regierung Mahathir ist es gelungen, die USA nach dem 11. September 2001 bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus zu unterstützen, ohne sich hierdurch Malaysias größtenteils moderaten Moslems zu entfremden.

Im Rahmen der Antiterror-Maßnahmen wurden bisher mehr als 70 Personen nach Maßgabe des ISA festgenommen. Zwar wurden keine neuen Gesetze aufgelegt, doch kam der Regierung die terroristische Herausforderung zur Verteidigung und Verschärfung<sup>120</sup> des lange umstrittenen Gesetzes über die Vorbeugehaft gerade recht. Ihr wird heute von der Pas und von Bürgerrechtsgruppen vorgeworfen, das Sicherheitsgesetz auch bei der Bekämpfung des Terrorismus für politische Zwecke mißbraucht zu haben.

Gleichzeitig ist die von der Clinton-Administration noch offen vorgetragene Kritik am ISA unter Präsident Bush verstummt. Der amerikanische Präsident hat Mahathirs Vorgehen bei dessen Besuch in Washington im Mai 2002 ausdrücklich gelobt. Mahathir seinerseits war trotz dieser Wiederannäherung darauf bedacht, die eigene Klientel nicht zu provozieren. So beklagte er sowohl die amerikanischen Luftangriffe auf Afghanistan als auch westliche Tendenzen, Terrorismus und Islam gleichzusetzen.<sup>121</sup>

Malaysia und die USA haben seither ihre nachrichtendienstliche Zusammenarbeit intensiviert.<sup>122</sup> Kuala Lumpur hat darüber hinaus Hilfe bei der Austrocknung des finanziellen Netzwerks von Al-Qaida zugesagt, konnte allerdings in Malaysia keine Konten der Gruppe nachweisen.<sup>123</sup>

<sup>115</sup> Ebd.

<sup>116</sup> Vgl. Ronald D. Palmer, *The Terrorist Threat in Historical Perspective*, American Diplomacy, <<http://www.unc.edu/depts/diplomats>> (eingesehen am 9.7.2002).

<sup>117</sup> Zu den Ungereimtheiten zählt ein Malaysia-Experte die plötzliche Umbenennung der KMM in »Militante Vereinigung Malaysias« im September 2001, das große Spektrum der ihr zur Last gelegten Taten und die verzögerte Bekanntgabe der Existenz der KMM. Vgl. FEER, 18.4.2002, S. 19.

<sup>118</sup> Vgl. Al Ma'unah-Website: <[http://www.members.tripod.com/~al\\_maunah/menu.htm](http://www.members.tripod.com/~al_maunah/menu.htm)>.

<sup>119</sup> Vgl. BBC News, 28.12.2001.

<sup>120</sup> Ende 2002 wurden Pläne der Regierung bekannt, die gerichtliche Revision von Festnahmen mittels des ISA zu erschweren. Vgl. FEER, 21.11.2002, S. 14.

<sup>121</sup> Vgl. International Herald Tribune, 8.2.2002, S. 4.

<sup>122</sup> Vgl. Business Week Online, <<http://www.businessweek.com>> (eingesehen am 6.5.2002).

<sup>123</sup> Vgl. Farish, *Living in the Shadow of 11 September* [wie Fn. 109], S. 10.

# Philippinen

## Der Mindanao-Konflikt

Im Frühjahr 2000 erregte die Geiselnahme von 21 Touristen, darunter eine Familie aus Göttingen, die Aufmerksamkeit der deutschen Medien. Die Urlauber waren aus einer Ferienanlage in Ostmalaysia von der Abu Sayyaf entführt worden, einer von zwei Rebellen-Gruppen, die einen bewaffneten Konflikt mit der philippinischen Regierung austragen. Auch zwei Jahre nach der Freilassung dieser Geiseln gegen erhebliche Zahlungen dauert der Konflikt in Mindanao und im Sulu-Archipel an. Seit 1972 kämpfen die von der christlichen Bevölkerungsmehrheit Moros (Mauren) genannten Moslems für die Loslösung der südlichen Philippinen von der überwiegend katholischen Inselrepublik. Die Wurzeln dieses Kampfes reichen tief in die spanische Kolonialzeit zurück. Nach dem 11. September 2001 wurde er insbesondere in den USA in einen Zusammenhang mit dem internationalen Terrorismus gestellt.

Verglichen mit Malaysia und Indonesien erreichte der Islam die Philippinen relativ spät. Erst im 14. Jahrhundert, ausgehend vom südlichen Sulu-Archipel, faßte die Religion Fuß in den bis dahin animistisch geprägten Küstenregionen Luzons, Palawans und der Visayas. So gelang es den 1521 erstmals auf der Insel Cebu gelandeten Spaniern in den nördlichen Philippinen vergleichsweise schnell, dem noch jungen und wenig verwurzelten Islam Grenzen zu setzen und die Einheimischen zum Katholizismus zu konvertieren.<sup>124</sup> Anders sah es weiter südlich in Palawan, in Mindanao und im Sulu-Archipel aus. Als die Spanier 1596 in Mindanao eintrafen, existierten dort bereits relativ mächtige Sultanate, in denen der Islam sich verfestigt hatte. Die dortigen Herrscher leisteten erbitterten Widerstand gegen die Kolonisierungsversuche und zwangen die Spanier zweimal für jeweils dreißig Jahre zur Aufgabe ihres Forts in Zamboanga, das den Seehandel zwischen den südlichen Philippinen und China unterbinden sollte. Trotz des gemeinsamen Gegners bildete sich unter den Sultanaten im Süden jedoch keine gemeinsame Identität heraus. Die mit

dem Begriff Moros implizierte Homogenität war weitgehend theoretischer Natur: Iranun, Manguindanaos und Sulus waren unterschiedliche malaiische Ethnien, die bis ins frühe 20. Jahrhundert miteinander um die Vormacht in der Region kämpften.<sup>125</sup> Bis heute sind die Moros in drei große und zehn kleinere ethnolinguistische Gruppen aufgesplittert. Den spanischen Besatzern gelang es bis zum Ende ihrer Herrschaft 1899 nicht, die vollständige Kontrolle über die Inseln im Süden zu erringen. Der Versuch, diese im ausgehenden 19. Jahrhundert durch eine Großoffensive zu erlangen, mit der die Zerstörung von Moscheen und Zwangskonvertierungen einhergingen, verschärfte nur die religiöse Polarisierung.

Die amerikanischen Kolonialherren herrschten nicht gewaltfrei, doch gelang es ihnen, die Elite der Sultans und Datus (Adlige, die ihren Status auf eine Abstammung vom Propheten Mohammed gründen) zu kooptieren und so nach dem Prinzip der »indirect rule« die Kontrolle zu erlangen. Zwischen 1905 und 1914 änderten die Amerikaner diese Politik, ließen den Sultanen lediglich den Status religiöser Oberhäupter und setzten Provinzgouverneure ein, die mit Unterstützung der Datus regierten.<sup>126</sup> Einige dieser Datus studierten in den USA, erhielten profitable Geschäftslizenzen und wurden Politiker in Manila. Das erklärte Ziel amerikanischer Politik war die Vorbereitung der Philippinen insgesamt auf die Unabhängigkeit.<sup>127</sup>

Sozioökonomisch entwickelte sich Mindanao nur langsam und blieb weit hinter dem katholischen Norden zurück. Folgenreich war auch die sogenannte

<sup>125</sup> Vgl. McKenna, *Muslim Rulers and Rebels* [wie Fn. 4], S. 83.

<sup>126</sup> Vgl. Howard M. Federspiel, *Islam and Muslims in the Southern Territories of the Philippine Islands during the American Colonial Period (1898 to 1946)*, in: *Journal of Southeast Asian Studies*, 29 (September 1998) 2, S. 340–356 (350).

<sup>127</sup> So schrieb der erste Gouverneur der damaligen »Provinz Moro«, General Leonard Wood, 1904: »Unsere Strategie ist es, Individualismus zu entwickeln unter diesen Leuten und ihnen Schritt für Schritt beizubringen, auf ihren eigenen zwei Beinen zu stehen, unabhängig von kleinen Häuptlingen. Um dies zu erreichen, muß dem Führer oder Häuptling eine Position mit mehr oder weniger Autorität gegeben werden, doch er hört auf, wirkliche Rechte zu besitzen.« (Zitiert in: McKenna, *Muslim Rulers and Rebels* [wie Fn. 4], S. 90.)

<sup>124</sup> Vgl. Damien Kingsbury, *Southeast Asia. A Political Profile*, Oxford 2001, S. 304.

»homestead policy« der USA, die Filipinos aus dem Norden dazu veranlassen sollte, sich auf Mindanao anzusiedeln. Das wohl bedeutendste Vermächtnis der amerikanischen Kolonialzeit ist aber die Herausbildung einer kollektiven Moro-Identität. Die Rivalitäten und Fehden unter den Datus behinderten nach Meinung der Amerikaner die Wirtschaftsentwicklung. Die Moros sollten daher unter der Führung der Datus und unter dem Banner des Islam vereint werden. Eine aufgeklärte Moro-Gemeinschaft, »weise geführt von amerikanischen Beamten«, sollte »schrittweise Reichtum und Kultur« erlangen und sich zu einem »demokratischen [das heißt christlich-philippinischen, d.A.] Regierungsbezirk entwickeln.«<sup>128</sup>

Die ersten zwei Jahrzehnte der 1946 unabhängig gewordenen Republik der Philippinen erbrachten für Mindanao und den Sulu-Archipel zwei wesentliche Veränderungen: Zum einen intensivierte die Regierung in Manila die von den Amerikanern eingeleiteten Migrationsprogramme, um den Süden des Landes wirtschaftlich zu erschließen. Allein nach Zentralmindanao wanderten zwischen 1939 und 1960 755 000 Menschen aus; insgesamt wuchs die Bevölkerung dieser Region zwischen 1948 und 1970 von 700 000 auf 2,3 Millionen an, mit dem Ergebnis, daß die Moslems in vielen Teilen Mindanaos zur Minderheit im eigenen Land wurden.<sup>129</sup> Gravierender noch war die ökonomische Benachteiligung gegenüber den christlichen Siedlern. So erklärte die Regierung jegliches unregistrierte Land zum öffentlichen Eigentum und vergab es an Siedler oder Soldaten. Die ursprünglichen Bewohner wanderten in die Slums der Städte ab. Verbliebene moslemische Landwirte erhielten im Gegensatz zu den Siedlern keinerlei staatliche Förderung. Neue Siedlungen wurden zügig an die städtischen Handelszentren angeschlossen, während islamische Gemeinden isoliert blieben. Verwaltungssämter gingen überwiegend an Katholiken. Diese Asymmetrie führte ab Ende der sechziger Jahre zu Übergriffen auf die Migranten, die wiederum mit Vergeltungsschlägen gegen Moslems beantwortet wurden.<sup>130</sup>

Die zweite Veränderung betraf die Herausbildung neuer moslemischer Eliten. Nachdem die Datus bereits weitgehend in das Regierungssystem eingebunden waren, erhielten nun Nicht-Adlige im Rahmen

der Stipendienprogramme einer Nationalen Integrationskommission und der ägyptischen Regierung zunehmend eine Hochschulbildung. Folglich entstanden in der moslemischen Bildungselite zwei Gruppen: die im wesentlichen säkular ausgebildeten Studenten aus Manila, unter ihnen der Politikwissenschaftler und spätere Gründer der Moro National Liberation Front (MNLF), Nur Misuari, und die eher religiös orientierten Studenten der Al-Azhar-Universität in Kairo, unter ihnen der spätere Gründer der Moro Islamic Liberation Front (MILF), Hashim Salamat. Mit Hilfe kleinerer Organisationen wurde diese Bildungselite zum Sprachrohr der Moslems auf Mindanao.

In ihrem Protest gegen mangelnde Chancengleichheit gründeten Mitglieder dieser Kreise 1969 die Moro-Unabhängigkeitsbewegung (Moro Independence Movement, MIM). Die MIM war eine vorwiegend zivile politische Organisation, die jedoch noch im Gründungsjahr mit Unterstützung des malaysischen Bundesstaats Sabah in Ostmalaysia ein Trainingsprogramm für Guerillas initiierte.<sup>131</sup> Als es in den folgenden Jahren in Mindanao zu neuen Gewalttaten und staatlicher Repression kam, gründete ein Kreis von MIM-Mitgliedern um Nur Misuari 1971 die MNLF. Diese Untergrundorganisation sollte die Unabhängigkeit der »Moro-Nation« (*bangsa moro*) mit Waffengewalt herbeiführen und dabei alle islamischen Ethnien der südlichen Philippinen einbeziehen.

Im September 1972 verhängte Präsident Ferdinand Marcos das Kriegsrecht mit dem Argument, nur unter Notstandsbedingungen seien die islamischen Separatisten im Süden und die Kommunisten im Norden zu besiegen. Die MIM und eine Reihe anderer Organisationen wurden verboten; ihre Mitglieder wechselten zu großen Teilen zur MNLF über. Bis 1975 kommandierte Marcos drei Viertel der Armee nach Mindanao ab; bereits zwei Monate nach Verhängung des Kriegsrechts befand sich die ganze Insel im Bürgerkrieg. Dieser forderte bis 1976 Tausende von Toten und machte 1,2 Millionen Menschen zu Flüchtlingen. Ab 1975 bemühte sich der Präsident angesichts hoher Verluste und enormer Kriegskosten um einen Friedensvertrag mit der MNLF. Der auf Vermittlung Libyens und der Organisation der Islamischen

<sup>128</sup> Amerikanischer Kolonialbeamter 1913, zitiert ebd., S. 105.

<sup>129</sup> Ebd., S. 106.

<sup>130</sup> Vgl. W. K. Che *Man*, *Muslim Separatism: The Moros of Southern Philippines and the Malays of Southern Thailand*, Singapur/Oxford 1990, S. 60.

<sup>131</sup> Der Ministerpräsident des malaysischen Bundesstaats Sabah, Tun Mustapha, gehörte selbst der im Sulu-Archipel beheimateten ethnischen Gruppe der Tausig an und kritisierte Territorialansprüche der Philippinen auf Sabah. Das Ausbildungsprogramm wurde mit seiner Hilfe finanziert. Ebd., S. 148.



Konferenz 1976 unterzeichnete Vertrag von Tripolis brachte allerdings nur vorübergehend Beruhigung. Bereits neun Monate nach Inkrafttreten wurden die Kämpfe wegen unterschiedlicher Auslegung der Bestimmungen wieder aufgenommen, wenn auch mit verminderter Intensität. 1984 spaltete sich die MILF unter Hashim Salamat aufgrund personeller Differenzen mit Misuari von der MNLF ab. Die MILF verfolgte grundsätzlich dieselben Ziele wie die MNLF, hob aber die Rolle des Islam stärker hervor. 1986 wurde der diktatorisch regierende Ferdinand Marcos durch eine friedliche Volksbewegung abgesetzt.

Die demokratisch gewählte Präsidentin Corazon Aquino (1986–1992) wurde während ihrer Präsidentschaft wiederholt zur Zielscheibe von Putschisten und machte sich deshalb in Mindanao die militärischen Lösungsansätze loyaler Generäle zu eigen. Erst ihrem Nachfolger Fidel Ramos (1992–1998) gelang es, ein tragfähiges Friedensabkommen mit der MNLF zu schließen. Manila und die Rebellen verständigten sich darin auf die Schaffung einer Autonomen Region des Moslemischen Mindanao (Autonomous Region of Muslim Mindanao, ARMM). Diese umfaßte zunächst vier Provinzen in Mindanao und im Sulu-Archipel, nach einem Plebiszit im August 2001 auch Basilan und Marawi City, so daß sie seither 2,4 Millionen Einwohner hat. Ihre Autonomie beschränkt sich weitgehend auf Fragen der Wirtschaftsentwicklung. Während MNLF-Chef Nur Misuari Gouverneur der ARMM wurde, kämpften die MILF und die 1991 gegründete Abu Sayyaf weiter für die vollständige Unabhängigkeit der Region. Ein 1997 geschlossenes Waffenstillstandsabkommen zwischen der MILF und der Regierung in Manila hielt immerhin drei Jahre, bis es von Regierungsseite gebrochen wurde. Unter dem Druck führender Militärs bekannte sich der populistische Präsident Joseph Estrada (1998–2001) im Frühjahr 2000 zur Zerschlagung der MILF. Nach Estradas Absetzung im Januar 2001 nahm seine Nachfolgerin Gloria Macapagal-Arroyo erneut Friedensverhandlungen auf, die im August des Jahres in ein Waffenstillstandsabkommen mündeten. Im Mai 2002 unterzeichneten die Konfliktparteien darüber hinaus einen Vertrag über den Wiederaufbau der vom Bürgerkrieg zerstörten Region.

Der so herbeigeführte Frieden bleibt ohne Entwicklungsperspektive fragil, und bislang sind dem Vertrag kaum Aufbauprojekte gefolgt. Die Regierung zögert zudem, in die Verwaltung ehemalige MILF-Militante aufzunehmen, die nichtsdestotrotz dringend zivile Chancen benötigen. Regelmäßig kommt es zu Zusam-

menstößen zwischen dem Militär und abgespaltenen Gruppen von MILF und MNLF. Die größte Kollision dieser Art wurde von Nur Misuari persönlich inszeniert, der im November 2001 seiner Abwahl als ARMM-Gouverneur zuvorkommen wollte. Die Revolte blieb erfolglos, und Misuari steht mittlerweile vor Gericht. Aus Regierungsperspektive stellt heute die Abu Sayyaf das größte Problem dar.

Dem Konflikt in den südlichen Philippinen sind seit 1972 120 000 Menschen zum Opfer gefallen.<sup>132</sup> An den zugrundeliegenden Asymmetrien hat sich nur wenig verändert – der Aufbau Mindanaos geht nur schleppend voran, und die dort ansässigen 4 Millionen Moslems leben nach wie vor weit unter dem Standard der 76 Millionen Filipinos.<sup>133</sup>

## Zivilgesellschaftliche und militante islamische Gruppen

### Moro National Liberation Front (MNLF)

Die MNLF kann als wichtigste der zivilgesellschaftlichen Organisationen betrachtet werden. Nach einer langen Geschichte im bewaffneten Untergrund hat sie sich seit Unterzeichnung des Friedensvertrags von 1996 zum überwiegend friedlichen politischen Akteur transformiert. Die MNLF hat heute etwa 15 000 Mitglieder. Sie verfolgt eher »nationalistische« als religiöse Ziele und wird von der OIC als einziger Repräsentant der sogenannten »Moro-Nation« anerkannt.<sup>134</sup> Die Organisation gliedert sich weiterhin in einen politischen und einen militärischen Flügel, denen ein Zentralkomitee vorsteht. Der politische Flügel ist regional in »revolutionäre Staatskomitees« und funktional in »nationale Einheiten« unterteilt. Die mili-

<sup>132</sup> Vgl. BBC News, 22.6.2001.

<sup>133</sup> 52% der Bevölkerung West-Mindanaos leben unterhalb der Armutsgrenze, 75% sind Analphabeten, und die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei nur 57 Jahren. Im nationalen Durchschnitt leben 41% der Filipinos unterhalb der Armutsgrenze. Vgl. Peter Chalk, Separatism in Southeast Asia: The Islamic Factor in Southern Thailand, Mindanao, and Aceh, in: Studies in Conflict and Terrorism (Philadelphia), 24 (Juli–August 2001), S. 241–269 (249).

<sup>134</sup> Die MNLF verfügt seit ihrer Zeit als Guerillaorganisation über gute Beziehungen zu nah- und mittelöstlichen Staaten, allen voran Libyen, wo viele ihrer Kämpfer ausgebildet worden sind. Nur Misuari selbst hat lange Zeit in Tripolis im Exil gelebt.

tärische Komponente wurde nach 1996 teilweise in die nationalen Sicherheitskräfte integriert.<sup>135</sup>

Diese Integration war neben Autonomiegesetz und Entwicklungsprojekten ein zentrales Element des Friedensvertrages von 1996. Doch der Frieden erwies sich schnell als brüchig. Nur einigen der nicht in die Sicherheitskräfte übernommenen Guerillas konnten berufliche Perspektiven eröffnet werden; etwa 1000 liefen zur MILF über.<sup>136</sup> Eine vollständige Entwaffnung der Truppe unterblieb, und Nur Misuari kaufte mit Regierungsgeldern sogar neue Waffen.<sup>137</sup> Auch der wirtschaftliche Fortschritt in der Autonomen Region ließ auf sich warten. Manila hielt diesbezügliche Zusagen nicht ein, und Misuari enttäuschte viele Anhänger durch seine zunehmende Korruptionsanfälligkeit.

Der MNLF-Vorsitzende beteiligte sich ab Mitte 2000 kaum noch an den Arbeiten für den Entwurf eines Autonomiegesetzes, da er sich von Präsident Estrada in zentralen Fragen übergangen fühlte. Im April 2001 rief der Vierte Bangsamoro-Kongreß eine unabhängige »Bangsamoro-Republik« aus, deren Präsident Misuari werden sollte. Aufgrund dieser und anderer Entwicklungen bewog die Regierung Arroyo-Macapagal 2001 15 prominente MNLF-Vertreter, sich von Misuari loszusagen. Manila favorisierte fortan deren Anführer Parouk Hussin offen als Nachfolger im Amt des Provinzgouverneurs.<sup>138</sup> Derart in die Enge getrieben, griff Misuari im November 2001 mit etwa 1000 loyalen MNLF-Kämpfern Regierungstruppen auf der Insel Jolo an. Dabei kamen 113 Menschen ums Leben. Misuari floh nach Malaysia, wurde dort verhaftet und an die Philippinen ausgeliefert. Parouk Hussin wurde neuer ARMM-Gouverneur.

Einen Monat zuvor hatten Vertreter der MNLF ein Abkommen mit der konkurrierenden MILF unterzeichnet, in dem beide Organisationen sich zu Frieden und Entwicklung in Mindanao bekannten.

**135** Von den ursprünglich etwa 14 000 Guerillas der Bangsamoro Armed Forces wurden 5750 in die Armee und 1750 in die Polizei aufgenommen.

**136** Ausländische Entwicklungshilfeorganisationen wie USAid versuchen seit 1997, bis zu 7000 ehemalige MNLF-Kämpfer in ihre Projekte zu integrieren.

**137** Vgl. Miriam Coronel Ferrer, *Armed to the Teeth*, in: *Arms and Militaries* (Manila), 16 (August 2002) 2, <[http://www.upd.edu.ph/~twsc/Arms\\_and\\_Militaries/tws\\_desk\\_v16n2-ferrer.htm](http://www.upd.edu.ph/~twsc/Arms_and_Militaries/tws_desk_v16n2-ferrer.htm)> (eingesehen am 6.8.2002).

**138** Ebd.

## Moro Islamic Liberation Front (MILF)

Die wichtigsten islamischen Guerillaverbände in den südlichen Philippinen stellen heute die Moro Islamic Liberation Front (MILF) und die Abu Sayyaf. Die MILF kooperiert unter anderem mit der kommunistischen Neuen Volksarmee (New People's Army, NPA), die vornehmlich auf Luzon und in den Visayas operiert.<sup>139</sup> Mehrere kleine Splittergruppen von MILF und MNLF sabotieren den offiziellen Frieden in Mindanao auch heute noch mit Entführungsaktionen. Im August 2002 berichteten Beobachter von der Gründung einer weiteren Gruppe namens Unabhängigkeitsbewegung der Moro-Nation (Bangsamoro Independence Movement) im Sulu-Archipel. Diese Organisation verfügt nach eigenen Angaben über 350 kampfbereite Mitglieder.<sup>140</sup>

Die MILF entstand 1984 als Splittergruppe der MNLF. Ihr Gründer Hashim Salamat hatte sich mit Nur Misuari über die Ausrichtung der Organisation zerstritten und sich für die Schaffung einer neuen, stärker islamisch orientierten Gruppierung entschieden. Diese kämpfte fortan für die Errichtung eines unabhängigen islamischen Staates in Mindanao. Auf der obersten Ebene gibt es ein Zentralkomitee und mehrere politische Komitees. Darunter sind die sogenannten Islamischen Bewaffneten Truppen der Moro-Nation (Bangsamoro Islamic Armed Forces, BIAF) und Shariah-Gerichte angesiedelt. An der Basis agiert eine beratende Versammlung, die aus 80 Mitgliedern besteht.

Die BIAF sind in mindestens sechs Einheiten untergliedert, deren Guerillas zwischen 13 größeren und 33 kleineren Stützpunkten pendeln, die bis zur Einnahme des Hauptquartiers Camp Abu Bakr durch Regierungstruppen im Juli 2000 mit diesem vernetzt waren. Die Gesamtstärke der BIAF wird auf 12 500 Kämpfer geschätzt.<sup>141</sup>

Als früherer Student der Al-Azhar-Universität in Kairo verfügt Hashim Salamat über enge Kontakte zu den heutigen Führern islamischer Organisationen in

**139** Im Dezember 2001 strich die amerikanische Administration die NPA auf Bitten von Präsidentin Arroyo von ihrer Liste ausländischer Terrororganisationen (Arroyo verhandelte zu dieser Zeit mit der NPA über einen Waffenstillstand). Diese Verhandlungen wurden im Juli 2002 abgebrochen. Die Vereinigten Staaten nahmen die Organisation wenig später wieder in die Liste auf.

**140** Vgl. MILF-Website: <<http://www.luwaran.com/news.htm#august6>> (eingesehen am 23.8.2002).

**141** Vgl. BBC News, 6.12.2001.

Pakistan und Afghanistan. Nach einer Einschätzung der philippinischen Streitkräfte wurden mindestens 200 MILF-Guerillas in afghanischen Lagern ausgebildet.<sup>142</sup> Umgekehrt hielten sich nach einem Bericht des philippinischen Geheimdienstes von 1998 Ausländer arabischer und afghanischer Herkunft zum Zwecke der religiösen und militärischen Ausbildung in MILF-Stützpunkten auf. Eine wichtige Brückenfunktion soll hierbei der Organisation Al-Afghani aus dem pakistanischen Peshawar zukommen.<sup>143</sup> Darüber hinaus haben die Behörden in Manila von Kontakten zu Al-Qaida berichtet. Zum einen habe die Internationale Islamische Hilfsorganisation (International Islamic Relief Organisation, IIRO<sup>144</sup>) des Bin-Laden-Schwagers Mohamad Jamal Khalifa die MILF materiell unterstützt. Zum anderen habe der Al-Qaida-Koordinator Abu Zubaydah mit führenden MILF-Vertretern, darunter Salamat, in telefonischem Kontakt gestanden.<sup>145</sup> Hashim Salamat hatte 1999 in einem Interview mit der BBC zugegeben, von Osama bin Laden finanzielle Zuwendungen erhalten zu haben. Das Geld sei jedoch ausschließlich zum Bau von Moscheen und für soziale Zwecke verwendet worden.<sup>146</sup>

Die Zusammenarbeit mit der kommunistischen NPA versetzt die MILF in die Lage, auch in Großstädten Anschläge zu verüben. Darüber hinaus bestehen Verbindungen zu militanten indonesischen Organisationen wie AMIN.<sup>147</sup> Der im Januar 2002 in Manila unter dem Vorwurf der Planung von Bombenanschlägen verhaftete Indonesier Fathur Rahman al-Ghozi (vgl. Fn. 69) lebte 1997 im Camp Abu Bakr und pflegte seitdem intensive Kontakte zur MILF. Al-Ghozi war Mitglied des regionalen Terrornetzwerks Jemaah

Islamiyah und wurde im April 2002 wegen Sprengstoffbesitzes zu 12 Jahren Haft verurteilt.

Die Armee beschuldigt die MILF ferner einer Zusammenarbeit mit Abu Sayyaf. Diesbezügliche Aussagen wurden von der Regierung jedoch mit Rücksicht auf die laufenden Friedensverhandlungen unterdrückt.<sup>148</sup> Die Verhandlungen erwiesen sich ohnehin als schwierig. Dem Waffenstillstandsabkommen von 2001 ist bis heute kein Friedensvertrag gefolgt. Das im Mai 2002 unterzeichnete Abkommen über den wirtschaftlichen Wiederaufbau Mindanaos bleibt umstritten.<sup>149</sup> Langfristig soll die MILF an der ARMM-Verwaltung beteiligt werden. Im Juni erklärte ein Sprecher der Guerilla, daß Mitglieder in geheimen Stützpunkten wieder auf den bewaffneten Kampf vorbereitet würden.<sup>150</sup> Im November wurden mehrere westliche Botschaften in Manila vorübergehend geschlossen, nachdem sie Warnungen vor einem MILF-Anschlag erhalten hatten.<sup>151</sup>

Ob der Verhandlungsfrieden von Dauer ist, wird nicht zuletzt davon abhängen, ob den BIAF-Guerillas Perspektiven im Zivilleben eröffnet werden können. Eine Entwaffnung der Truppe ist bislang nicht vorgesehen, und die Regierung in Manila zögert noch, sie an der lokalen Verwaltung zu beteiligen.<sup>152</sup>

Die MILF hat sich mittlerweile von einem »Heiligen Krieg« gegen die USA distanziert, nachdem sie bereits im Oktober 2001 erklärt hatte, es werde in den Philippinen aus Rücksicht auf die Verhandlungen mit der eigenen Regierung keine Angriffe auf amerikanische Ziele geben.<sup>153</sup> Die Regierung versucht, die Organisation zu einem Informationsaustausch über angeblich

**142** Vgl. In the Spotlight: Moro Islamic Liberation Front, Centre for Defence Information, Manila, <[http://www.cdi.org/terrorism/spotlight1\\_MILF.cfm](http://www.cdi.org/terrorism/spotlight1_MILF.cfm)> (eingesehen am 25.8.2002).

**143** Vgl. Chalk, Separatism and Southeast Asia [wie Fn. 133], S. 250.

**144** Die IIRO wurde 1978 mit Hauptsitz in Jeddah, Saudi-Arabien, gegründet. Khalifa repräsentierte sie bis 1994 in den Philippinen.

**145** Vgl. Gunaratna, Inside Al Qaeda [wie Fn. 114], S. 183. Dieser Kontakt soll auch nach Beginn der Friedensverhandlungen zwischen MILF und Manila und bis zu Zubaydahs Verhaftung im April 2002 aufrechterhalten worden sein. Ebd., S. 185.

**146** Vgl. BBC News, 10.2.1999.

**147** Nach Einnahme des Camp Abu Bakar im Juli 2000 entdeckte die philippinische Armee dort mehrere indonesische Pässe. Vgl. Anthony Davis, Southeast Asian Bombings Betray Islamic Links, in: Jane's Intelligence Review, <<http://www.janes.com>> (eingesehen am 8.2.2001).

**148** Der Senator und ehemalige General Rodolfo Biazon hatte vorgeschlagen, gemeinsame Manöver mit den USA vom Einzugsbereich der Abu Sayyaf auf Stützpunkte der MILF auszuweiten. Vgl. David Wurfel, The Philippines: Collateral Damage in the War on Terrorism? Domestic and International Realities, in: CANCAPS Bulletin (Vancouver), S. 1–4, <<http://www.iir.ubc.ca/cancaps/cbul22.pdf>> (eingesehen am 29.8.2002).

**149** Im Zentrum der in Manila ausgetragenen Kontroverse stehen von der Regierung Arroyo zugesagte »Reparationsleistungen« an die MILF. Vgl. The Philippine Star, <<http://www.philstar.com>> (eingesehen am 29.5.2002).

**150** Ebd., 13.6.2002.

**151** Vgl. The Age (Melbourne), 29.11.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 28.11.2002.

**152** Vgl. The Philippine Star, <<http://www.philstar.com>> (eingesehen am 22.7.2002).

**153** Vgl. Philippine Daily Inquirer, <<http://www.inq7.net>> (eingesehen am 9.10.2001).

27 in den Philippinen ansässige Terrorzellen zu bewegen.<sup>154</sup>

Zusammenfassend bietet sich das Bild einer Organisation, die sich zwar offiziell dem Frieden verschrieben hat, aber weiterhin über das größte bewaffnete Potential in den südlichen Philippinen verfügt. Trotz aktenkundiger Beziehungen zu regionalen und internationalen terroristischen Netzwerken<sup>155</sup> steht die MILF aufgrund einer Intervention Arroyos weiterhin nicht auf der amerikanischen Liste ausländischer Terrororganisationen.<sup>156</sup>

### Abu Sayyaf

1983 gründeten elf ehemalige MNLF-Mitglieder die sogenannte Al-Harakat-al-Islamiyyah, eine Organisation, die den Bau von Moscheen und Schulen in den südlichen Philippinen fördern sollte. Die Gruppe finanzierte sich zunächst aus Spenden, ging jedoch in den achtziger Jahren zur Nötigung und Erpressung der lokalen Bevölkerung über. Zu den Gründungsmitgliedern zählte der in Libyen ausgebildete Rechtsgelehrte Abdujarak Janjalani. Janjalani hatte in den späten achtziger Jahren gegen die sowjetischen Truppen in Afghanistan gekämpft, wo er sich eine strenge Auslegung des Korans zu eigen machte. 1991 kehrte er auf seine Heimatinsel Basilan zurück, machte aus Al-Harakat-al-Islamiyyah eine Guerillaorganisation und nannte sie zum Gedenken an einen seiner religiösen Lehrer Abu Sayyaf. 1994 wurde ihre Stärke auf 580 Mann geschätzt.<sup>157</sup>

Abu Sayyaf finanziert sich durch Schutzgeld-erpressungen, Drogenhandel und Entführungen. Die Organisation hat 1991 aus ausländischen Quellen insgesamt 480 000 US-Dollar bezogen; ein großer Teil kam aus Libyen.<sup>158</sup> Daneben zahlte sich eine neue Bekanntschaft Janjalanis aus: Mohamad Jamal Khalifa, der Schwager Osama bin Ladens, ließ im Namen der saudischen IIRO in den südlichen Philippinen Schulen

und Krankenhäuser bauen. Die Organisation ist seither zum wichtigsten Sponsor der Abu Sayyaf geworden.<sup>159</sup>

Die kleinste Guerillaformation in diesem Gebiet ist zugleich die radikalste: Abu Sayyaf kämpft für einen »Islamistischen Staat Mindanao« (Mindanao Islamist State, MIS), lehnt Autonomieverhandlungen ab, propagiert Anschläge auf das Leben nichtislamischer Zivilisten und terrorisiert die lokale Bevölkerung mit Bombenattentaten und Morden. Dabei hatten Teile der Armee lange mit ihr kollaboriert. So teilte sich in den späten neunziger Jahren ein General Lösegelder mit den Rebellen und ließ illegale Waldrodungen durch die Organisation bewachen. In einem Fall scheint selbst der damalige philippinische Präsident Joseph Estrada von einer Geiselnahme der Guerilla profitiert zu haben.<sup>160</sup>

Seit dem Tod Janjalanis 1998 ist es offenbar nicht mehr zu einer Zusammenarbeit mit den Streitkräften gekommen. Die Abu Sayyaf ist seither in zwei große und mehrere kleine Gruppen aufgesplittert, die sich weniger als Glaubenskrieger denn als Kriminelle hervortun. Die wichtigste Gruppierung hat ihren Stützpunkt auf Jolo und wird von Ghalib Andang (alias Commander Robot) angeführt. Diese hat nach der erfolgreichen Geiselnahme des Frühjahrs 2000 neue Waffen erworben und ist zu einer schwierigen Herausforderung für die Sicherheitskräfte geworden.<sup>161</sup>

<sup>159</sup> Vgl. Victorino *Matus*, Phase Two in the Philippines. An Unexpected Stop on America's War against Terror, in: Doublethink, (Frühjahr 2002), S. 14–16 (15), <<http://www.americafuture.org/doublethink>>.

<sup>160</sup> Nach deutschen Presseberichten geht der Bundesnachrichtendienst davon aus, daß 50% der im Jahr 2000 für die Freilassung westlicher Geiseln gezahlten 20 Millionen US-Dollar an Estrada gegangen sind, 10% an dessen Chefunterhändler Roberto Aventajado. Vgl. Robin Hood im freien Fall?, in: Der Spiegel, 11.12.2000, S. 187; *Wurfel*, The Philippines: Collateral Damage in the War on Terrorism? [wie Fn. 148].

<sup>161</sup> Die Stärke der Jolo-Gruppe wird auf 640 Mann geschätzt, die der nächstwichtigsten Gruppe auf Basilan um Ghadaffi Janjalani, den Bruder des Abu Sayyaf-Gründers, auf 464. Die meisten Mitglieder sind zwischen 16 und 30 Jahre alt. Ebd. Die Schlagkraft der Jolo-Gruppe hat sich nach den amerikanisch-philippinischen Manövern des Jahres 2002 verringert. Dennoch waren Abu-Sayyaf-Gruppen anscheinend in der Lage, im Oktober 2002 eine Reihe von Bombenanschlägen durchzuführen, bei denen 13 Personen starben und mindestens 100 weitere verletzt wurden. Die Gruppen hatten zuvor Racheakte für das gegen sie gerichtete Balikatan-Manöver angekündigt. Vgl. BBC News, 19.10.2002. Im November verhaftete die philippinische Polizei Abdulmukim Edris, den »Sprengmeister« der Abu Sayyaf.

<sup>154</sup> Vgl. The Manila Times, <<http://www.manilatimes.net>> (eingesehen am 4.2.2002).

<sup>155</sup> Vgl. Rommel C. *Banlaoi*, The Role of Philippine–American Relations in the Global Campaign against Terrorism: Implications for Regional Security, in: Contemporary Southeast Asia, 24 (August 2002) 2, S. 294–312 (300).

<sup>156</sup> Vgl. FEER, 18.4.2002, S. 17.

<sup>157</sup> Vgl. Rohan *Gunaratna*, The Evolution and Tactics of the Abu Sayyaf Group, in: Jane's Intelligence Review, 13 (Juli 2001) 7, S. 29–32 (31).

<sup>158</sup> Ebd., S. 30.

Die USA haben einen Zusammenhang zwischen ihrem militärischen Einsatz in den südlichen Philippinen und ihrem Kampf gegen Al-Qaida etabliert. Tatsächlich aber erscheint diese Verknüpfung mit Osama bin Ladens internationalem Netzwerk problematisch. Erste Anzeichen für Verbindungen zwischen bin Laden und der Abu Sayyaf hatten sich 1995 bei der Aufdeckung eines geplanten Anschlags auf den Papst ergeben. Später wurde bekannt, daß einer der Beteiligten an dem Anschlag auf das World Trade Centre von 1993 im folgenden Jahr mit Hilfe der Abu Sayyaf an Bord einer Maschine der Philippine Airlines einen Sprengsatz deponiert hatte, bei dessen Explosion ein Passagier ums Leben kam.<sup>162</sup>

Mohamad Jamal Khalifa wurde im Dezember 1994 in San Francisco verhaftet. Seither scheint die Finanzquelle IIRO versiegt zu sein.<sup>163</sup> Heute betreibt die Organisation lediglich noch ein Büro und ein Waisenhaus in Zamboanga City. Es gibt keine veröffentlichten Belege für anhaltende Verbindungen zwischen Al-Qaida und Abu Sayyaf. Statt dessen wurden vage Indizien genannt. So haben indische Nachrichtendienste berichtet, die Al-Qaida nahestehende pakistanische Organisation Harakat al-Mujahedin habe auf Booten der sogenannten Befreiungstiger von Tamil Eelam (Liberation Tigers of Tamil Eelam, LTTE) aus Sri Lanka Waffen in die Philippinen geschmuggelt, die für die Abu Sayyaf bestimmt waren. Diese wiederum sollen malaysischen Polizeiberichten zufolge einen Teil der Waffen ins östliche Indonesien verkauft haben.<sup>164</sup> Darüber hinaus scheint ein philippinischer Geheimdienstbericht vom Juli 2001 Anhaltspunkte für die Ausbildung von 50 Guerillas der Organisation in Afghanistan enthalten zu haben. Derselbe Bericht geht anscheinend davon aus, daß bin Laden die Abu Sayyaf kurz zuvor bei einem Mordkomplott gegen Präsidentin Arroyo unterstützt hat.<sup>165</sup> Diese Hinweise haben sich bisher nicht erhärtet.

Hingegen ist eine langwährende Zusammenarbeit zwischen der Abu Sayyaf und den LTTE belegt.<sup>166</sup> Darüber hinaus wird vermutet, daß die Guerilla Waffen von der GAM in Aceh und der sogenannten Vereinigten Befreiungsarmee von Pattani (Pattani United Liberation Army, PULA) im südlichen Thailand bezieht.<sup>167</sup> Insgesamt ergibt sich weniger der Eindruck einer »Al-Qaida-Zelle als vielmehr einer Gruppe in der Tradition südphilippinischer Piraten.«<sup>168</sup>

## Nationale Politik

Die Regierung von Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo verfolgt im Konflikt in den südlichen Philippinen zwei Hauptziele. Zum einen soll Frieden geschaffen und erhalten werden. Zu diesem Zweck wurden der Waffenstillstand mit der MILF unterzeichnet, der Regierungswechsel in der ARMM forciert und Entwicklungsprojekte aufgelegt. Zum anderen will Manila vom amerikanischen Kampf gegen den internationalen Terrorismus profitieren und eigene Verlässlichkeit als Partner in diesem Kampf unter Beweis stellen. Dabei ist die Ausweitung der regelmäßigen gemeinsamen Manöver auf terroristische Ziele innenpolitisch nicht unumstritten. »Die Vereinigten Staaten haben uns geholfen, einige unserer größten Probleme zu lösen; jetzt aber scheinen sie darauf erpicht zu sein, die Definition des Terrorismus auszuweiten. Sie bezeichnen nun zahlreiche Gruppen als Terroristen, was uns schaden kann, wenn wir verhandeln statt kämpfen wollen«, so der frühere Finanzminister Roberto Ocampo.<sup>169</sup> Arroyo hat sich für einen Mittelweg entschieden, indem sie die kleine Abu Sayyaf gemeinsam mit dem Verbündeten als terroristische Organisation bekämpft, es trotz nachweislicher Kontakte der MILF zu Al-Qaida jedoch ablehnt, diesen Verhandlungspartner in die Nähe des internationalen Terrorismus zu rücken. Die Präsidentin folgt damit

**162** Vgl. Gail Billington, Afghansi-Linked Terror in the Philippines, in: Executive Intelligence Review (Washington), 22 (13.10.1995) 41, <[http://www.larouchepub.com/other/1995/2241\\_philippines\\_terror.html](http://www.larouchepub.com/other/1995/2241_philippines_terror.html)>.

**163** Laut philippinischen Geheimdienstberichten sind 1997 allerdings nochmals 680 000 US-Dollar an die Abu Sayyaf geflossen. Vgl. FEER, 15.11.2001, S. 22.

**164** Vgl. Barry Decker/Kumar Ramakrishna, Forging an Indirect Strategy in Southeast Asia, in: The Washington Quarterly, 25 (Frühjahr 2002) 2, S. 161–176 (165).

**165** Vgl. The Philippine Star, 15.1.2002. Die Zeitung beruft sich auf den Senator und pensionierten General Rodolfo Biazon.

**166** Die LTTE hat Abu-Sayyaf-Kämpfer ausgebildet und mit Waffen und falschen Papieren ausgestattet. Vgl. Gunaratna, The Evolution and Tactics of the Abu Sayyaf Group [wie Fn. 157], S. 31.

**167** Vgl. Chalk, Separatism in Southeast Asia [wie Fn. 133], S. 251.

**168** Vgl. Sheldon W. Simon, Southeast Asia and the US War on Terrorism, in: ders., Managing Security Challenges in Southeast Asia, in: NBR Analysis (Seattle, National Bureau of Asian Research), 13 (Juli 2002) 4, S. 25–37 (34), <<http://www.nbr.org>> (eingesehen am 28.8.2002).

**169** Vgl. International Herald Tribune, 7.9.2002, S. 2.

weitgehend Empfehlungen führender Militärs, in deren Schuld sie seit ihrem Amtsantritt steht.<sup>170</sup>

Neben der militärischen Zusammenarbeit mit den USA haben die Philippinen ihre Grenzkontrollen seit dem 11. September 2001 verschärft. Die Regierung hat die Überwachung von sechs islamischen Stiftungen angeordnet, darunter der IIRO.<sup>171</sup>

**170** Vgl. *Wurfel*, *The Philippines: Collateral Damage in the War on Terrorism?* [wie Fn. 148]. Arroyos Amtsvorgänger Estrada hatte den Präsidentenpalast im Januar 2001 geräumt, nachdem die Streitkräfte erklärt hatten, ihn nicht mehr als Oberbefehlshaber anzuerkennen.

**171** Die übrigen Stiftungen sind die Association of Islamic Development, die World Alliance of Muslim Youth, die Darul Hijra Foundation, die United Overseas Bangsa Moro und die Islamic Wisdom Worldwide. Vgl. *Decker/Ramakrishna*, *Forging an Indirect Strategy in Southeast Asia* [wie Fn. 164], S. 165.

## Regionale Netzwerke: Jemaah Islamiyah

Die bisher vorgestellten Gruppen agieren auf nationaler oder Provinz-Ebene und verfolgen relativ konkrete Ziele. Davon abzugrenzen sind regionale Terrornetzwerke, die von mehreren Ländern aus operieren und sich eher an Ideologien als an konkreten Interessen orientieren. In Südostasien erscheint die sogenannte Islamische Gruppe (Jemaah Islamiyah, JI) als das einzig bekannte Netzwerk dieser Art. Es besteht aus individuellen Mitgliedern diverser Gruppen in Malaysia, Indonesien und den Philippinen sowie Zellen in Singapur, Malaysia und Indonesien. Mehrere dieser Zellen wurden ausgehoben; es ist nicht bekannt, ob weitere existieren. JI möchte einen Islamstaat, bestehend aus Malaysia, Indonesien, den südlichen Philippinen sowie möglicherweise Brunei, Singapur und dem südlichen Thailand schaffen.

Der Begriff Jemaah Islamiyah ist eine Worterschöpfung indonesischer Behörden. Er erscheint erstmals in den achtziger Jahren in indonesischen Gerichtsakten als Bezeichnung für organisatorische Neugründungen ehemaliger Darul-Islam-Aktivist<sup>172</sup>. Die Justizbehörden haben allerdings zu keiner Zeit Beweise für eine übergreifende Struktur vorgelegt. Der indonesische Geheimdienst hatte bereits 1976 die Gründung islamistischer Zellen gefördert, um die Parlamentswahlen des folgenden Jahres zu Suhartos Gunsten zu beeinflussen.

Eine zentrale Rolle in der späteren JI spielt ein Netzwerk um die Koranschule Al-Mukmin in Ngruki, Zentraljava. Die Prediger Abdullah Sungkar und Abu Bakar Ba'asyir (der spätere Vorsitzende des Indonesischen Mujaheddin-Rats, MMI) hatten die Schule 1972 gegründet und von hier aus Verbindungen zu ehemaligen Darul-Islam-Mitgliedern unterhalten. Sie wurden wegen dieser Kontakte im November 1978 verhaftet und kamen erst 1982 frei. In einem Klima verschärfter staatlicher Repression gründeten sie in der Gegend von Yogyakarta religiöse Zellen und bauten Verbindungen nach Südsulawesi und Jakarta auf. Im April 1985 flohen sie vor einer drohenden erneuten Verhaftung mit zunächst sieben Anhängern nach Malaysia.<sup>173</sup>

<sup>172</sup> Vgl. ICG, *Al-Qaida in Southeast Asia* [wie Fn. 39], S. 5ff.  
<sup>173</sup> Ebd.

Im malaysischen Bundesstaat Negeri Sembilan außerhalb von Kuala Lumpur widmeten sich Sungkar und Ba'asyir fortan nicht nur dem Predigen, sondern auch der Koordination des indonesischen Netzwerks. Zudem vermittelten sie alte Bekannte aus dem Umfeld von Ngruki als Arbeitskräfte an malaysische Unternehmen und reisten wiederholt nach Saudi-Arabien, um dort finanzielle Mittel einzuwerben. Seither haben sich die internationalen Kontakte der JI verdichtet. So beteiligten sich zwischen 1985 und 1987 mindestens sechs Ngruki-Anhänger aus Malaysia am antisowjetischen Kampf in Afghanistan. JI in der unten beschriebenen Form wurde schließlich um 1995 von Sungkar in Malaysia gegründet.

Nach dem Sturz Suhartos kehrten Sungkar und Ba'asyir 1998 nach Java zurück, wo Sungkar im folgenden Jahr verstarb. Ba'asyir hingegen baute sein Netzwerk weiter aus. 1999 fand an der Internationalen Islamischen Universität in Malaysia ein Treffen der IMA statt, bei dem Ba'asyir (MMI), Hambali (JI), Muklas (JI), Agus Dwikarna (LJd, MMI, DDI), Tamsil Linrung (Ex-PAN, DDI), Nik Adli (Pas) sowie jeweils ein Vertreter der MILF und der GAM anwesend waren. Dabei sprach sich Nik Adli anders als die übrigen Teilnehmer gegen den Einsatz von Gewalt aus. Teungku Fauzi Hasbi war eingeladen, seine Anwesenheit ist jedoch nicht bestätigt.<sup>174</sup>

Als verantwortlich für die Attentate zum Weihnachtsfest 2000 in Jakarta, Medan, Batam und Bandung konnten Hambali, die beiden Malaysier Yazid Sufaat und Imam Samudra sowie eine Jabir genannte Person identifiziert werden. Letzterer kam ums Leben, als seine Bombe in Bandung vorzeitig zündete. Imam Samudra gilt als der im November 2002 von der indonesischen Polizei gefaßte Drahtzieher der Bombenanschläge von Bali. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die der JI zugeordneten Anschläge *Reaktionen* auf 1999 und 2000 von Christen an Moslems in den Molukken und Zentralsulawesi begangene Massaker; seither ist der von den USA geführte Krieg gegen den Terror als Motivation in den Vordergrund gerückt.<sup>175</sup>

<sup>174</sup> Ebd., S. 9.

<sup>175</sup> Vgl. ICG, *How the Jemaah Islamiyah Network Terrorist Network Operates* [wie Fn. 67], S. 11.

Als weitere zentrale Figur im JI-Netzwerk gilt der Indonesier Hambali (eigentlich Riduan Isamuddin). Dieser war 1985 zum Koranstudium nach Malaysia gereist, hatte zwischen 1987 und 1990 in Afghanistan gekämpft und dort Osama bin Laden kennengelernt. 1991 kehrte er nach Malaysia zurück und mußte dort zunächst mit großen finanziellen Schwierigkeiten kämpfen. Die Situation änderte sich 1994, nachdem er angeblich mehrfach von Europäern, Amerikanern und Arabern besucht worden war und eine Exportfirma namens Konsojaya gegründet hatte.<sup>176</sup> Sein pakistanischer Geschäftspartner Wali Khan Amin Shah war an der Ausarbeitung eines Plans beteiligt, auf dessen Grundlage zwölf amerikanische Verkehrsflugzeuge simultan über dem Pazifik gesprengt werden sollten.<sup>177</sup> Kurz nach seiner Verhaftung in Manila im Januar 1995 gelang Shah mit Hilfe Hambalis die Flucht.<sup>178</sup>

Mitte der neunziger Jahre bildete sich um Hambali ein Kern von etwa 30 Anhängern, von denen einige nach malaysischen Angaben der KMM angehört haben sollen.<sup>179</sup> Zur gleichen Zeit dürfte es zum ersten Kontakt zwischen Hambali, Sungkar und Ba'asyir gekommen sein – ab 1997 lebten Ba'asyir und Hambali im Süden Kuala Lumpurs in unmittelbarer Nachbarschaft.<sup>180</sup>

Das Netzwerk um Ba'asyir läßt sich in eine politisch-zivilgesellschaftliche und eine militant-terroristische Ebene gliedern. Beide Ebenen sind nicht vollständig kongruent, überlagern sich jedoch zu großen Teilen. Auf der politisch-zivilgesellschaftlichen Ebene spielt der MMI die wichtigste Rolle. Der Mujaheddin-Rat wurde im August 2000 von Ngruki-Anhängern gegründet und von Ba'asyir geführt. Er engagiert sich für die Einführung der Shariah in Indonesien und unterhält Verbindungen zu islamischen Parteien und Organisationen. Auf der militant-terroristischen Ebene bilden Veteranen der Kriege in Afghanistan und in den südlichen Philippinen die gemeinsame Schnitt-

menge von JI, Laskar Mujahidin, Laskar Jundullah, AMIN und KMM. Ba'asyir bestreitet die Vorwürfe malaysischer, singapurischer und amerikanischer Behörden, der spirituelle Führer dieser Gruppe zu sein. Beweise für seine Mitwirkung an Attentaten liegen weiterhin nicht vor. Nichtsdestotrotz besitzt er vertiefte Kenntnisse über das JI-Netzwerk und seine Funktionsweise; zumindest über die Anschläge zu Weihnachten 2000 in Jakarta schien er im voraus informiert. Nach der Veröffentlichung des Geständnisses Omar al-Farouqs fanden mehrere Treffen zwischen Vertretern des MMI und der JI statt. Dabei scheint Ba'asyir offenbar von der Anwendung von Gewalt vorläufig abgeraten zu haben.<sup>181</sup>

Die militant-terroristischen Elemente der Organisation werden offenbar von einem regionalen Konsultativrat (Shura) in Malaysia koordiniert, dem bis Mitte 2001 Hambali vorgestanden haben soll. Diese Rolle übernahm dann der im Dezember 2002 von der indonesischen Polizei verhaftete Ali Gufron.<sup>182</sup> Dem Rat sind bzw. waren Zellen in Singapur und Malaysia zugeordnet. Er soll darüber hinaus die Zusammenarbeit mit KMM, MILF und indonesischen Gruppen koordinieren.<sup>183</sup> Die Organisation von Anschlägen übernehmen locker organisierte Zellen, die sich ad hoc zusammenfinden. Führungspersonen beschaffen Geld und Sprengstoff für lokale Handlanger, die kurz vor den Anschlägen oft in Koranschulen rekrutiert werden. Das indonesische Netzwerk reicht von Aceh bis Sumbawa und setzt sich aus Ehemaligen der Ngruki-Koranschule, Darul-Islam-Aktivisten mehrerer Koranschulen, Veteranen aus den Konflikten in den Molukken und Zentralsulawesi (nicht jedoch LJ-Mitgliedern) sowie Afghanistan-Veteranen zusammen. Zwischenzeitlich soll JI Dutzende von Trainingslagern in ganz Indonesien betrieben haben, bestehend aus jeweils zehn bis zwanzig Rekruten, die auf einen Einsatz in den Molukken und Zentralsulawesi vorbereitet wurden.<sup>184</sup>

In Singapur existierten bis zu deren Zerschlagung im Dezember 2001 mindestens drei JI-Zellen, von denen zwei anscheinend in Zusammenarbeit mit Al-Qaida eine Serie von Anschlägen auf westliche Ziele innerhalb des Stadtstaats geplant hatten.<sup>185</sup> Im Zusam-

<sup>176</sup> Vgl. Simon *Elegant*, Asia's Own Osama, in: Time <<http://www.time.com>> (eingesehen am 1.4.2002).

<sup>177</sup> Vgl. *Gunaratna*, Inside Al Qaeda [wie Fn. 114], S. 175. An der Finanzierung des Plans soll neben Konsojaya auch die IIRO des Bin-Laden-Schwagers Khalifa beteiligt gewesen sein. Ebd.

<sup>178</sup> Vgl. *Elegant*, Asia's Own Osama [wie Fn. 176]. Shah wurde im Dezember 1995 auf der malaysischen Insel Langkawi festgenommen und an die USA ausgeliefert.

<sup>179</sup> Vgl. *iGalaksi*, Kumpulan Mujahidin: Polis Buru Lima Orang Termasuk Bekas Jurutera, 2002, <<http://venus.igalaksi.com/warisan/isakmm15a.htm>>.

<sup>180</sup> Vgl. *Gunaratna*, Inside Al Qaeda [wie Fn. 114], S. 195.

<sup>181</sup> Vgl. *ICG*, How the Jemaah Islamiyah Network Terrorist Network Operates [wie Fn. 67], S. 4.

<sup>182</sup> Ebd., S. 3.

<sup>183</sup> Vgl. *Jane's Intelligence Review*, 14 (März 2002) 3, S. 8–11.

<sup>184</sup> Vgl. *ICG*, How the Jemaah Islamiyah Terrorist Network Operates [wie Fn. 67], S. 2.

<sup>185</sup> Zu den beabsichtigten Zielen gehörten die diploma-



menhang mit diesen Anschlägen wurde der Indonesier al-Ghozi im Januar 2002 in Manila verhaftet. Er hat sowohl eine Beteiligung an den vereitelten Attentaten in Singapur als auch eine Mitwirkung an Anschlägen in Manila im Dezember 2000 zugegeben. Al-Ghozi hatte 1997 indonesische, malaysische und singapurische Staatsbürger in einem Lager der MILF in Mindanao im Gebrauch von Sprengstoff ausgebildet.<sup>186</sup>

Unterdessen stellte man in Singapur fest, daß das JI-Netz auch nach den Festnahmen im Dezember 2001 nicht vollständig zerschlagen war. So nahmen die Behörden im September 2002 18 Personen fest, die anscheinend einen Anschlag auf die Wasserversorgung geplant hatten und dabei von Hambali koordiniert wurden.<sup>187</sup> Im November wurden in Malaysia vier Personen verhaftet, die angeblich ein Attentat auf die amerikanische Botschaft in Singapur und eine Wasser-Pipeline zwischen Malaysia und Singapur vorbereitet hatten.<sup>188</sup> Im Dezember räumten die thailändischen Sicherheitskräfte nach anfänglichen Dementis die Präsenz von JI-Mitgliedern in Thailand ein, die aus Malaysia eingereist sein sollen.<sup>189</sup>

In Malaysia gibt es nach Darstellung der Regierung sowohl autonome JI-Zellen als auch Mitglieder der sogenannten Militanten Vereinigung (KMM), die mit der JI zusammenarbeiten. Einige der seit Mitte 2001 Festgenommenen werden beschuldigt, beiden Organisationen anzugehören.<sup>190</sup> Die Regierung bezeichnet die JI daher als »zweiten Flügel der KMM«.<sup>191</sup>

Die Philippinen waren für die JI in der Vergangenheit vornehmlich als Ausbildungsstützpunkt von Bedeutung und rangierten in dieser Hinsicht gleich hinter Afghanistan. Viele der in Singapur, Malaysia und Indonesien verhafteten Mitglieder haben an-

gegeben, in Lagern der MILF ein militärisches Training durchlaufen zu haben. Nach der Eroberung des MILF-Hauptquartiers durch philippinische Truppen im Juli 2000 und dem Abschluß des Abkommens zum wirtschaftlichen Aufbau Mindanaos zwischen der MILF und der Regierung im Mai 2002 hat sich die Bedeutung der philippinischen Guerilla im JI-Netzwerk anscheinend auf vereinzelte, individuelle Kontakte reduziert. Mit der Verhaftung der Kontaktleute Dwikarna und al-Ghozi im Jahr 2002 wurden die wichtigsten Verbindungen unterbrochen.

Nach dem Fall des MILF-Hauptquartiers Camp Abu Bakr setzten sich einige dort ausgebildete JI-Mitglieder mit Hilfe Dwikarnas nach Poso in Zentralsulawesi ab. Während der indonesische Geheimdienst Behauptungen zurücknehmen mußte, daß dort auch Al-Qaida-Guerillas ausgebildet würden,<sup>192</sup> ist mittlerweile belegt, daß im April 2001 zehn Angehörige von Hambalis Gruppe nach Indonesien reisten, um am Bürgerkrieg in den Molukken teilzunehmen.<sup>193</sup> In der Folgezeit scheint sich die Zusammenarbeit zwischen der KMM und malaysischen JI-Mitgliedern auf der einen Seite sowie indonesischen Terroristen auf der anderen verfestigt zu haben. So wurden im Juni 2001 12 Malaysier und Indonesier in Westjava festgenommen, die mit Standardwaffen der indonesischen Streitkräfte trainiert hatten.<sup>194</sup> Zwei Monate später nahmen die Sicherheitskräfte in Jakarta das malaysische JI-Mitglied Taufiq Abdul Halim in Haft, das bei der vorzeitigen Zündung eines mitgeführten Sprengsatzes in einem Kaufhaus verletzt worden war. Taufiq gestand auch, an zwei Bombenanschlägen auf Kirchen in Indonesien im Juli 2001 beteiligt gewesen zu sein. Hambali selbst hatte Ende 2000 im westjavanischen Bandung Bombenattentate vorbereitet, war jedoch kurz vor der Tat untergetaucht (er wird heute in Pakistan vermutet). Unter den gefaßten Komplizen waren Afghanistan-Veteranen und Darul-Islam-Aktivist.<sup>195</sup>

tischen Vertretungen der USA, Israels, Großbritanniens und Australiens, mehrere Zweigstellen amerikanischer Firmen und eine U-Bahnstation. Ein Video, das ein Bild des Bahnhofs und Anweisungen für die Durchführung des Anschlags enthielt, war zuvor in Kabul bei einem Al-Qaida-Mitglied entdeckt worden. Ebd.

**186** Vgl. *Gunaratna*, Inside Al Qaeda [wie Fn. 114], S. 190.

**187** Vgl. The Straits Times Interactive (Singapur), <<http://straitstimes.asia1.com.sg>> (eingesehen am 20.9.2002).

**188** Vgl. The Bangkok Post, 27.11.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 27.11.2002.

**189** Vgl. Australian Broadcasting Corporation, 2.12.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 2.12.2002.

**190** Zu diesen gehörte der im September 2002 verhaftete angebliche KMM-Führer im Bundesstaat Johor, Wan Min Wan Mat. Vgl. BBC News, 27.9.2002.

**191** Vgl. FEER, 26.9.2002, S. 19.

**192** Diese Behauptung war 2002 vom Leiter des indonesischen Geheimdienstes, Hendropriyono, aufgestellt worden. Er mußte sie noch vor Ende des Jahres, anscheinend auf Druck islamistischer Vereinigungen, wieder zurücknehmen. Vgl. *Simon*, Southeast Asia and the US War on Terrorism [wie Fn. 168], S. 30.

**193** Vgl. Kompas, 1.4.2002.

**194** Vgl. Guerillas in Their Midst: The Sequel, Laksamana Portal [wie Fn. 10], 28.6.2002.

**195** Vgl. *MMI Ahyani/Suwarjono*, Petunjuk dari Bandung dan Sukabumi, in: Detik (Jakarta), 8.1.2001.

Nach dem Bombenanschlag auf Bali im Oktober 2002 galt die JI um Hambali ausländischen Beobachtern sofort als Hauptverdächtige. Sowohl die Zielgruppe des Attentats als auch die relativ aufwendige Organisation und die Herkunft des Sprengstoffs legten einen solchen Verdacht nahe. Kurz nach dem Anschlag nahm die Polizei Abu Bakar Ba'asyir wegen einer möglichen Beteiligung an den Angriffen auf Kirchen im Jahr 2000 und Planung eines Attentats auf Präsidentin Megawati in Untersuchungshaft. Aus dem indonesischen Geheimdienst verlautete indessen, Ba'asyir gehöre nicht zu den im Zusammenhang mit dem Anschlag von Bali Verdächtigten.<sup>196</sup> Die indonesische Regierung forderte die Vereinten Nationen auf, die JI auf ihre Liste terroristischer Organisationen zu setzen, nachdem die USA diesen Schritt auf nationaler Ebene vollzogen hatten. Die Weltorganisation entsprach diesem Anliegen im Oktober 2002.

Einige Wochen nach dem Anschlag auf Bali konnte die indonesische Polizei den Besitzer des bei dem Attentat verwendeten Fahrzeugs verhaften. Dieser Amrozi genannte Mann ist der Schwager al-Ghozis und der jüngere Bruder von Ali Gufron, der Hambali in der JI-Führungsriege nachgefolgt sein soll und Ende 2002 verhaftet wurde.<sup>197</sup> Ende der achtziger Jahre lernte Amrozi in Malaysia neben Ba'asyir und Sungkar auch den malaysischen Staatsbürger Imam Samudra kennen, der im November 2002 in Indonesien verhaftet wurde und mittlerweile als Drahtzieher der Anschläge von Bali gilt.<sup>198</sup> Insgesamt sind 17 Verdächtige im Zusammenhang mit den Anschlägen von Bali in Haft. Damit konnte die indonesische Polizei mit westlicher Unterstützung einen beachtlichen Fahndungserfolg verbuchen.

**196** Vgl. Muchus *Budi R.*, Mantan Kabakin: Ba'asyir Korban Konspirasi AS, in: Detik (Jakarta), 22.10.2002. Ein ehemaliger Leiter des Geheimdienstes bezeichnete Ba'asyir sogar als Opfer einer amerikanischen Verschwörung. Ebd.

**197** Vgl. Simon *Elegant*, The Family Behind the Bombings, in: timeasia, 20.11.2002.

**198** Dem Afghanistan-Veteranen Samudra wird unter anderem eine Beteiligung an den Anschlägen des Weihnachtsfestes 2000 im indonesischen Bandung vorgeworfen. Ebd.

## Verbindungen zum internationalen Terrorismus

Nach heutigem Kenntnisstand gibt es in Südostasien keine aktiven Al-Qaida-Zellen.<sup>199</sup> Zwar gilt in Expertenzirkeln Jemaah Islamiyah als Bindeglied zwischen Al-Qaida und nationalem sowie regionalem Terrorismus,<sup>200</sup> doch wie diese Partnerschaft im einzelnen funktioniert, ist bisher nicht bekannt. Die folgenden Erkenntnisse ergeben lediglich ein sehr grobes Raster.

Die Kontakte Hambalis zu Gama'a al-Islam und Al-Qaida erscheinen besonders brisant, diesbezügliche Indizien stützen sich jedoch lediglich auf die Telefonüberwachung durch regionale Nachrichtendienste. Hambali hatte Ende der achtziger Jahre in Afghanistan gelebt und seinen Anhängern später von Treffen mit bin Laden berichtet.<sup>201</sup> Seine Beteiligung an der Planung der Anschlagsserie auf amerikanische Verkehrsflugzeuge – finanziert von der Organisation des Schwagers bin Ladens und koordiniert von einem der Attentäter auf das World Trade Centre von 1993 – lassen auf enge Kooperation seit den frühen neunziger Jahren schließen.<sup>202</sup> Im Januar 2000 wies er den Malaysier Yazid Sufaat an, zwei späteren Todespiloten des 11. September Unterschlupf zu gewähren.<sup>203</sup>

Yazid Sufaat erscheint als zweites Bindeglied zwischen JI und Al-Qaida. Der frühere Leutnant der königlich-malaysischen Armee soll im September 2000 mit dem französischen Staatsbürger Zakarias Moussaoui zusammengetroffen sein und ihm dabei 35 000 US-Dollar übergeben haben. Moussaoui hätte als der zwanzigste Attentäter in das World Trade Centre fliegen sollen, war aber kurz vor dem Anschlag aufgrund eines Verdachts seiner Fluglehrer in Minnesota verhaftet worden.<sup>204</sup> Ende 2000 soll Yazid für die von der JI in Singapur geplanten Attentate vier Tonnen Ammoniumnitrat beschafft haben. Im Dezember

**199** Ein 2002 von Singapurs »elder statesman« Lee Kuan Yew zitiertes Dokument, das Angaben über eine Al-Qaida-Zelle in Surakarta, Mitteljava, enthielt, war offenkundig gefälscht. Vgl. Andreas *Harsono*, Di Balik Ketegangan Indonesia-Singapura, April 2002 (Pantau Tahun III, Nr. 24), <<http://www.pantau.or.id>>. Das Dokument enthielt gefälschte Adressen und Namen von Personen, von denen nachweislich nur der im Januar 2002 in Manila verhaftete Fathur Rahman al-Ghozi existierte.

**200** Vgl. FEER, 3.10.2002, S. 18.

**201** Vgl. *Elegant*, Asia's Own Osama [wie Fn. 176].

**202** Ebd.

**203** Ebd.

**204** Vgl. International Herald Tribune, 1.2.2002, S. 4.

2001 wurde er bei der Rückkehr von einem mehrmonatigen Aufenthalt in Afghanistan festgenommen.

Im Juni 2002 wurde der Kuwaiti Omar al-Farouq, augenscheinlich ein drittes Bindeglied, in Indonesien verhaftet. Er wurde an die USA ausgeliefert und drei Monate lang in Isolationshaft unter Schlafentzug befragt. Al-Farouq gab an, von hohen Al-Qaida-Funktionären mit einer Anschlagserie auf amerikanische Botschaften beauftragt worden zu sein, die trotz seiner Festnahme durchgeführt werden könnte. Diese Aussagen veranlaßten die USA im September 2002 zu einer vorübergehenden Schließung ihrer Auslandsvertretungen in mehreren südostasiatischen Staaten.<sup>205</sup>

Unter Berufung auf ein CIA-Dokument veröffentlichte Time Magazine ein Geständnis, demzufolge al-Farouq ein regionaler Al-Qaida-Repräsentant war, dem Ba'asyir die Zusammenarbeit der JI angeboten habe. Darüber hinaus sei er für sämtliche zum Weihnachtsfest 2000 in Indonesien durchgeführten Anschläge auf Kirchen verantwortlich, am Aufbau von Laskar Jundullah beteiligt und habe Attentate auf die amerikanische Botschaft in Jakarta (Oktober 2000) und auf ein Schiff der US-Marine (Mai 2002) geplant. Schließlich soll er zweimal versucht haben, Präsidentin Megawati umzubringen. Zumindest letztere Aussage erscheint mittlerweile als fragwürdig.<sup>206</sup> In Indonesien wird daher der Wahrheitsgehalt des gesamten Dokuments angezweifelt; Ba'asyirs MMI hat angekündigt, Time, den CIA und den indonesischen Geheimdienst wegen Verleumdung verklagen zu wollen.<sup>207</sup>

Al-Farouq hat neben mehreren Indonesiern sechs Ausländer als Komplizen benannt, darunter den arabischstämmigen deutschen Staatsbürger Seyam Reda, allerdings nicht Hambali. Bei der Verhaftung Redas in Jakarta im September 2002 wurden Videokassetten gefunden, auf denen al-Farouq identifiziert worden sein soll.<sup>208</sup> Reda hatte sich in den neunziger

Jahren in Bosnien-Herzegowina aufgehalten und war offenbar im Juli 2002 nach Indonesien gereist.

Die Aussage al-Farouqs und die anschließenden Verhaftungen kamen den USA und den Nachbarstaaten Indonesiens gelegen. Seither hat der Druck auf die indonesische Regierung zugenommen, aktiver gegen vermeintliche Terroristen im Lande vorzugehen.<sup>209</sup> Die Streitkräfte ließen nach dem Geständnis al-Farouqs und der Festnahme Redas verlauten, sich künftig am Antiterror-Kampf der Regierung beteiligen zu wollen.<sup>210</sup> Die Anschläge auf Bali taten ein Übriges.

**205** Vgl. Time, 15.9.2002.

**206** Vgl. FEER, 3.10.2002, S. 18. Bei einer der in dem Time-Artikel als Attentatsversuch bewerteten Explosionen war die Bombe im August 2001 angeblich vorzeitig in einem Einkaufszentrum detoniert. Unter Experten gilt es mittlerweile als gesichert, daß es sich hier um einen JI-Racheakt für Angriffe christlicher Milizen auf Moslems handelte. Ziel der Operation war eine am Tag des Anschlags in dem Gebäude stattfindende Spendensammlung von Christen für Glaubensbrüder in den Molukken. Vgl. ICG, How the Jemaah Islamiyah Network Operates [wie Fn. 67], S. 24.

**207** Vgl. Tempo Interactive, <<http://www.tempo.co.id>> (eingesehen am 28.9.2002).

**208** Vgl. Frankfurter Rundschau, 30.9.2002, S. 4.

**209** Vgl. FEER, 3.10.2002, S. 18.

**210** Vgl. The Jakarta Post, 3.10.2002.

## Regionale und internationale Politik

Der 11. September 2001 und die Proklamierung einer südostasiatischen »zweiten Front« durch die USA haben in der Region und im weiteren Umfeld zu einer beispiellosen Intensivierung nachrichtendienstlicher und anderer Kontakte geführt. Sowohl die Gemeinschaft Südostasiatischer Staaten (Association of Southeast Asian Nations, ASEAN<sup>211</sup>) als auch das transpazifische ASEAN Regional Forum (ARF<sup>212</sup>) und andere multilaterale Organisationen<sup>213</sup> haben Pläne und Absichtserklärungen für eine Koordinierung ihrer Politiken vorgelegt. Washington hat seine diesbezügliche Zusammenarbeit bilateral ebenso wie multilateral intensiviert. Dabei sind sowohl innerhalb der regionalen Organisationen als auch in den jeweiligen Beziehungen zu den USA erste Sollbruchstellen erkennbar geworden.

### ASEAN

Die militärische und nachrichtendienstliche Zusammenarbeit zwischen einzelnen ASEAN-Staaten wurde infolge der Anschläge von Washington und New York ausgebaut. Malaysia und Indonesien hatten diesbezüglich schon vor dem 11. September Verhandlungen vereinbart.<sup>214</sup> Gemeinsam mit den Philippinen schlossen sie im Mai 2002 ein erstes subregionales Abkommen über den Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse, und Singapur versorgte die Partner fortan mit eigenen Informationen über terroristische Aktivitäten. Im Oktober 2001 und im Mai 2002 veranstalteten Malaysia und die Philippinen gemeinsame Seemanöver zur Bekämpfung von Terrorismus und Piraterie. Ebenfalls im Mai 2002 verein-

**211** Mitglieder: Birma, Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam.

**212** Mitglieder: Australien, Birma, Brunei, China, Indien, Indonesien, Japan, Kambodscha, Kanada, Laos, Malaysia, Mongolei, Neuseeland, Nordkorea, Papua-Neuguinea, Philippinen, Rußland, Singapur, Südkorea, Thailand, USA, Vietnam.

**213** Darunter die Asiatisch-Pazifische Wirtschaftszusammenarbeit (Asia-Pacific Economic Cooperation, APEC) und die Asia-Europe Meetings (ASEM).

**214** Vgl. Reuters, 28.8.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 29.8.2001.

barten Kuala Lumpur, Jakarta und Manila gemeinsame antiterroristische Maßnahmen inklusive grenzüberschreitender Operationen.<sup>215</sup> Thailand trat dem Abkommen wenig später bei. Kurz darauf präsentierten die ASEAN-Innenminister den Entwurf eines »Aktionsplans« für eine verbesserte Zusammenarbeit gegen den Terrorismus.<sup>216</sup>

Dergleichen Aktivismus kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit den zusätzlichen Informationen in sehr unterschiedlicher Weise umgegangen wurde. So kam es während eines Außenministertreffens der ASEAN im Februar 2002 beinahe zum Eklat, nachdem Singapur und Malaysia die indonesische Führung vergeblich aufgefordert hatten, auf Hinweise bezüglich terroristischer Aktivitäten im Lande zu reagieren.<sup>217</sup> Ende 2002 kritisierte der ehemalige Oberbefehlshaber des amerikanischen Pazifikkommandos, Dennis Blair, sowohl die ASEAN als auch das ARF für ihr schleppendes Koordinierungstempo in Fragen des Terrorismus und verlangte die Schaffung einer »multilateralen Sicherheitsgemeinschaft«.<sup>218</sup>

Die ASEAN verfügt angesichts der Heterogenität der in ihr vereinten politischen Systeme trotz wachsender Institutionalisierung über eine verhältnismäßig geringe Integrationstiefe, und alle Versuche, das Prinzip der gegenseitigen Nichteinmischung zu überwinden, sind in den letzten Jahren regelmäßig gescheitert.<sup>219</sup> Es bleibt abzuwarten, ob regionale Integration unter den veränderten Vorzeichen neue Impulse erhält. Die bisherigen Indizien sind nicht unbedingt ermutigend. So scheiterten die ASEAN-Mitglieder auf ihrem Gipfel von Brunei im November 2001 bei dem Versuch, einen gemeinsamen Standpunkt zur amerikanischen Intervention in Afghanistan zu formulieren. Eine Willenserklärung der ASEAN-Heereskommandeure im selben

**215** Vgl. The Jakarta Post, 2.5.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 2.5.2002.

**216** Vgl. FEER, 30.5.2002, S. 10.

**217** Vgl. The Age (Melbourne), zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 21.2.2002.

**218** Vgl. The Straits Times, 9.12.2002, zitiert in: ebd., 9.12.2002.

**219** Vgl. Kay Möller, Pacific Sunset. Vom vorzeitigen Ende des ostasiatischen Jahrhunderts, unveröffentlichte Studie, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2002, S. 31–37.

Monat über die Koordinierung ihrer antiterroristischen Aktivitäten blieb vage.<sup>220</sup> Regionale Vereinbarungen in diesem Bereich werden deshalb kaum über punktuelle technische Maßnahmen hinausgehen.<sup>221</sup>

Ersatzweise haben die USA nicht nur Südostasien als Interessengebiet, sondern auch die ASEAN als kollektiven Partner wiederentdeckt. Im August 2002 unterzeichneten sie eine Gemeinsame Erklärung zur Bekämpfung des Terrorismus mit der Zehnergemeinschaft, in deren Mittelpunkt der Austausch nachrichtendienstlicher Informationen und Maßnahmen zur Austrocknung terroristischer Finanzquellen stehen.<sup>222</sup>

Nichtsdestotrotz liegt der Schwerpunkt der amerikanischen Bemühungen um den Aufbau einer »zweiten Front« auf der Ebene bilateraler Beziehungen. Die Ergebnisse dieser Bemühungen sind angesichts der unterschiedlichen Interessenlagen der betroffenen Partner durchaus unterschiedlich ausgefallen.

## Die USA

Die Wiederentdeckung Südostasiens als strategisch vitale Region durch die USA kann als historische Umorientierung interpretiert werden. Washington hatte sich nach der durch den Senat in Manila erzwungenen Schließung seiner philippinischen Basen 1992 darauf beschränkt, die wichtigsten Seeverkehrswege zu kontrollieren und den Zugang zu den regionalen Märkten sicherzustellen. Die Allianzen mit Manila und Bangkok verloren an Bedeutung. Bereits in den achtziger Jahren hatten die USA darauf verzichtet, die zumeist autoritären Regime der Region auch nach innen abzusichern.

Seit dem 11. September 2001 hat in der amerikanischen Administration ein Umdenken begonnen, das neben nachrichtendienstlichen Auswertungen ziviler nun auch zu einer verstärkten Berücksichtigung militärischer Aspekte geführt hat. So erwähnt die Quadrennial Defense Review des Pentagon erstmals die »ostasiatische Küste zwischen der Bucht von Bengalen und der Japan-See« als strategisch bedeutsame Region, ein Synonym für Südostasien. In dieser Region sollen

unter anderem mit Hilfe zusätzlicher Flugzeugträger strategische Schifffahrtswege vor einem nicht genannten potentiellen Aggressor geschützt werden.<sup>223</sup> Zumindest als Nebeneffekt der Antiterror-Kampagne schließt sich mit Eröffnung der »zweiten Front« ein Ring aus amerikanischen Allianzen und Partnerschaften um den in der Administration identifizierten kommenden Herausforderer der USA: die Volksrepublik China.

Während es keiner besonderen Anstrengung bedurfte, das ethnisch wie strategisch exponierte Singapur und den alten Verbündeten Thailand für die Antiterror-Koalition zu gewinnen,<sup>224</sup> war gegenüber *Malaysia* demonstratives Entgegenkommen erforderlich. Hier hatten die USA seit den späten neunziger Jahren Menschenrechtsverletzungen kritisiert und politisch motivierte Festnahmen beanstandet. Seit dem 11. September ist diese Kritik nicht nur verstummt – die Administration gratulierte der Regierung Mahathir im Februar 2002 sogar zur Festnahme verdächtigter Terroristen.<sup>225</sup> Malaysia hat den USA nachrichtendienstliche Erkenntnisse zur Verfügung gestellt und den eigenen Luftraum geöffnet. Im Juni 2002 nahmen amerikanische Einheiten an einer Übung malaysischer Truppen teil. Washington will in Kuala Lumpur ein regionales Ausbildungszentrum für den Antiterror-Kampf gründen. Verteidigungsminister Donald Rumsfeld lobte das Ausmaß der neuen Zusammenarbeit, und auch Premierminister Mahathirs innenpolitisch motivierte Kritik an der Intervention der USA in Afghanistan konnte der neuen Herzlichkeit keinen Abbruch tun. Kuala Lumpur lehnt Antiterror-

<sup>223</sup> Vgl. *U.S. Department of Defense* (Hg.), *Quadrennial Defense Review Report*, Washington, D.C.: Government Printing Office, 2001, S. 4.

<sup>224</sup> Singapur hat die amerikanischen Operationen in Afghanistan durch die Genehmigung einer Nutzung seiner Flugplätze unterstützt und Geheimdienstinformationen geliefert. Amerikanische Schiffe patrouillieren seit September 2001 in der Malakka-Straße. Thailand räumte den amerikanischen See- und Luftstreitkräften nach anfänglichem Zögern Zugang zu militärischen Anlagen und Überflugrechte ein. Vgl. *Martin Wagener*, *Second Front. Die USA, Südostasien und der Kampf gegen den Terrorismus*, Trier: Universität Trier, Zentrum für Ostasien-Pazifikstudien, Oktober 2002 (Occasional Paper Nr. 16). Die jährlichen »Cobra-Gold«-Manöver mit Thailand wurden um Antiterror-Szenarien erweitert. Vgl. *The Bangkok Post*, 16.11.2001, zitiert in: *Asia-Pacific Media Brief*, 20.11.2001.

<sup>225</sup> Vgl. *U.S. Department of State*, Pressemitteilung (Washington, D.C.), <<http://www.state.gov>> (eingesehen am 2.9.2002).

<sup>220</sup> Vgl. *The Straits Times*, 15.11.2001, zitiert in: *Asia-Pacific Media Brief*, 15.11.2001.

<sup>221</sup> Auf dem Brunei-Gipfel wurden gemeinsame Übungen der Streitkräfte zur Abwehr von Terroristen erörtert. Vgl. *Reuters*, 16.11.2001, zitiert ebd., 20.11.2001.

<sup>222</sup> Vgl. *United States of America-ASEAN Joint Declaration for Cooperation to Combat International Terrorism*, Washington, D.C.: Department of State, 1.8.2002.

Operationen der Vereinigten Staaten auf eigenem Boden allerdings ab.<sup>226</sup>

Zu den wohl spektakulärsten Entwicklungen in diesem Zusammenhang kam es in den Beziehungen zu den Philippinen. Dort hatte die Abu Sayyaf im Mai 2001 zwei US-Bürger als Geiseln genommen und einen weiteren Amerikaner ermordet. Im November 2001 vereinbarten George Bush Jr. und Gloria Macapagal-Arroyo die Durchführung einer gemeinsamen Militärübung im Süden der Philippinen. Darüber hinaus erhielt Manila Zusagen über Militärhilfe im Wert von 92,3 Millionen US-Dollar.<sup>227</sup>

Die Übung »Balikatan (»Schulter an Schulter«) 2002-01« wurde vom 1. Februar bis 31. Juli 2002 durchgeführt. Dabei trainierten 660 amerikanische Soldaten 3800 Angehörige der philippinischen Streitkräfte im Umgang mit Schusswaffen, Taktik und Navigation. Im Gegenzug wurden GIs zum Überleben im Dschungel ausgebildet. Weitere 340 amerikanische Soldaten sollten die militärische Infrastruktur in den südlichen Philippinen verbessern.<sup>228</sup> Erst ab Juni begleiteten Amerikaner ihre Verbündeten in von der Abu Sayyaf kontrollierte Gebiete. Es gelang ihnen zwar nicht, einzelne Guerillaformationen zu zerschlagen, aber eine amerikanische Geisel konnte befreit werden, und einer der Rebellenführer wurde getötet. Ende Juni kam es zu intensiven Gefechten auf Jolo, in deren Folge mehrere Lager eingenommen wurden. »Balikatan 2002-01« bewirkte somit eine weitere Fragmentierung der Abu Sayyaf. Deren Neuformation wurde durch ständigen Fahndungsdruck erschwert.

Parallel zu diesem Antiterror-Einsatz fand im Norden der Philippinen das (routinemäßige) Manöver »Balikatan-2002-02« statt, an dem 2700 amerikanische und ebenso viele philippinische Soldaten beteiligt waren.

Im August 2002 besuchte US-Außenminister Colin Powell Manila und sagte weitere 55 Millionen US-Dollar Militärhilfen zu.<sup>229</sup> Darüber hinaus wird das Engagement vor Ort fortgesetzt. Während 270 GIs nach dem Ende von »Balikatan 2002-01« in Zamboanga verblieben, trainierten Amerikaner und Filipinos bereits im Oktober wieder im nördlichen Luzon. Für den Süden ist eine weitere Antiterror-Übung geplant.

<sup>226</sup> Vgl. FEER, 21.11.2002, S. 14.

<sup>227</sup> Vgl. *Wurfel*, *The Philippines: Collateral Damage in the War on Terrorism?* [wie Fn. 148].

<sup>228</sup> Dabei wurden 80 km Straße, drei Metallbrücken und vier Brunnen gebaut. Außerdem wurden mehrere Hub-schrauberlandeplätze ausgebaut.

<sup>229</sup> Vgl. *The Philippine Star*, 4.8.2002.

Führende Offiziere beider Seiten hatten im Juni 2002 die Ausarbeitung eines antiterroristischen Fünfjahresplans vereinbart.<sup>230</sup>

Indonesien war und bleibt das schwächste Glied in der regionalen Koalition. Zwar hatte Megawati Sukarnoputri die Anschläge des 11. September aufs schärfste verurteilt und amerikanischen Militärflugzeugen im Zusammenhang mit den Operationen in Afghanistan Überflugrechte eingeräumt. Wenig später aber löste sie mit ihrer Kritik an denselben Operationen und ihrer Passivität angesichts einer wachsenden anti-amerikanischen Polemik im Lande in Washington Irritationen aus.<sup>231</sup> Während indonesische Extremisten zunächst ungeschoren blieben, traf sich Vizepräsident Hamzah Haz mit dem Laskar-Jihad-Führer Jafar Umar Thalib und dem vermeintlichen JI-Führer Abu Bakar Ba'asyir und erklärte im Anschluß, daß Indonesien kein Terrorismus-Problem habe.<sup>232</sup> Haz hatte zuvor die Anschläge des 11. September als Ergebnis von außenpolitischen Fehlern der USA interpretiert.<sup>233</sup> Erstmals im Juni 2002 wurden einheimische und malaysische Extremisten verhaftet. Es bedurfte der Anschläge auf Bali vom Oktober 2002, um die Regierung zu einem entschiedeneren Vorgehen zu veranlassen.

Der stellvertretende amerikanische Verteidigungsminister und ehemalige Botschafter in Jakarta, Paul Wolfowitz, hatte früh auf eine Einbindung Jakartas in die internationale Antiterror-Koalition gedrängt.<sup>234</sup> Dieses Vorhaben war durch das sogenannte Leahy-Amendment von 1999 erschwert, das in Folge von Massakern in Osttimor jegliche militärische Zusammenarbeit mit Indonesien untersagte.<sup>235</sup> Da das im August 2002 in Jakarta einberufene Menschenrechts-Tribunal für Osttimor keine besondere Eile an den Tag legte,<sup>236</sup> war die Bush-Administration bestrebt, das

<sup>230</sup> Vgl. Joint Statement by the Philippine-US Mutual Defence Board, US Pacific Command, Honolulu, <<http://www.pacom.mil>> (eingesehen am 27.6.2002).

<sup>231</sup> Vgl. FEER, 18.10.2001, S. 12.

<sup>232</sup> Vgl. *Marvin Ott*, *US-Southeast Asia Relations: Building for the Long Term*, in: *Comparative Connections*, 4 (Juli 2002) 2, S. 56, <[www.csis.org](http://www.csis.org)>.

<sup>233</sup> Vgl. *The Washington Post*, 14.5.2002, S. A17.

<sup>234</sup> Vgl. FEER, 8.11.2001, S. 23.

<sup>235</sup> Indonesische Offiziere durften bereits seit einem 1991 begangenen Massaker in Osttimor nicht mehr am Internationalen Militär- und Ausbildungsprogramm (International Military and Education Training Programme, IMET) der USA teilnehmen.

<sup>236</sup> Bis Ende 2002 wurden lediglich der letzte Gouverneur von Osttimor und ein osttimoresischer Milizenführer zu Haft-

Leahy-Amendment unter Berufung auf ihre neuen Antiterror-Gesetze zu umgehen. Schon während Megawatis Washington-Besuch im September 2001 war die Wiederherstellung der Militärbeziehungen in Aussicht gestellt worden.<sup>237</sup> Im April 2002 reiste eine Delegation des Pentagon nach Jakarta, und kurze Zeit später trafen sich die Verteidigungsminister beider Seiten in Washington. Dabei sprach sich der indonesische Ressortchef Matori Abdul Djilil zwar für eine Wiederaufnahme des militärischen Austauschs, aber gegen den Einsatz von US-Truppen im Lande aus.<sup>238</sup>

Eine Beteiligung amerikanischer Schiffe an indonesischen Marinemanövern im Mai 2002 wurde als »humanitäre Zusammenarbeit« beschrieben.<sup>239</sup> Finanzielle Zuwendungen im Rahmen der Antiterror-Kampagne sollen vornehmlich an die indonesische Polizei fließen. Diese erhielt im August Zusagen über 47 Millionen US-Dollar. Das Militär soll 4 Millionen US-Dollar für Ausbildungszwecke erhalten.<sup>240</sup>

strafen verurteilt, die im Falle des Gouverneurs sehr milde ausfiel. Zehn Angehörige der Sicherheitskräfte wurden freigesprochen; acht Offiziere warten noch auf ihr Verfahren.

**237** Vgl. The Jakarta Post, 27.9.2001.

**238** Vgl. The Washington Post, 14.5.2002, S. A5.

**239** Vgl. CARAT Indonesia 2002, in: US Navy, Commander Logistics Group Western Pacific, Singapur, September 2002, <[http://www.clwp.navy.mil/carat/indonesia/carat\\_indonesia\\_2002.htm](http://www.clwp.navy.mil/carat/indonesia/carat_indonesia_2002.htm)>.

**240** Vgl. The Washington Post, 3.8.2002, S. A15. Die Auszahlung könnte sich nach dem Freispruch von sechs Angeklagten durch das Osttimor-Tribunal im September 2002 allerdings verzögern.

## Bin Ladens Zweite Front?

Islamistischer Terrorismus ist in Südostasien kein neues Phänomen, und die Wurzeln reichen im Fall der Philippinen weit in die Geschichte zurück. Sozialer Abstieg und Repression haben die Entstehung militanter Gruppen wie anderswo auch begünstigt. Viele von diesen waren ursprünglich entstanden, um vom Staat nicht befriedigte soziale Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerungsteile zu bedienen. Heute gibt es in einigen Fällen personelle Überlappungen zwischen militanten und zivilgesellschaftlichen Organisationen, im Einzelfall auch mit politischen Parteien sowie mit aktiven oder ausgeschiedenen Angehörigen der Sicherheitsapparate. Bei aller Schwierigkeit, ein abschließendes Urteil über die Resonanz militanter Gruppierungen in der jeweiligen Gesellschaft zu fällen, kann man weiterhin davon ausgehen, daß die überwiegende Mehrheit der südostasiatischen Moslems, der sie vertretenden Organisationen und Parteien gemäßigt ist. Auch gibt es weiterhin keine Beweise für die Existenz aktiver Al-Qaida-Zellen in der Region.

Nichtsdestotrotz haben internationale terroristische Gruppen versucht, die seit langem instabile Lage im Süden der Philippinen, Malaysias prekäre ethnische Balance und – seit 1998 – die Schwächung der Regierung in Jakarta für ihre Zwecke auszunutzen. Dabei ging es sowohl um die Schaffung von Rückzugsgebieten als auch um die Herausforderung der USA und ihrer Verbündeten jenseits von Afghanistan.

Wenn dieser Versuch bis heute nur bedingt erfolgreich war, dann zum einen aufgrund der oben beschriebenen generellen Marginalisierung extremistischer Kräfte und zum anderen, weil diese sowohl in ihrer sozialpolitischen (etwa Laskar Jihad in Indonesien) als auch in ihrer separatistischen Variante (etwa die GAM in Aceh) wenig Interesse daran haben konnten, es sich neben den eigenen Regierungen auch noch mit der ganzen westlichen Welt zu verscherzen. Das hat im Einzelfall eine – durch moderne Kommunikationsmittel begünstigte – Zusammenarbeit in Ausbildungs- und Finanzierungsfragen nicht behindert, aber sogar die philippinische MILF, in deren Fall es zahlreiche Hinweise auf Kontakte zu Al-Qaida gab, scheint der Realisierung ihrer lokalen Anliegen letztlich Priorität einzuräumen.

Die mögliche Ausnahme von dieser Regel bildet das regionale Terrornetzwerk Jemaah Islamiyah, das aber ähnlich wie das indonesische Komando Jihad und andere von nationalen Sicherheitskräften manipulierte Phänomene zu einer *self-fulfilling prophecy* geworden zu sein scheint. Solche von staatlichen Organen begünstigten oder erfundenen Organisationen sollten ursprünglich eine Gefährdung der inneren Sicherheit suggerieren und haben sich anschließend häufig verselbständigt. Dem ist mit militärischen und polizeilichen Mitteln so lange nicht beizukommen, wie lokale Konflikte sowohl Rückzugsräume als auch personellen und materiellen Nachschub ermöglichen. Die erneute Militarisierung der amerikanischen Südostasien-Politik könnte sich durchaus als kontraproduktiv erweisen, wenn sie, etwa über eine Stärkung der jeweiligen Streitkräfte im Innern, zusätzlich zur Eskalation solcher Konflikte beiträgt.

Diese Militarisierung hat sich schon heute insofern nachteilig ausgewirkt, als autoritäre Regime der Region nun erneut auf Rückhalt durch die USA zählen können. Vor den Anschlägen von New York reichte das Spektrum der politischen Reaktionen von Versuchen der Kooption (Philippinen) bis zur entschlossenen Bekämpfung (Malaysia). Seither überwiegt wieder die Praxis der Repression. Die betreffenden Regime riskieren aber zunehmend, sich großen Teilen ihrer islamischen Bevölkerung zu entfremden. Darüber hinaus verhindern sie offensichtlich jene vertiefte regionale Integration, die tragfähige, autonome Lösungen des Sicherheitsdilemmas ermöglichen könnte. Regionale antiterroristische Kooperation erscheint bisher als Verlegenheitslösung.

Sowohl angesichts der Qualität regionaler Zusammenarbeit als auch der teilweisen Unzulänglichkeiten der nationalen Sicherheitskräfte bestehen kurzfristig kaum Alternativen zur Rückkehr der USA als »regionalem Polizisten«. Es ist allerdings eine Binsenweisheit, daß kurzfristige sicherheitstechnische Maßnahmen um langfristige sozioökonomische Hilfen ergänzt werden müssen, wenn sie nicht verpuffen oder gar den gegenteiligen Effekt erzielen sollen. Ein Land wie Indonesien könnte bei anhaltender Verarmung großer Bevölkerungsteile in der Tat zur Brutstätte eines lokalen und grenzüberschreitenden Terrorismus



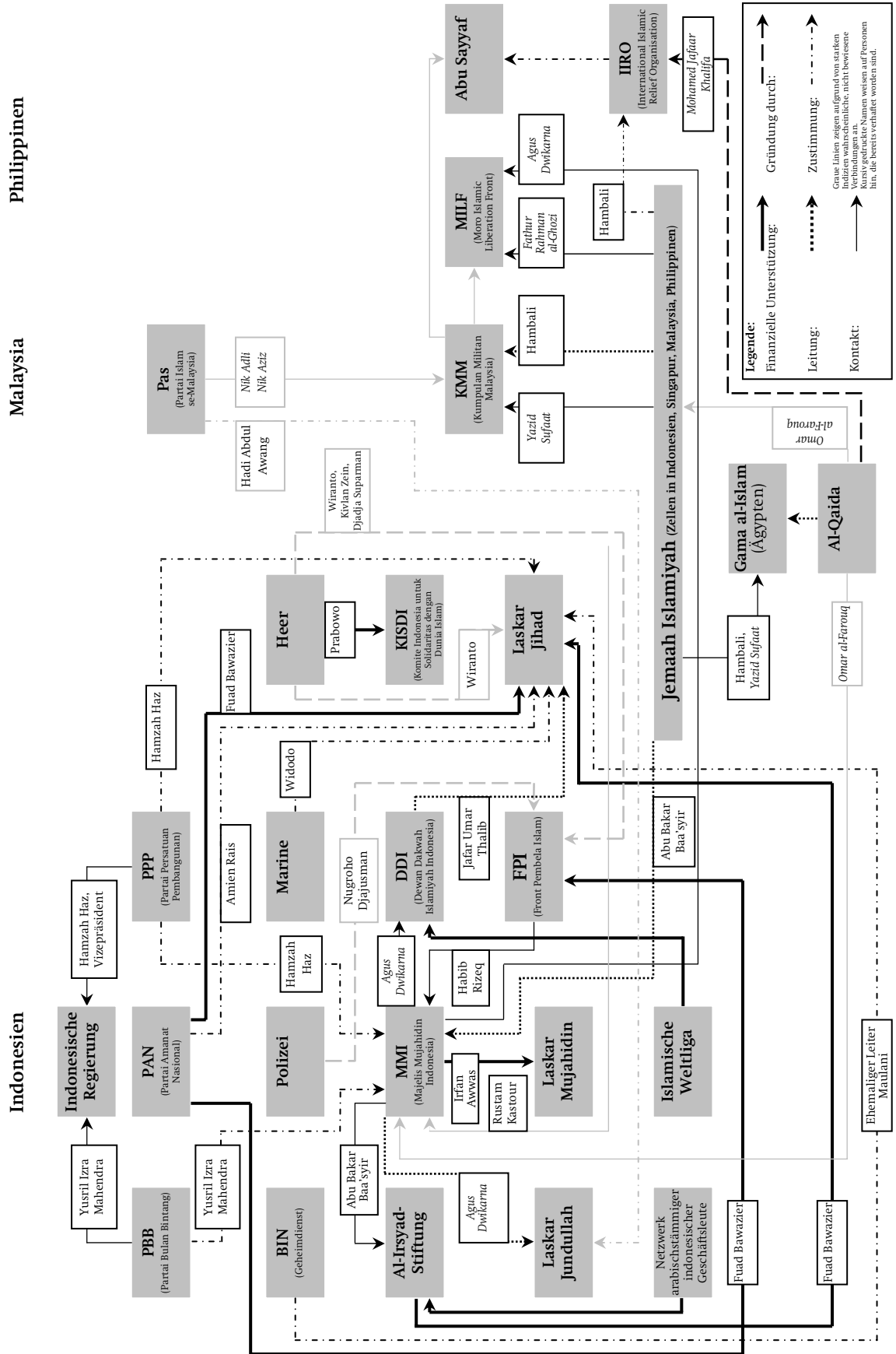
werden. Auf diesem Gebiet, aber auch bei der erforderlichen Herstellung eines gesamtgesellschaftlichen demokratischen Konsenses, könnten die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten eine wichtigere Rolle wahrnehmen. Auf Sicherheitspolitik allein lässt sich insbesondere unter schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen mittelfristig keine Legitimität begründen.



Anhang



Schaubild: Die Vernetzung islamistischer Gruppierungen im Kräftefeld von Politik und Zivilgesellschaft in Südostasien, 1998–2002

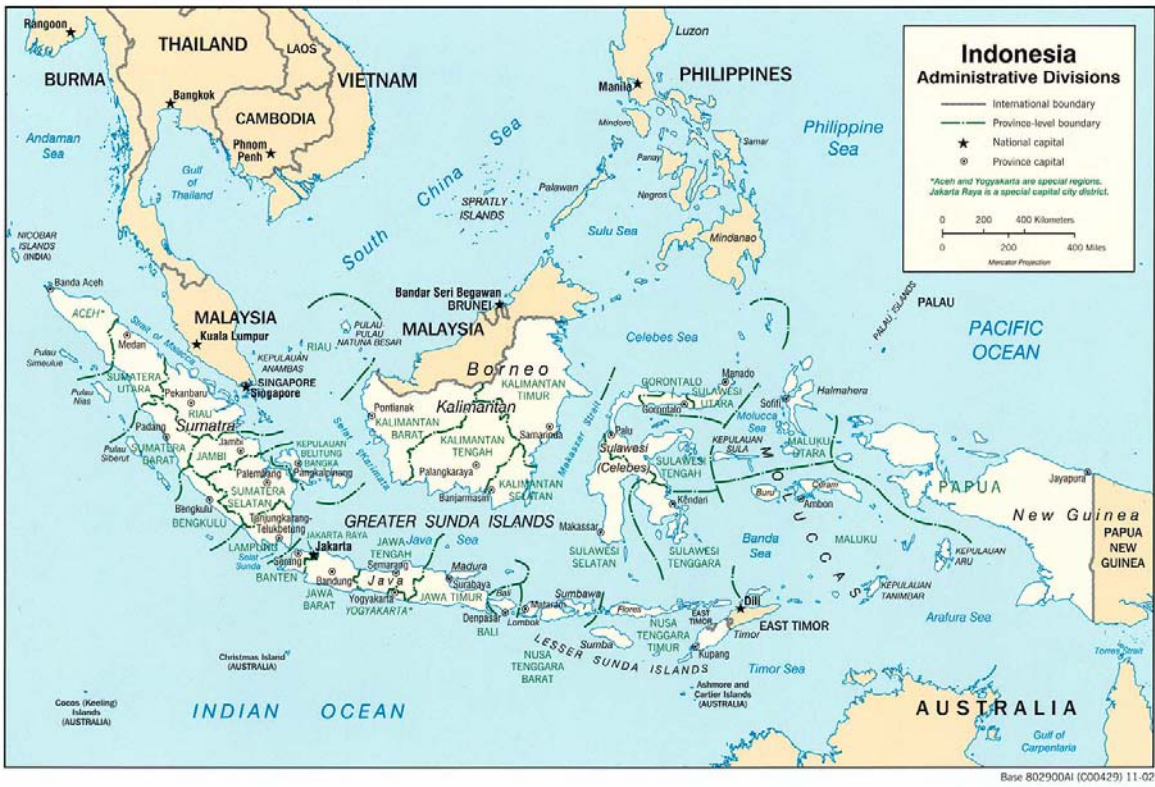


Karte 1  
Südostasien



Quelle: Kartensammlung der Universität Texas im Internet,  
[http://www.lib.utexas.edu/maps/middle\\_east\\_and\\_asia/southeastasia\\_ref00.pdf](http://www.lib.utexas.edu/maps/middle_east_and_asia/southeastasia_ref00.pdf).

Karte 2  
Indonesien



Quelle: Kartensammlung der Universität Texas im Internet,  
[http://www.lib.utexas.edu/maps/middle\\_east\\_and\\_asia/indonesia\\_adm\\_2002.jpg](http://www.lib.utexas.edu/maps/middle_east_and_asia/indonesia_adm_2002.jpg).

Karte 3  
Die Malaiische Halbinsel



Quelle: Flags of the World, [http://www.fotw.ca/misc/my\(w.gif](http://www.fotw.ca/misc/my(w.gif).



Karte 4  
Die Philippinen



Quelle: Kartensammlung der Universität Texas im Internet,  
[http://www.lib.utexas.edu/maps/cia02/philippines\\_sm02.gif](http://www.lib.utexas.edu/maps/cia02/philippines_sm02.gif).

## Abkürzungsverzeichnis

ABIM	Angkatan Belia Islam Malaysia (Malaysisch-Islamische Jugendbewegung)	KOMPAK	Komite Penanggulangan Krisis (Krisenbewältigungskomitee; Indonesien)
AMIN	Angkatan Mujahidin Islam Nusantara (Front Islamischer Mujaheddin des Archipels; Indonesien)	KOPASSUS	Komando Pasukan Khusus (Spezialkräfte der Heeres, Indonesien)
APEC	Asia-Pacific Economic Cooperation	KOSTRAD	Komando Cadangan Strategis Angkatan Darat, (Strategische Reserve des Heeres Angkatan Darat)
ARF	ASEAN Regional Forum	KPSI	Komite Penegakan Syariat Islam (Komitee zum Aufbau der Shariah; Indonesien)
ARMM	Autonomous Region of Muslim Mindanao (Philippinen)	LJ	Laskar Jihad (Miliz des Heiligen Krieges; Indonesien)
ASEAN	Association of Southeast Asian States	Ljd	Laskar Jundullah (Miliz der Soldaten des Gottesheeres; Indonesien)
ASEM	Asia-Europe Meetings	LM	Laskar Mujahidin (Miliz der Gotteskrieger; Indonesien)
BA	Barisan Alternatif (Alternative Front; Malaysia)	LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam (Sri Lanka)
BAIS	Badan Intelijen Strategis (Militärgeheimdienst; Indonesien)	Masyumi	Majelis Syuro Muslimin Indonesia (Rat der Indonesischen Anhänger des Islam)
BIAF	Bangsamoro Islamic Armed Forces (Islamische Bewaffnete Truppen der Moro-Nation; Philippinen)	MILF	Moro Islamic Liberation Front (Moro Islamische Befreiungsfront; Philippinen)
BIN	Badan Intelijen Negara (Nationaler Geheimdienst; Indonesien)	MIM	Moro Independence Movement (Moro-Unabhängigkeitsbewegung)
BN	Barisan Nasional (Nationale Front; Malaysia)	MIS	Mindanao Islamist State (Islamistischer Staat Mindanao)
CIA	Central Intelligence Agency	MMI	Majelis Mujahidin Indonesia (Mujaheddin-Rat Indonesiens)
CIDES	Centre for Information and Development Studies (Indonesien)	MNLF	Moro National Liberation Front (Moro Nationale Befreiungsfront)
DAP	Democratic Action Party (Malaysia)	NEP	New Economic Policy (Malaysia)
DDI	Dewan Dakwah Islamiyah Indonesia (Islamischer Predigerrat Indonesiens)	NII	Negara Islam Indonesia (Islamstaat Indonesien)
FEER	Far Eastern Economic Review	NPA	New People's Army (Neue Volksarmee; Philippinen)
FPI	Front Pembela Islam (Front der Verteidiger des Islam)	NU	Nahdlatul Ulama (Renaissance der Religionsgelehrten; Indonesien)
GAM	Gerakan Aceh Merdeka (Bewegung für ein freies Aceh; Indonesien)	OIC	Organization of the Islamic Conference (Organisation der Islamischen Konferenz)
GPI	Gerakan Pemuda Islam (Islamische Jugendbewegung; Indonesien)	PAN	Partai Amanat Nasional (Nationale Mandatspartei; Indonesien)
HT	Hizbut Tahrir (Freiheitspartei; Jordanien)	Pas	Parti Islam se-Malaysia (Partei des pan-malaysischen Islam)
ICG	International Crisis Group	PBB	Partai Bulan Bintang (Halbmond-und-Stern-Partei; Indonesien)
ICMI	Ikatan Cendekiawan Muslim se-Indonesia (Gesamtindonesischer Verband Moslemischer Intellektueller)	PDI	Partai Demokrasi Indonesia (Demokratische Partei Indonesiens)
IIRO	International Islamic Relief Organisation (Saudi-Arabien)	PDI-P	Partai Demokrasi Indonesia – Perjuangan (Demokratische Partei Indonesiens für den Kampf)
IKD	Institut Kajian Dasar (Institute for Policy Studies; Malaysia)	PDR	Partai Daulat Rakyat (Partei der Volksherrschaft; Indonesien)
IMA	International Mujahideen Association	PK	Partai Keadilan (Gerechtigkeitspartei; Indonesien)
IMET	International Military and Education Training Programme	PKB	Partai Kebangkitan Bangsa (Nationale Erweckungspartei; Indonesien)
IMI	Ikhawanul Muslimin Indonesia (Moslemische Bruderschaft Indonesiens)	PKI	Partai Komunis Indonesia (Kommunistische Partei Indonesiens)
ISA	Internal Security Act (Singapur, Malaysia)	PKN	Parti Keadilan Nasional (Nationale Gerechtigkeitspartei; Malaysia)
IWF	Internationaler Währungsfonds	PPME	Persatuan Pemuda Muslim se-Eropa (Vereinigung der moslemischen Jugend Europas)
JI	Jemaah Islamiyah (Singapur, Malaysia, Indonesien)	PPP	Partai Persatuan Pembangunan (Vereinigte Aufbaupartei; Indonesien)
JT	Jamaah Tarbiyah (Bildungsgruppen; Indonesien)		
KAB	Kompi Abu Bakr (Kompanie Abu Bakr; Philippinen)		
KISDI	Komite Indonesia untuk Solidaritas dengan Dunia Islam (Indonesisches Komitee für Solidarität mit der Islamischen Welt)		
KMM	Kumpulan Militan Malaysia (Militante Vereinigung Malaysias)		

PPRI	Pola Perjuangan Revolusioner Islam (Struktur des revolutionären islamischen Kampfes; Indonesien)
PRM	Parti Rakyat Malaysia (Malaysische Volkspartei)
PULA	Pattani United Liberation Army
SHT	Syabab Hizbut Tahrir (Jugend-Freiheitspartei; Indonesien)
TNI	Tentara Nasional Indonesia (Nationale Armee Indonesiens)
UMNO	United Malay National Organisation (Malaysia)
WAMY	World Assembly of Muslim Youth (Saudi-Arabien)